



19. Sitzung

Dienstag, 22. November 2011 (Erster Tag der Haushaltsberatungen)

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

Inhalt:

Gedenkworte für Opfer rechter Gewalt (Versäumnisse aufklären und gegen Hass und Intoleranz eintreten)

1355

20/700: Haushaltsplan-Entwurf und Haushaltsbeschluss-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2011 und 2012

sowie über die Drucksachen

Mitteilung der Präsidentin
Abwicklung, Ergänzung und Änderung der **Tagesordnung**

1356

20/591: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen:

20/592: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung (LHO) und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011 – insbesondere für das Kita-Sofortpaket – hier: Ziffer 2 des Petittums

20/593: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011 hier: Ziffer 2 des Petittums

20/1063: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 der Landeshaushaltsordnung (LHO) – Wirt-

1356

schaftsplan des Landesbetriebes Erziehung und Berufsbildung – und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011

20/1315: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung

20/1386: Unterrichtung der Bürgerschaft nach § 10 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung hier: Einstellung der Beteiligung Hamburgs am Europäischen Fischereifonds (EFF) Förderperiode 2007–2013

20/1387: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011, Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt" 6800.720.01 "Neubau der Nationalpark-Station Neuwerk"

**20/1542: Zusammenführung des Amtsgerichts Hamburg-Wandsbek am Standort des historischen Hauptgebäudes in der Schädlerstraße
Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 der Landeshaushaltsordnung und Erweiterung der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011**

20/1633: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung hier: Umsetzung der Neustrukturierung der Behörden

ferner über die Drucksachen

20/51: Bericht nach § 99 LHO zur Haushaltslage 2011 der Freien und Hansestadt Hamburg

20/594: Unterrichtung der Bürgerschaft über die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2011
– Drs 20/1400 –

und

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen:

20/700: Haushaltsplan-Entwurf und Haushaltsbeschluss-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2011 und 2012

20/1634: Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 – Ergänzung für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 Veranschlagung eines Haushaltsvermerks bei 9800.536.56 (Zentral veranschlagte Folgekosten für Investitionen der Informationstechnik) über eine einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten 9800.812.56 (Global veranschlagte Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnikmaßnahmen/ IT-Globalfonds)

20/1863: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung, Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt", Titel 6700.682.01 "Zuschuss zu den Betriebskosten Wasserkunst Kaltehofe" Ansatzänderung und Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung
– Drs 20/1800 –

1356

Generaldebatte
(einschließlich der Einzelpläne 1.0, 1.1, 1.2 bis 1.8, 9.1 und 9.2)

1357

Einzelplan 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

1357

Einzelplan 1.1: Senat und Personalamt

1357

Einzelplan 1.2 bis 1.8 Bezirksämter

1357

Einzelplan 9.1: Finanzbehörde	1357	Haushalt 2011/2012, Einzelplan 1.1 Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern – Drs 20/2243 –	1402
Einzelplan 9.2: Allgemeine Finanzverwaltung	1357	Beschluss	1402
Dietrich Wersich CDU	1357		
Dr. Andreas Dressel SPD	1364	Anträge und Empfehlungen	
Jens Kerstan GAL	1369	Textzahlen 173 bis 176	
Katja Suding FDP	1373	der Drs 20/1400 mit Beschlüssen	1403
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1377, 1401		
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	1380		
Roland Heintze CDU	1387		
Jan Quast SPD	1389	Zu den Einzelplänen 1.2 bis 1.8: Bezirksämter	1403
Anja Hajduk GAL	1391, 1400		
Robert Bläsing FDP	1394		
Dora Heyenn DIE LINKE	1397		
Dr. Peter Tschentscher, Senator	1398	Antrag der SPD-Fraktion:	
Thomas Völsch SPD	1402	Haushaltsplan-Entwurf 2011/ 2012, Einzelpläne 1.2 - 1.8 Hamburg 2020: Bürgerorientierte Dienstleistungen in den bezirklichen Kundenzentren auch in haushalterisch schwierigen Zeiten gewährleisten – Drs 20/2159 –	1403
Zu Einzelplan 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht und Rechnungshof	1402		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben – Drs 20/2102 –	1402	Beschluss	1403
Bericht des Eingabenausschusses:		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Eingaben – Drs 20/2103 –	1402	Haushaltsplan-Entwurf 2011/ 2012, Einzelplan 1.2 -1.8, Kapitel: alle Konsolidierungsmaßnahmen in den Bezirken – Drs 20/2186 –	1403
Beschlüsse	1402	Beschluss	1403
Anträge und Empfehlungen Textzahl 171 der Drs 20/1400 mit Beschlüssen	1402	Zu Einzelplan 2: Behörde für Justiz und Gleichstellung	1403
Zu Einzelplan 1.1: Senat und Personalamt	1402		
Antrag der GAL-Fraktion:		Viviane Spethmann CDU	1403, 1414
		Urs Tabbert SPD	1405
		Farid Müller GAL	1407, 1417
		Martina Kaesbach FDP	1408
		Christiane Schneider DIE LINKE	1410
		Michael Neumann, Senator	1412
		Sabine Steppat SPD	1414
		Dr. Stefanie von Berg GAL	1415

Kersten Artus DIE LINKE	1416	Beschlüsse	1418
Antrag der CDU-Fraktion:		Antrag der GAL-Fraktion:	
Haushaltsplan-Entwurf 2011/ 2012, Einzelplan 2 Angemessene Besoldung für Gerichtsvollzieher – Drs 20/2137 –	1417	Haushalt 2011/2012, Einzelplan 2 Kein Geld für SPD-Murks: Mit- tel für Neustrukturierung des Hamburgischen Justizvollzugs und des offenen Vollzuges blei- ben gesperrt! – Drs 20/2245 –	1418
Beschluss	1417		
Antrag der SPD-Fraktion:		Beschluss	1418
Haushaltsplan-Entwurf 2011/ 2012, Einzelplan 2 Hamburg 2020: Effektiven Rechtsschutz sichern – Absi- cherung des richterlichen Stel- lenbestandes bei den Sozialge- richten – Drs 20/2160 –	1417	Anträge und Empfehlungen Textzahlen 185 und 187 bis 193 der Drs 20/1400 mit Beschlüssen	1418
Beschluss	1417	Sammelübersicht	1419
Antrag der SPD-Fraktion:		Kenntnisnahmen	1419
Haushaltsplan-Entwurf 2011/ 2012, Einzelplan 2 Hamburg 2020: Sicherheit durch erfolgreiche Resoziali- sierung – Drs 20/2161 –	1418		
Beschluss	1418		
Antrag der FDP-Fraktion:			
Haushaltsplan-Entwurf 2011/ 2012, Einzelplan 2 Justizstandort Hamburg stär- ken – Drs 20/2217 –	1418		
Beschlüsse	1418		
Antrag der GAL-Fraktion:			
Haushalt 2011/2012, Einzelplan 2 Die Zukunft der lesbisch- schwulen Jugendarbeit in Hamburg braucht ein Konzept und mehr Mittel – Drs 20/2244 –	1418		

Beginn: 15.00 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Der November ist der Monat des Gedenkens: Volkstrauertag und Totensonntag, das Gedenken an die Progromnacht vom 9. November. Wir erinnern uns an grauenhafte und aus heutiger Sicht unvorstellbare und gänzlich unvergleichliche Vorgänge und Verbrechen. Unser einziger Trost bei diesen Erinnerungen ist, dass alles mehr als 60 Jahre zurückliegt, nicht vergessen, aber eben sehr lange her. So lange, dass es seither viel Zeit gab, um Verzeihung zu bitten, Wiedergutmachung zu leisten und sogar neue Freundschaften zu knüpfen.

Aber, nationalsozialistisches Gedankengut ist bis heute nicht aus allen Köpfen gewichen. Das ist uns in diesen Tagen schmerzhaft bewusst geworden.

Wir gedenken der wohl weit über hundert Menschen, die seit 1990 in Deutschland Opfer rechts-extremer Morde und Terrorakte wurden. Unsere ganze Anteilnahme gilt ihnen und ihren Angehörigen.

Wir haben erfahren müssen, dass es in Deutschland länger als zehn Jahre möglich war, eine Serie kaltblütiger, rassistisch motivierter Morde zu begehen. Wir, die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft, sind entsetzt und es erfüllt uns mit Scham, dass in Deutschland wieder Menschen Opfer nationalsozialistischer Gesinnung geworden sind. Wir sind betroffen, denn wir, die wir hier und heute leben und Verantwortung tragen, müssen bekennen: Dies ist nicht ein schweres Erbe, sondern das ist jetzt passiert, und mitten unter uns sind wieder Menschen Opfer von Rassismus geworden.

Stellvertretend für alle Opfer nenne ich unseren Hamburger Mitbürger Süleyman Tasköprü, der mit seiner Frau und seinen Kindern hier mit uns lebte. Die Familie hatte sich eine kleine Existenz in Bahrenfeld aufgebaut, im Juni 2001 wurde der Vater erschossen, weil er türkischer Herkunft war.

Wir im Hamburger Parlament und fast alle Menschen in unserem Land sind uns einig darüber, dass derartige terroristische Gewalttaten verabscheuungswürdig und – wenn möglich – hart zu bestrafen sind. Wir möchten wissen, wie es möglich war, dass die Mordserie so viele Jahre unentdeckt bleiben konnte. Wir sagen: Die Sicherheitsbehörden müssen nicht nur diese Verbrechen, sondern auch ihre eigenen Versäumnisse schnell und lückenlos aufklären.

Aber wir würden es uns zu einfach machen, viel zu einfach, wenn wir nur mit den Fingern auf eine Handvoll verblendeter Gewalttäter zeigen würden, diese dann möglichst zügig wegschließen, um danach zur Tagesordnung überzugehen. Rechtsextreme sind keine unerklärlichen Besonderheiten und keine Naturgewalt aus Zwickau. Es gibt seit Jahrzehnten Studien zum Thema Ausländerfeindlichkeit. In einer der neuesten aus dem vergangenen Herbst stimmte fast ein Drittel der Befragten der These zu, die Bundesrepublik sei durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. Wäre das dann jeder dritte Nachbar, jede dritte Lehrerin, jeder dritte Hilfsarbeiter, jeder dritte Politiker, jede dritte Polizistin und jeder dritte Journalist?

Meine Damen und Herren! Die Hamburgerinnen und Hamburger haben uns nicht gewählt, damit wir in einer solchen Situation nur Gedenkreden halten und beschämt die Häupter senken. Wer, wenn nicht wir Politikerinnen und Politiker, wäre dazu bestimmt, zu handeln statt nur zu reden? Der Schweigemarsch vom vergangenen Sonnabend ist auch eine Aufforderung an uns.

Es war ein erster und wichtiger Schritt, dass sich der Senat mit Vertreterinnen und Vertretern der Migrantenverbände zusammengesetzt hat, um über das weitere Vorgehen zu sprechen. Wir müssen bereit sein, unseren Beitrag zu leisten, wenn es darum geht, die Strukturen und die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden hier in Hamburg kritisch zu durchleuchten. Ebenso müssen wir gemeinsam hinterfragen, ob die bisherigen Anstrengungen ausgereicht haben, um den rechten Terror erfolgreich zu bekämpfen. Haben wir als Hamburgische Bürgerschaft in der Vergangenheit die richtigen Wege gefunden, rassistischem und nationalsozialistischem Gedankengut entgegenzutreten? Ich erinnere an die "Nacht der Jugend", die erst vor wenigen Tagen in unserem Rathaus stattfand und von rund 2500 Menschen besucht wurde. Dort haben Jugendliche sich auf künstlerische und praktische Weise mit der Bedeutung von Demokratie, Zivilcourage und unserer Erinnerungskultur auseinandergesetzt. Ich denke auch an die vielen Veranstaltungen, eindrucksvollen szenischen Lesungen und Ausstellungen zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, gegen das Vergessen, für das Erinnern. Aber wir müssen uns fragen, ob wir daneben noch ganz andere Wege gehen und finden müssen.

Und, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zu diesem besonderen Anlass auch einmal ein ansonsten ganz unübliches Wort in Richtung Pressetribüne. Schlagworte und reißerische Formulierungen sind manchmal einfach fehl am Platz und werden dem Geschehen nicht gerecht. Es hat in Deutschland keine "Döner-Morde" gegeben, keinen einzigen. Hier sind Menschen umgebracht

(Präsidentin Carola Veit)

worden, voller Hass, grausam und aus rassistischen Motiven.

Meine Damen und Herren! Der Tod all dieser Menschen wird und muss uns eine Mahnung und dringende Aufforderung sein, weiterhin unnachgiebig gegen Intoleranz, Hass und Unrecht einzustehen und uns für mehr Zivilcourage und ein menschliches Miteinander einzusetzen, damit der rechte Terror aufhört. In unserem Land ohne Angst verschieden sein zu können, dieses Ziel, vom damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau so treffend formuliert, gilt mehr denn je. – Vielen Dank.

Meine Damen und Herren! Bevor wir nun in die heutige Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktionen abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats vereinbart haben, die Tagesordnung um sechs weitere Punkte zu ergänzen. Es handelt sich dabei um die Anträge der FDP-Fraktion aus den Drucksachen 20/2330 bis 20/2334 sowie den Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/2338, die nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen worden sind.

Wir kommen nun zum Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 und damit zur

Generaldebatte

Mitbehandelt werden die Einzelpläne 1.0, 1.1, 1.2 bis 1.8, 9.1 und 9.2.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen:

20/700: Haushaltsplan-Entwurf und Haushaltsbeschluss-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2011 und 2012

sowie über die Drucksachen

20/591: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung

20/592: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung (LHO) und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011 – insbesondere für das Kita-Sofortpaket – hier: Ziffer 2 des Petitions

20/593: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011 hier: Ziffer 2 des Petitions

20/1063: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 der Landeshaushaltsordnung (LHO) – Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Erziehung und Berufsbildung – und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011

20/1315: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung

20/1386: Unterrichtung der Bürgerschaft nach § 10 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung hier: Einstellung der Beteiligung Hamburgs am Europäischen Fischereifonds (EFF) Förderperiode 2007–2013

20/1387: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011, Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt" 6800.720.01 "Neubau der Nationalpark-Station Neuwerk"

20/1542: Zusammenführung des Amtsgerichts Hamburg-Wandsbek am Standort des historischen Hauptgebäudes in der Schädlerstraße Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 der Landeshaushaltsordnung und Erweiterung der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011

20/1633: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung hier: Umsetzung der Neustrukturierung der Behörden

ferner über die Drucksachen

20/51: Bericht nach § 99 LHO zur Haushaltslage 2011 der Freien und Hansestadt Hamburg

20/594: Unterrichtung der Bürgerschaft über die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2011 – Drs 20/1400 –]

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen:

20/700: Haushaltsplan-Entwurf und Haushaltsbeschluss-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2011 und 2012

20/1634: Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 – Ergänzung für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 Veranschlagung eines Haushaltsvermerks bei 9800.536.56 (Zentral veranschlagte Folgekosten für Investitionen der Informationstechnik) über eine einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten

(Präsidentin Carola Veit)

9800.812.56 (Global veranschlagte Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnikmaßnahmen/IT-Globalfonds)

20/1863: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung, Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt", Titel 6700.682.01 "Zuschuss zu den Betriebskosten Wasserkunst Kaltehohe" Ansatzänderung und Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung – Drs 20/1800 –]

Das Wort zur Generaldebatte hat Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst will auch ich für meine Fraktion ein Wort zu den schlimmen Anschlägen auf das friedliche Zusammenleben in unserem Land sagen, die auch unsere Stadt nicht unberührt gelassen haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es hätte uns auch interessiert, was der Oppositionsführer dazu sagt!)

Unser Mitgefühl gilt in besonderer Weise den Hinterbliebenen der von skrupellosem Hass und Rassistik getriebenen Morde. Wir brauchen jetzt die rückhaltlose Aufklärung aller Umstände und dann wirksame Konsequenzen. Für uns als CDU ist klar, dass unsere Sicherheitsbehörden und der Verfassungsschutz nicht geschwächt werden dürfen, sondern dass sie gestärkt werden müssen, damit wir derartigen Terror mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Vor uns liegt der Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012. Er ist vielleicht der ungewöhnlichste Haushaltsplan-Entwurf, den die Bürgerschaft je zu beschließen hatte. Der Entwurf stammt noch zu großen Teilen vom CDU- und GAL-Senat. Er wurde im Sommer 2010 unter dem Eindruck der schwersten Weltwirtschaftskrise seit mehr als 80 Jahren aufgestellt. Seitdem hat sich viel verändert, und Deutschland ist wieder stark. Der neue Senat hat in den vergangenen Monaten wesentliche Änderungen vorgenommen, und jetzt bei Beschlussfassung ist das erste Haushaltsjahr 2011 bereits fast abgelaufen. Manche Ihrer Änderungen sind gut, doch werden Sie das sicherlich selbst ausführlich loben, insofern bitte ich um Verständnis, wenn ich mich auf die kritischen Anmerkungen konzentriere.

Als Erstes fällt auf, dass Sie uns einen Haushalt vorlegen, der in 2011 und 2012 mehr Defizit vorsieht, als in den schlimmsten Krisenjahren 2009 und 2010 und das, obwohl wir Milliarden Euro Mehreinnahmen haben. Schon dies ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis für die

SPD, für ihren Senat und für den Bürgermeister Olaf Scholz.

(Beifall bei der CDU)

Doch wenn wir genauer hinsehen, dann erkennt jeder, dass dieser Haushalt 2011 hinten und vorn nicht mit den Realitäten in Hamburg übereinstimmt. Die Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr liegen bisher mit mehr als 200 Millionen Euro niedriger. Offenbar diszipliniert die vorläufige Haushaltsführung, und offenbar wirken auch die Konsolidierungsbeschlüsse des alten Senats, soweit Sie sie nicht zurückgenommen haben. Vor allem aber sind die vielen ausgabenwirksamen Wohltaten, wie das millionenschwere Kita-Paket, bislang nur anteilig wirksam geworden oder anderes, wie die Abschaffung der Studiengebühren ist noch gar nicht in Kraft getreten. Gleichzeitig treibt die außerordentlich starke wirtschaftliche Erholung die Steuereinnahmen in die Höhe. Die November-Steuer-schätzung für das laufende Jahr ergibt gut 1 Milliarde Euro mehr, als die Steuerschätzung vom Mai 2010, auf deren Basis wir den Haushalt im vorigen Herbst aufstellen mussten. Diese Entwicklung zeigt aber auch, dass es nicht Steuererhöhungen sind, die den Haushalt entlasten, sondern dass kluge Politik unsere Wirtschaftskraft stärkt. Das hilft dem Haushalt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Alles in allem kann in diesem Jahr das Defizit mehr als 1 Milliarde Euro geringer ausfallen, als auf dem Höhepunkt der Krise befürchtet. Für uns ist klar, dass diese Mehreinnahmen nicht für neue Ausgaben verbraucht werden dürfen. Sie müssen in die Senkung der Neuverschuldung fließen, alles andere wäre unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat fordert trotzdem von der Bürgerschaft heute eine Ermächtigung für die Aufnahme von 650 Millionen Euro neue Schulden noch in diesem Jahr und das, obwohl dem Senat noch eine Ermächtigung von mehr als 1,2 Milliarden Euro aus dem vorigen Jahr vorliegt. Werte Kollegen von der SPD, zeigen Sie Rückgrat auch als Regierungsfraktion, sorgen Sie mit uns dafür, dass im Interesse Hamburgs dem Senat heute keine Blanko-Schuldenschecks ausgestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Deutschland und auch Hamburg befinden sich seit den siebziger Jahren in einer beängstigenden Spirale der ungehemmten Verschuldung. In der Hoffnung auf zukünftiges Wachstum wurde fast immer mehr ausgegeben als eingenommen. Der Finanzsenator stellt gern fest, dass der Haushalt in guten Zeiten ruiniert wurde, er weiß, wovon er redet. Während des Aufschwungs im Zuge der deutschen Einheit stiegen

(Dietrich Wersich)

die Einnahmen in unserer Stadt in den drei Jahren von 1991 bis 1993 um fast 14 Prozent. Doch der Senat, mit Bürgermeister Voscherau an der Spitze, toppte das noch mit einer Ausgabensteigerung von mehr als 20 Prozent, übrigens bei einer absoluten Mehrheit der SPD. Einen weiteren traurigen Rekord im Schuldenmachen hält der noch heute so umtriebige und bisweilen altkluge Altbürgermeister. Im Jahr vor der Bürgerschaftswahl 1991, also 1990, überstieg die Ausgabenentwicklung die der Einnahmen sogar um 9 Prozent. Die SPD wusste schon damals, wie man Wahlen gewinnt, wir wissen heute, das war nicht gut für Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Denn heute weiß jeder, dass diese Schuldenspirale unsere Zukunft bedroht. Diese Schulden sind schon lange nicht mehr Investitionen in die Zukunft, wer heute noch Schulden macht, der verbraucht Zukunft. Die jungen Hamburger und die kommenden Generationen sind mit einer schweren Hypothek belastet. Schuldige dafür werden schnell ausgemacht, und zwar nicht nur in den Zeitungskolumnen. Es sind natürlich die Politiker, die Ausgaben beschlossen haben, die wir uns nicht leisten können. Doch zur Wahrheit gehört auch, es sind Wähler, die diese Politiker und ihre Versprechungen gewählt haben. Deshalb bin ich überzeugt, um aus dieser verhängnisvollen Schuldenspirale herauszukommen, bedarf es einer Kraftanstrengung von Politik, Bürgern und Medien. Wir alle müssen dem süßen Gift neuer Wohltaten auf Pump widerstehen.

(Zurufe von *Dr. Andreas Dressel SPD* und *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Deshalb hat die CDU 2007 die Schuldenbremse in der Hamburger Landeshaushaltsordnung verankert, nicht sofort, sondern vom Jahr 2013 an wirksam. Trotzdem ist es uns gelungen, schon in den Jahren 2007 und 2008 keine neuen Schulden zu machen, was der SPD übrigens zuletzt 1977, also vor 34 Jahren, gelang.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist eine Geschichtsfälschung!)

Es stimmt, auf dem Höhepunkt der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise haben auch wir es nicht mehr für möglich gehalten, den Schuldenstop schon 2013 zu erreichen, doch seitdem hat sich die robuste Hamburger Wirtschaft und die deutsche Wirtschaft schnell erholt, schon jetzt liegen die Einnahmen der Stadt wieder auf Vorkrisenniveau.

Der Deutsche Bundestag zog 2009 nach und änderte das Grundgesetz. Bremen und Berlin haben fast doppelt so hohe Schulden wie Hamburg, das Saarland ist finanziell mehr als angeschlagen. Mit Rücksicht auf diese schwächsten Länder wurde für den endgültigen Schuldenstop das Jahr 2020 gewählt. Herr Bürgermeister, dieses Ziel 2020 ist ge-

setzt für die Schwächsten, nicht für Hamburg. Hamburg muss und kann den Schuldenstop schneller schaffen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Anjes Tjarks GAL* – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Steht das im Grundgesetz?)

Doch was macht die SPD? Ihr Einwurf belegt es einmal mehr, Sie ignorieren diese Entwicklung hartnäckig und wollen stattdessen so schnell wie möglich das Hamburger Verschuldungsverbot abschaffen. Das ist unverantwortlich, Herr Dressel. Ich wiederhole: Um aus der Schuldenspirale herauszukommen, bedarf es einer Kraftanstrengung von allen, wir müssen dem süßen Gift neuer Wohltaten auf Pump widerstehen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Dann ziehen Sie mal die Hälfte Ihrer Anträge zurück!)

Was hat Olaf Scholz, der alte Politikfuchs, in dieser Situation gemacht?

(Zurufe von der SPD)

Auf dem Höhepunkt der Krise 2010, als wir wegbrechende Steuereinnahmen hatten, da tritt ein Politiker zur Wahl an, der – genau im Wissen um die fatale Schuldenspirale – keine Skrupel hat, wie eh und je mit teuren Versprechungen an die Macht zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben im Wahlkampf hemmungslos teure Versprechungen gemacht, die Rücknahme vieler Konsolidierungsbeschlüsse und neue Wohltaten angekündigt. Für die Familien wurde ein Kita-Paket im Umfang 150 bis 200 Millionen Euro geschnürt, dazu wurde sogar das Mittagessen in den Kitas verschenkt, egal ob die Menschen bedürftig sind oder nicht, den Studenten wird die Abschaffung der Studiengebühren versprochen, mal eben weitere 40 Millionen Euro für den Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD)

Nochmals, diese Versprechungen

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Halten wir ein!)

– und Ihre Reaktion zeigt das – sind nicht in guten Zeiten gemacht worden, sondern mitten in der Finanzkrise und angesichts des Schuldenstops. Für uns ist klar, statt die Krise zu notwendigen Veränderungen zu nutzen, haben Sie mit diesem Handeln schon vor der Bürgerschaftswahl, schon im Bürgerschaftswahlkampf angesichts der Verschuldung Hamburgs vor der historischen Verantwortung einer ehrlichen und zeitgemäßen Politik versagt.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben Bürgern und Medien weismachen wollen, das geht alles, Sie sparen an anderer Stelle. Jede neue Belastung für den Haushalt wird durch

(Dietrich Wersich)

Entlastung an anderer Stelle gegenfinanziert. Ich erinnere mich noch gut, wie Sie unter dem öffentlichen Druck eine denkwürdige Pressekonferenz am 31. Januar abgehalten haben. Sie wollten den Menschen erklären, wie das alles geht. Zusammen mit dem späteren Finanzsenator haben Sie eine Sparliste vorgelegt und vorgerechnet, wie Sie den Haushalt von Schwarz-Grün sogar noch um 157 Millionen Euro absenken. Heute wissen wir, dass Ihre Ankündigungen aus dieser Pressekonferenz nie Realität geworden sind. Nichts ist übrig geblieben, fast alle Sparziele sind geplatzt, statt 157 Millionen Euro weniger finden wir jetzt mehr als 400 Millionen Euro Mehrausgaben. Sie werden verstehen, dass ich mich – auch ohne mein V-Wort zu wiederholen – in meiner damaligen Einschätzung bestätigt sehe. Dieser Wahlkampfauftritt war Wählertäuschung pur.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nach Ihrem Regierungsantritt hat sich insbesondere die europäische Schuldsituation noch verschärft. Die Notwendigkeit zu entschlossenem Handeln gegen die ausufernde Staatsverschuldung ist noch klarer geworden. Menschen aller Gesellschaftsschichten sind in Sorge um die Zukunft, um unsere Währung, um die Stabilität unserer Lebensgrundlagen. Jetzt wissen auch die Letzten, was die Stunde geschlagen hat, auch diejenigen, denen die Einsicht allein noch nicht gereicht hat, Konsequenzen zu ziehen. Das ist vielleicht etwas Menschliches, man braucht mitunter einen starken Anlass, um wirklich etwas zu ändern. Aber spätestens jetzt ist dieser Anlass da, spätestens jetzt mit der europäischen Schuldenkrise. Fast alle Landesregierungen in Deutschland nehmen diesen Auftrag ernst. Konsolidierungsprogramme werden von Regierungen aller Couleur verabschiedet. Genau in dieser Situation stellen Sie im Senat fest, dass die Gegenfinanzierung Ihrer Wahlversprechen nicht funktioniert. Anstatt nach anderen Möglichkeiten zur Entlastung des Haushalts zu suchen, treten Sie auch noch vor die Öffentlichkeit und schließen Sparprogramme vollmundig aus. Die SPD hat weder die Kraft noch die Konsequenz, auf teure Wahlversprechen zu verzichten. Aus Mutlosigkeit, aus Angst vor unpopulären Entscheidungen wird weder gespart noch werden die Ausgaben gestoppt, sondern die Ausgabenpolitik wird durchgezogen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Scholz, Ihnen sind für den Machterhalt unfinanzierbare Wahlversprechen wichtiger, als neue Schulden zu vermeiden. Damit haben Sie ein zweites Mal vor der historischen Herausforderung eines Hamburger Bürgermeisters zum Wohl der Stadt versagt.

(Beifall bei der CDU)

Doch statt einzugestehen, dass Ihre Pläne nicht aufgehen, legen Sie und Ihr Senat mithilfe der SPD-Fraktion seit Monaten alle Kraft in eine unwürdige Verschleierungstaktik. Schuld sind immer die anderen, die Vorgängersenate,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist Ihnen ja völlig fremd!)

einen Koalitionspartner gibt es ja nicht. Wir bekommen Belehrungen statt Antworten. Auf konkrete und kritische Fragen im Haushaltsausschuss gefällt sich der Finanzsenator mit langatmigen Standardformulierungen und Worthülsen. Nicht nur die Zumutungsgrenze wurde oft überschritten, das grenzte schon an Sabotage der Parlamentsarbeit. Souveränität eines Finanzsenators sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU – Jan Quast SPD: Unverschämt!)

Aber das alles wird überstrahlt von einer Scholz'schen Farm-der-Tiere-Rhetorik. Über anstrengende, engagierte, aber leider auch so ferne Ziele im Jahr 2020 wird gesprochen, in spätestens zweieinhalb Legislaturperioden wolle man endlich keine Schulden mehr machen. Lassen Sie diese Beschönigungen, haben Sie endlich die Ehrlichkeit zuzugeben, dass die SPD noch neun Jahre lang Schulden machen will.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in den vergangenen Wochen erlebt, wie sich Tarnen, Tricksen, Täuschen zum Handwerkszeug der SPD-Finanzpolitik entwickelt haben. Es fängt bei den Schulduweisungen an den Vorgängersenate an. Wenn die SPD von sogenannten Haushaltslöchern spricht, dann vergisst sie immer die andere Seite. Mehrkosten im Sozialbereich standen Rückstellungen für Mehraufwendungen gegenüber; dem in ein paar Jahren fälligen Finanzierungsbedarf des Versorgungsfonds und des Sondervermögens Hafens stehen schon heute Guthaben aus allgemeinen Rücklagen und dem Vermögensgrundstock von insgesamt 2,3 Milliarden Euro gegenüber.

Ein weiteres Beispiel sind die Kreditzinsen. In den vergangenen Jahren ist wegen des niedrigen Zinsniveaus immer viel Geld übrig geblieben, was den Haushalt entlastet hat. Die SPD senkt jetzt die Veranschlagung dieser Zinsen und verwendet das erwartete Guthaben zur Finanzierung von Wahlversprechen. Unterm Strich belastet das nicht nur den Haushalt, sondern ist auch blitzgefährlich. Denn die historisch niedrigen Zinsen – alle wissen das – werden in absehbarer Zeit wieder steigen, und wenn dann noch die Pläne der SPD bezüglich Eurobonds Wirklichkeit werden, dann haben wir in Hamburg ein neues Haushaltsproblem.

(Beifall bei der CDU)

(Dietrich Wersich)

Die SPD baut Luftschlösser. Sie haben richtig erkannt, dass der Sanierungsbedarf der öffentlichen Infrastruktur bedrohlich steigt. In der Opposition haben Sie zwar noch das 3-Milliarden-Euro-Paket zur Sanierung der Schulen abgelehnt und genauso die externe Lösung für die Sanierung der Universität. Doch inzwischen sind Sie wenigstens verbal an der Spitze der Sanierer angekommen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Auch real, nicht nur verbal!)

– Genau, jetzt kommen wir zu den Tatsachen.

Tatsache ist, bis heute hat die SPD in Sachen Sanierung noch keinen einzigen zusätzlichen Euro bewegt, im Gegenteil,

(Andy Grote SPD: Was haben Sie denn in zehn Jahren bewirkt?)

der Investitionsanteil im Haushalt sinkt in den kommenden Jahren sogar.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Und dann legen Sie uns heute auch noch einen Show-Antrag zum Sanierungsfonds vor, der wirklich den Vogel abschießt. Ein bestehender Titel wird gegenüber der schwarz-grünen Planung sogar noch um 5 Millionen Euro abgesenkt, aber er bekommt ein schönes neues SPD-Etikett. Das ist kein Durchbruch zur Sanierung der Infrastruktur, sondern eine billige Luftnummer.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Über Ihre eigenen Vorgaben und Versprechungen mag man gar nicht mehr reden, das tut, ehrlich gesagt, schon weh: "pay as you go". Nicht nur wir, auch die Journalisten haben bis heute keine Antwort darauf bekommen, wo Ihre mehr als 200 Millionen Euro teuren Wohltaten an anderer Stelle eingespart werden. Personalabbau von 250 Stellen jährlich, bis heute ist das eine leere Ankündigung ohne Konzept, während tatsächlich der reguläre Stellenbestand Hamburgs von Tag zu Tag steigt. Und dann das fast schon heilige Versprechen, die Ausgaben würden pro Jahr nicht um mehr als 1 Prozent steigen. Im ersten Jahr sollen es jetzt über 4 Prozent sein, und für die Folgejahre hat der Senat die Steigerungsrate in der eigenen Finanzplanung auf 1,4 Prozent angehoben. Verehrte SPD, keine Ihrer Vorgaben und Ankündigungen haben Bestand. Das ist Wortbruch und Wählertäuschung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Doch damit nicht genug. Die finanzielle Geisterfahrt geht ungebremst weiter. Sie wollen Hamburgs gesetzlichen Schuldenstop ab 2013 kippen, Sie wollen die gesetzliche Tilgungspflicht der Krisenschulden ab 2015 beseitigen, und Sie wollen die strukturelle Entlastung des Hamburger Haushalts durch die Übernahme der Grundsicherung

durch den Bund für neue Ausgaben nutzen. Sie beschließen die Ausweitung der Ausgaben und plündern die Reserven. In dieser Stunde des Versagens erbitten Sie Vorschläge von der Opposition zur Bewältigung des verhängnisvollen Schuldenproblems.

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister! Die SPD redet von der Zukunft, versagt in der Gegenwart und gibt die Schuld der Vergangenheit. Das ist die erschütternde Realität in der Finanzpolitik 2011.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hamburg kann mehr und Hamburg braucht mehr. Um die verbleibenden 200 bis 400 Millionen Euro zu konsolidieren, braucht man kein Jahrzehnt. Der Sachverständigenrat nennt in seinem Jahresgutachten 2011/12 vier Bundesländer, die schon jetzt die Bedingungen für die Schuldenbremse einhalten könnten: Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen. Wie sieht es dort, unter denselben Rahmenbedingungen, aus? Sachsen erzielt schon in diesem Jahr Haushaltsüberschüsse, Baden-Württemberg und Bayern ab 2013, Sachsen-Anhalt schafft es 2012 und Thüringen 2013, warum also Hamburg erst 2020? Selbst in Berlin – wo übrigens der Senat mit zwei Senatoren weniger auskommt als in Hamburg – will man schon ab 2016 keine neuen Schulden machen. Ich habe es nie für möglich gehalten, meine Damen und Herren: Klaus Wowereit in Berlin zeigt mehr Verantwortung als der Hamburger Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Sie können sich vorstellen, dass mir das als Hamburger schwer über die Lippen geht.

Hamburg, pass auf. Es ist ein gefährliches Zeichen, wenn Hamburg in diesem Jahr erstmals vom Geber- zum Nehmerland im Länderfinanzausgleich wird. Wer jetzt in den guten Zeiten unter den Letzten sein will, der die Schuldenbremse erreicht, der wird bei einer Konjunkturverschlechterung der Allerletzte sein, und das kann nicht Hamburgs Anspruch sein.

Ihre Politik, Herr Bürgermeister Scholz, verpasst nicht nur die Chancen, die in jeder Krise liegen, sondern sie birgt möglicherweise auch eine historische Gefahr für Hamburgs Zukunft. Manche Bundesländer werden trotz Anstrengungen den Schuldenstopp vielleicht nicht aus eigener Kraft schaffen. Alle wissen, dass angesichts der europäischen Integration und der Verpflichtung zum Schuldenstopp eine Neugliederung der Bundesländer schon in wenigen Jahren unausweichlich werden könnte. Da muss es doch einen Hamburger Bürgermeister umtreiben, dass Hamburg aus einer Position der Stärke handeln kann. Mit Ihrer Finanzpolitik riskieren Sie nicht nur Hamburgs Stärke, Sie riskieren auch unsere Unabhängigkeit.

(Dietrich Wersich)

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nur hoffen, dass wir nicht so, wie wir heute – offenbar parteiübergreifend – auf die schlimmen Fehler der alleinregierenden SPD unter Henning Voscherau im Boom der deutschen Einheit zurückblicken, in zehn oder 15 Jahren die katastrophalen Versäumnisse und Leichtfertigkeiten im Versprechen neuer Wohltaten der SPD von heute kritisieren müssen. Kehren Sie um, bevor es zu spät ist. Schluss mit den Trickserien. Machen Sie endlich eine seriöse und ehrliche Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Die Generalaussprache bietet traditionell immer auch Gelegenheit, nicht nur etwas zu der Finanzpolitik zu sagen, sondern dem Senat auch in den anderen Bereichen auf die Finger zu schauen. Olaf Scholz preist seinen Senat gern als den besten aller Zeiten; der größte und teuerste ist er auf jeden Fall. Wir alle konnten in den letzten neun Monaten eine beachtliche Reihe von Unzulänglichkeiten und Ärgernissen beobachten: Bausenatorin Blankaus Black-out in Sachen Wohnungsnot

(Dirk Kienscherf SPD: Und Ihr zehnjähriger Black-out!)

und ihr unengagierter Umgang mit der Umwelthauptstadt, Verkehrssenator Horchs City-Maut-hin-und-Her, Schulsenator Rabes Posse um die Abschaffung der Schulschreibschrift, Stapelfeldts Wissenschaftschaos, Schreibers und Scheeles Kersten-Miles-Brücke. Die Krönung war Innensenator Neumanns Vorschlag in der Tageszeitung "Die Welt", die afrikanische Küste von der deutschen Marine beschießen zu lassen, wenn dort Piraten vermutet werden.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und bei Erck Rickmers SPD)

Alles Glanzleistungen.

(Andy Grote SPD: Wenn das die größten Vorwürfe sind, kann es so schlimm ja nicht sein!)

– Die großen Vorwürfe kommen noch, das waren eher die Arabesken.

Viel schlimmer wiegt aber der Mangel an Ideen und die Phantasielosigkeit, die wieder Einzug in unsere Stadt gehalten haben, allen voran der Bürgermeister. Sie tun sich bis heute schwer damit, die Erfolge der Metropole Hamburg als der wachsenden Stadt anzuerkennen. Stattdessen rufen Sie erst die moderne Stadt aus und als das nichts half, versuchten Sie es mit "Big City". Überhaupt haben es Ihnen Anglizismen angetan. Muss eine Hamburger U-Bahn-Station wirklich Chicago Square heißen?

(Andy Grote SPD: Fragen Sie mal Herrn Freytag! – Dr. Andreas Dressel SPD: Das war Freytags Idee!)

Das soll wohl Weltläufigkeit suggerieren und wirkt doch eher unhanseatisch.

(Zuruf von der SPD: Eigentor!)

– Herr Freytag war nicht Bürgermeister.

(Zuruf von der SPD: Das Beispiel ist entlarvend für Sie!)

Vielleicht kehrt der Bürgermeister heute in seinem Beitrag zu dem erfolgreichen Leitbild der Wachsenden Stadt zurück.

Wenn wir Hamburgs Optionen und Chancen gestalten wollen, dürfen wir unsere Metropolregion nicht vergessen. Hamburg ist eingebettet in seine Nachbarländer und braucht gute Nachbarschaft, damit wir gemeinsam in der Region wachsen können. Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die norddeutsche Kooperation kamen schon in Ihrer Regierungserklärung nicht vor. Wie man hört, wird die norddeutsche Zusammenarbeit bis heute vom Bürgermeister eher mit Überheblichkeit statt Partnerschaft auf Augenhöhe betrieben. Auch das schwächt die Zukunftschancen Hamburgs und muss sich schleunigst ändern.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Till Steffen GAL)

Im Bereich Wissenschaft sieht es nicht besser aus. Gerade hier muss eine Stadt, die an Bedeutung wachsen will, mehr tun, insbesondere für die Qualität unserer Hochschulen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie passt denn das jetzt zu Ihrer Rede eben? – Dirk Kienscherf SPD: Ich denke, Sie wollen sparen?)

Stattdessen muss der Wissenschaftsetat globale Kürzungen von 30 Millionen Euro hinnehmen. 40 Millionen Euro sind dagegen für den Ersatz der Studiengebühren vorgesehen, ohne dass die Uni davon besser wird und bislang sogar ohne Gegenfinanzierung. Auch beim Uni-Neubau ist vieles unklar. Die Hamburger Wissenschaftsstiftung zur Exzellenzförderung will die SPD auflösen. Überhaupt scheint Exzellenz etwas zu sein, mit dem die SPD nichts anfangen kann, dafür geht es zurück in die Gremienuniversität der Achtzigerjahre.

Meine Damen und Herren! Wenn Professor Lenzen zu Recht warnt, dass die Hamburger Hochschulen mit dieser Politik zu besseren Berufsschulen werden,

(Dirk Kienscherf SPD: Neulich hat er was anderes gesagt!)

dann führt Ihre Politik statt zu Spitzenleistungen zurück ins Mittelmaß. Das kann nicht Hamburgs Ziel sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Dietrich Wersich)

Nicht besser bestellt ist es in der immer wichtiger werdenden Verkehrspolitik. Die Stadtbahn wurde gestoppt

(Dirk Kienscherf SPD: Das war doch Ihr Bürgermeister!)

und zum Busbeschleunigungsprogramm liegt weder ein Konzept noch eine Finanzierung der von Experten geschätzten 250 Millionen Euro vor.

In der Wirtschaft ist Senator Horch stets bemüht und freundlich, doch Fortschritte sucht man bislang vergeblich. Verkehrsprojekte und Elbvertiefung sind nicht beschleunigt, der Hafentwicklungsplan verschoben, die künftige Finanzierung des Hafenausbaus bleibt ungeklärt. Gleichzeitig steigt der kritische Fachkräftemangel und sogar die Arbeitslosigkeit entwickelte sich zuletzt nicht mehr so positiv wie im Bundestrend. Hamburgs Wirtschaft und der Hafen sind unsere aller Lebensader. Hier muss der Senat noch deutlich zulegen.

(Beifall bei der CDU – Andy Grote SPD: Hafen finanziert Hafen, von wem kam das?)

– Herr Grote, Sie müssen das ertragen. Sie sind angetreten, besser zu regieren,

(Andy Grote SPD: Das machen wir auch!)

und wenn Sie das nicht können und sagen, Sie machen es so wie wir, dann ziehen Sie die Konsequenzen und geben Sie auch die Regierung zurück.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dirk Kienscherf SPD: Den Regierungswechsel haben Sie immer noch nicht verkräftet!)

Meine Damen und Herren! Auch an den Schulen ist kein Frieden eingekehrt. Der Schulentwicklungsplan wurde erst einmal um ein halbes Jahr verschoben, um auch dann zu den Konflikten keine Entscheidungen zu treffen. Die Vorschule wird in eine ruinöse Konkurrenz zur Kita getrieben. Wir erleben Container-Chaos statt zügiger Bauentscheidungen. Konzepte zur Inklusion und zur Schulverpflegung sind überfällig. Statt Bereuungsangebote zu machen, will die SPD alle Kinder in die Ganztagschule zwingen. Das ist falsch.

(Beifall bei der CDU)

In der Kultur wurde Frau Kisseler nach einem guten Start in Sachen Hamburger Museen von der eigenen Fraktion brüskiert und entmachtet. Bei der Elbphilharmonie ist die Situation verrannt wie nie, hoffentlich steht hier wenigstens bald ein Durchbruch bevor.

(Zurufe von der SPD)

Die Gesundheitssenatorin ist nach der EHEC-Krise praktisch abgetaucht. Bundespolitische Signale für den Gesundheitsstandort Hamburg sind bislang ausgeblieben. Herr Scholz, Sie sind eine Antwort darauf schuldig geblieben, warum die Gesund-

heitsbehörde überhaupt mit einem Millionenaufwand verselbstständigt wurde.

(Beifall bei der CDU – Jan Quast SPD: So ein Quatsch!)

In der Justiz macht die Senatorin zweifellos eine gute Figur und überzeugt damit, dass sie auch lange Texte ohne zu stocken sicher ablesen kann.

(Andy Grote SPD: Frechheit! – Arno Münster SPD: Was soll denn das? Das gehört sich nicht, so was! – Andy Grote SPD: Gut, dass Sie sich nichts aufgeschrieben haben!)

Aber ansonsten auch nach neun Monaten bis auf Ankündigungen: Fehlanzeige.

Wo wir schon beim Thema Ankündigungen sind – auch in der Wohnungsbaupolitik sind die Ankündigungen sehr viel größer als die Taten. Es gibt bislang so gut wie keine neuen Vorhaben, stattdessen werden die vorgefundenen Pläne abgearbeitet. Sie versuchen schon heute, mit Hilfe von Wortklaubereien die 24 000 neuen Wohnungen, die Sie ursprünglich in dieser Legislaturperiode bauen wollten, zu relativieren. Statt durchschnittlich 6000 Wohnungen heißt es nun, diese Zahl werde erst im vorletzten Jahr Ihrer Regierung erreicht, wobei fraglich ist, ob das wirklich neue Wohnungen sein werden oder ob Sie die Ersatzbauten einfach mitzählen.

Meine Damen und Herren! Hamburg braucht mehr Wohnungsbau,

(Andy Grote SPD: Dass Sie sich überhaupt trauen, das anzusprechen!)

darüber sind wir uns einig und das unterstützen wir. Aber wir unterstützen es nicht um jeden Preis. Wir fordern Qualität statt neuer Großsiedlungen und Hochhausphantasien und echte Zahlen statt Zahlentricks.

(Beifall bei der CDU – Andy Grote SPD: Es gibt nicht einen einzigen Haushaltsantrag von Ihnen dazu!)

Wenn wir den Wohnungsbau wirklich voranbringen wollen, dürfen wir nicht zulassen, dass Bauvorhaben durch den Eigensinn Weniger zu Fall gebracht werden.

(Andy Grote SPD: Zum Beispiel den Eigensinn der CDU in Harburg!)

Wir brauchen Mindestquoten in den Bezirken, damit Volksentscheide nicht zu Klientelentscheiden degenerieren. Ich frage mich, warum sich ein verbindlicher Volksentscheid nicht auf eine Beteiligung stützen sollte, mit der auch Mehrheiten in Parlamente gewählt werden. Lassen Sie uns über diese wichtige Frage gemeinsam mit allen Gruppen in der Stadt reden, damit das Gemeinwohl nicht unter die Räder kommt.

(Beifall bei der CDU)

(Dietrich Wersich)

Zum Abschluss komme ich auf einen Bereich zu sprechen, der mir ganz besonders am Herzen liegt und der für die Zukunft unserer Stadt von zentraler Bedeutung ist: der soziale Zusammenhalt und die Lebensbedingungen in unserer Stadt, insbesondere für die Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. In den vergangenen Jahren wurde hier mit vielen Ideen viel Gutes bewirkt. Viele Menschen haben sich engagiert. Es wurden soziale Netzwerke geknüpft und Stadtteileinrichtungen verwirklicht, in denen sich Menschen generationsübergreifend füreinander einsetzen. Gerade durch die vielen kleinen Projekten in den Stadtteilen wurden Menschen aus ihrer Isolation geholt und in nachbarschaftliche Netzwerke eingebunden. Diese Arbeit wird, wenn es nicht schon in den vergangenen Wochen geschehen ist, im kommenden Jahr zerstört werden. Während für das Verschenken von Mittagessen in den Kitas 20 Millionen Euro da sind, erleben wir in vielen Teilen der Stadt einen sozialen Kahlschlag.

(Dirk Kienscherf SPD: Fragen Sie mal Frau von der Leyen!)

Schlimm sind das Vorgehen von Arbeits- und Sozialminister Scheele und das Versagen der SPD in den sozial besonders belasteten Stadtteilen. In Lurup und Steilshoop, Eidelstedt und Jenfeld, Wilhelmsburg und Harburg werden in diesen Tagen Hilfs- und Beschäftigungsangebote zerschlagen, die den Menschen teilweise schon seit Jahrzehnten Hoffnung und Sinn gegeben haben.

(Wolfgang Rose SPD: Heuchelei!)

Viele Menschen fühlen sich zu Recht in kaltherziger Weise ausgegrenzt und auf das Abstellgleis der Aussichtslosigkeit und Isolation geschoben.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie kürzen auf Bundesebene die Mittel und stellen sich dann hier so hin!)

Das ist nicht alles nur die Schuld und Vorgabe der Bundesagentur, es ist in weiten Teilen eine ganz bewusste Entscheidung des Senators. Staatsnahe Arbeitsmarktträger in Großprojekten sind ihm offenbar lieber. Mit den Bedürfnissen der Menschen vor Ort in den Stadtteilprojekten kann er nichts anfangen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Um diesen Kahlschlag in Steilshoop komplett zu machen, stoppt Schulsenator Rabe den bereits in Auftrag gegebenen Neubau der Stadtteilschule am See und zerstört damit für viele Steilshooper die Hoffnung auf einen starken Bildungsstandort.

In dieser Situation will die SPD etwas retten und legt einen einmaligen Bezirksfonds mit 1 Million Euro auf. Aber wenn man sieht, woher das Geld dafür kommen soll, dann verschlägt es einem fast die Sprache: Die Löcher in der Stadtteilarbeit sollen ausgerechnet mit einer neunzigprozentigen

Kürzung der Förderungen von bürgerschaftlichem Engagement gestopft werden.

(Dirk Kienscherf SPD: Passiert doch gar nicht real!)

Meine Damen und Herren! Diese neueste Idee der SPD ist geeignet, die soziale Infrastruktur in unserer Stadt noch stärker zu schädigen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die SPD kürzt bei der Ehrenamtsförderung und gibt unsere Pläne zum Ausbau von Freiwilligenagenturen in den Stadtteilen auf. Mit dieser kurz-sichtigen Politik zerstören Sie das Fundament für eines der entscheidenden Zukunftsthemen unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU – Gabi Dobusch SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Dirk Kienscherf SPD: Das wissen Sie doch ganz genau, dass das nicht stimmt!)

Diese Situation bringt Senator Scheele natürlich in Not. Was macht er, um davon abzulenken? Natürlich teure Versprechungen. Kurzerhand verkündet er schon jetzt – trotz der großen Verunsicherung, ob die Konjunktur hält und der Euro stabil bleiben –, dass ab August 2014 eine tägliche Kita-Betreuung von fünf Stunden für alle kostenlos sein wird. Das sind kurz vor der nächsten Bürgerschaftswahl noch einmal 70 Millionen Euro, die dann eine neue Regierung schultern soll.

Sozialer Kahlschlag und teure Wahlversprechen, das zeigt nicht nur die mangelnde Lernfähigkeit der SPD, sondern das ist auch unverantwortlich gegenüber der Zukunft aller Kinder, die die Schuldenlast nicht mehr werden stemmen können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die SPD-Alleinherrschaft bringt Hamburg 2011 genauso wie von 1991 bis 1993 unter Voscherau nicht voran. Olaf Scholz hat die Herausforderungen der Finanzkrise, die einen neuen politischen Stil der finanziellen Zurückhaltung und Ehrlichkeit erfordert, schon vor der Wahl nicht erkannt und die Wähler mit teuren Wahlversprechungen geblendet. Nach der Wahl versagt der Senat in der zugespitzten europäischen Schuldenkrise auf ganzer Linie. Anstatt so schnell wie möglich keine neuen Schulden zu machen, schiebt die SPD die Lasten in die Zukunft und betreibt eine hemmungslose Neuverschuldung. Der Bürgermeister und sein Senat bleiben blass. Wir sehen ihn ohne Phantasie oder neue Ideen, stattdessen mutlos und entscheidungs-scheu, immer auf der Hut, ja keine Fehler zu machen. Das reicht nicht, so wird Hamburg abgehängt. Hamburg kann mehr und Hamburg braucht mehr. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Dressel.

(*Andy Grote SPD:* Schlechter kann es nicht werden!)

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst, Frau Präsidentin, möchte ich Ihnen im Namen meiner Fraktion Dank aussprechen für die Worte, die Sie an uns alle gerichtet haben im Hinblick auf die bedrückenden Nachrichten der letzten Tage in Sachen Rechtsterrorismus. Wir wollen diesen Dank verbinden mit dem Dank an die vielen Engagierten in unserer Stadt, die diese dramatischen Erkenntnisse thematisiert haben. Ich möchte dabei auch Kazim Abaci nennen, ein Mitglied dieses Hauses, der mit seiner Organisation "Unternehmer ohne Grenzen" viel dazu beigetragen hat, dass die Veranstaltung am Wochenende stattfinden konnte.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Da können Sie auch mal den Flüchtlingsrat erwähnen!)

Es ist richtig, das hier so offen zu thematisieren, um Menschen aufzurütteln.

(Beifall bei der SPD)

Diese bedrückenden Erkenntnisse sollten dazu führen, dass wir nicht einfach zu unserem ritualisierten Schlagabtausch zurückkehren. Wir sollten gemeinsam bekennen, dass wir gegen den rechten Terror zusammenstehen. Wir sind dem Innenminister deshalb sehr dankbar, dass er alle relevanten Straftaten seit 1995 noch einmal auf Hinweise auf einen rechtsextremistischen Hintergrund untersuchen lässt.

(*Phyliss Demirel GAL:* Das ist selbstverständlich!)

– Trotzdem ist es notwendig, in diesem Rahmen zu betonen, dass das aufgearbeitet wird. Ich finde, es gehört dazu, das in dieser Debatte zu benennen.

(Beifall bei der SPD)

Es hat auch sehr wohl etwas mit den Haushaltsberatungen und den Haushaltsanträgen zu tun. Wenn Sie unsere 30 Anträge einmal durchsehen würden, dann würden Sie feststellen, dass die SPD-Fraktion schon lange, bevor diese schrecklichen Erkenntnisse offenbar wurden, gefordert hat, die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in dieser Stadt

(*Antje Möller GAL:* Sie haben doch alles gekürzt!)

in einem echten Landesprogramm gegen Rechtsextremismus zu bündeln. Das ist überfällig und wir wollen es in diesen Haushaltsberatungen auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir in einer Generaldebatte auch einen Antrag aufgreifen, den wir als SPD-Fraktion einbringen

(Glocke)

– nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu –, ist eine parlamentarische Selbstverständlichkeit und ich kann Ihre Aufregung nicht ganz verstehen.

(*Antje Möller GAL:* Gucken Sie mal, wo die Deckung herkommt!)

Ich würde mir wünschen, dass wir mit einem gemeinsam gefassten Beschluss unseres Antrags ein gemeinsames Signal gegen Rechtsextremismus aussenden. Das wäre das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Eine Debatte zum Thema Rechtsterrorismus kann abendfüllend sein, das ist klar, und wir können sie bei der Fachdebatte auch noch einmal fortsetzen. Trotzdem müssen wir über den Haushalt sprechen und zu Entscheidungen kommen, denn – Herr Wersich hat es angesprochen – das Jahr 2011 ist fast zu Ende und wir haben immer noch keinen Haushalt. Wir wollen nicht weiter aufarbeiten, woran das lag, dazu ist schon alles gesagt. Nehmen Sie es als meinen Beitrag zum Sparen, wenn ich es mir erspare, auf jeden Punkt des Zerrbildes, das Sie hier gezeichnet haben, und auf jede unwahre Behauptung im Einzelnen einzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Ausnahme muss ich aber doch ansprechen, weil es wirklich eine ziemliche Unverfrorenheit ist, wie Sie den von der SPD-Fraktion auf den Weg gebrachten Überbrückungsfonds für die bezirkliche Stadtteilarbeit diskreditiert haben. Wir haben es hier mit den Folgen der schwarz-gelben Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik um 90 Millionen Euro zu tun, die wir in Hamburg umzusetzen müssen. Wo war denn da Ihr Protest bei Frau von der Leyen? Davon habe ich nichts gehört, dort hätten Sie sich artikulieren müssen, aber da ist nichts von Ihnen gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich gucken wir für diesen Überbrückungsfonds, wo Haushaltsreste

(*Robert Heinemann CDU:* Das sind doch keine Reste!)

in der Behörde sind, für die Sie persönlich verantwortlich waren. Wenn ich richtig informiert bin, haben Sie als verantwortlicher Senator in der Sozialbehörde 278 000 Euro an Resten auf genau dem Haushaltstitel angesammelt, den Sie jetzt ansprechen. Darauf greifen wir in der Tat zurück. Es soll keine Einschnitte bei den Freiwilligen-Aktivitäten geben, dafür geben wir Ihnen heute unsere Zusi-

(Dr. Andreas Dressel)

cherung. Wir werden die Reste, die auch unter Ihrer Verantwortung entstanden sind, in dieser schwierigen Situation wirklich vernünftig einsetzen, um den Stadtteilen zu helfen. Dem müssten Sie eigentlich beipflichten, anstatt so einen Zinnober zu veranstalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich will gar nicht auf alle anderen Punkte eingehen. Das deutlichste Urteil über Sie, Ihre Politik und viele Ihrer Argumente haben die Hamburgerinnen und Hamburger am 20. Februar 2011 gesprochen und das hat aus unserer Sicht immer noch Gültigkeit. Wir haben in Vorbereitung auf diese Haushaltsberatungen immer wieder festgestellt, dass die von Ihnen hinterlassene Erblast, Ihre ungedeckten Schecks und Haushaltstricks, unsere Stadt noch lange belasten werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich will deshalb weniger zurück, sondern nach vorne schauen und darauf, welche Weichen wir schon gestellt haben und welche weiteren Weichenstellungen wir uns vorgenommen haben.

Das Jahr 2020 ist für uns – das ist schon verschiedentlich angesprochen worden – eine zentrale Zielmarke, das gilt aufgrund des Neuverschuldungsverbots natürlich besonders für den Bereich der Haushaltspolitik. Aus Sicht der SPD-Fraktion geht es aber auch darum, diese Langfristigkeit in andere Politikbereiche hineinzubringen.

(Dietrich Wersich CDU: Und Schulden machen!)

In den letzten Monaten ist dazu schon eine ganze Menge auf den Weg gebracht worden: die bis zum Jahr 2020 geltende Hochschulvereinbarung, die die Wissenschaftssenatorin abgeschlossen hat, die Dekadenstrategie im Sport und weitere Strategien, die explizit auf das Jahr 2020 ausgerichtet sind und mehr Langfristigkeit in die Politik bringen. Das ist auf den Weg gebracht. Ich glaube, das ist ein Weg, der für diese Stadt richtig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die erste rote Linie ist erkennbar. Wir haben uns auf den Weg gemacht, diese Stadt zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands zu machen. Wir haben – Herr Wersich, das geht direkt an Sie, denn auch das haben Sie in Ihrer Regierungszeit als zuständiger Senator zu verantworten gehabt – Wort gehalten und zum 1. August die Kita-Gebührenerhöhung, die Sie verantwortet haben, zurückgenommen. Versprochen und gehalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann CDU: Und die Kinder dürfen jetzt Ihre Schulden zahlen!*)

In dem Zusammenhang ist es schon witzig, dass Sie uns für das Einhalten von Wahlversprechen kritisieren. Wenn ich die politische Diskussion der letzten Jahre in diesem Land verfolge, dann war es bisher eigentlich immer so, dass man dafür kritisiert wurde, Wahlversprechen nicht eingehalten zu haben. Jetzt werden wir von Ihnen dafür kritisiert, dass wir sie einhalten; irgendwas stimmt da bei Ihnen nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen an genau dieser Stelle weiter. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung wird, genau wie wir es versprochen haben, Schritt für Schritt bis 2014 weitergehen, quantitativ und qualitativ, ohne Elternabzocke. Noch in dieser Wahlperiode wird der Fünfstundenplatz für die Eltern kostenfrei sein. Auch hier gilt: Versprochen und gehalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich geht es so auch weiter. Im Bereich der Schulkinder wurde auch schon eine ganze Menge auf den Weg gebracht.

(Robert Heinemann CDU: Fehler wurden auf den Weg gebracht!)

Wir haben in diesem Bereich Wachstumszahlen, auf die wir uns einstellen müssen, und wir setzen den Schulfrieden in konkretes Handeln um: Wir schaffen neue Lehrerstellen. Das gehört zum Schulfrieden dazu und das kann man nicht ignorieren, wenn man über die Stellensituation in der Hamburger Verwaltung spricht. Was hätten Sie denn gesagt, wenn wir uns von diesem Bestandteil des Schulfriedens verabschiedet hätten? Da wären Sie doch die Ersten gewesen, die das beklagt hätten. Der Schulentwicklungsplan ist von uns auf den Weg gebracht worden. Er war von der Stadt und mit den Stadtteilen sehr gut vorbereitet. Wenn das auch bei Ihnen so gewesen wäre, dann wäre manches in der Schulpolitik der letzten Jahre anders gelaufen.

(Beifall bei der SPD)

Alles steht ein bisschen unter der Überschrift, dass Hamburg wächst.

(Dr. Till Steffen GAL: Ein bisschen!)

– Es wächst im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht nur ein bisschen. Wir werden im nächsten Jahr, wenn die Zahlen so weitergehen, auf 1,8 Millionen Einwohner kommen und die Prognosen sagen, dass es gegen den Bundestrend weitergeht. Deshalb muss das Engagement im Bereich des Wohnungsneubaus

(Robert Heinemann CDU: Genauso erfolgreich wie in Langenhorn!)

genauso konsequent fortgesetzt werden, wie wir jetzt den Anfang gemacht haben.

(Dr. Andreas Dressel)

Ich finde gut, dass Sie etwas dazu sagen, aber es kommt immer ein kleines Aber hinterher. Wir alle sind fraktionsübergreifend als Parlament gefordert, für diejenigen zu sorgen, die in der Stadt ein neues Zuhause bekommen wollen. Dass wir dort einen politischen Beitrag leisten, ist unsere gemeinsame Herausforderung.

(Beifall bei der SPD)

Der Appell zur Gemeinsamkeit ist nicht nur irgendein Spruch, das hat der Erste Bürgermeister hier zuletzt ausgeführt. Wir sollten das ernst nehmen,

(*Robert Heinemann CDU: Das tun wir auch, Herr Weinberg zum Beispiel!*)

nicht nur hier, sondern auch vor Ort. Ich bin gespannt – das hatte ich letztes Mal angesprochen und sage es nun noch einmal –, ob Sie sich dort, wo es tatsächlich darum geht, neue Wohneinheiten zu realisieren, nicht billig vom Acker machen, sondern gemeinsam Kurs halten und zu dem stehen, was Sie der Stadt versprochen haben. Das müssen Sie vor Ort einhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der CDU)

Bei dem Thema der gemeinsamen Verantwortung sind wir auch schon bei den Haushaltsanträgen. Da könnte es sich die Regierung einfach machen und sagen, wir nehmen alles an, was wir vorgeschlagen haben und lehnen alles ab, was die anderen vorschlagen.

(*Robert Heinemann CDU: Das machen Sie doch auch!*)

– Wenn Sie genau hinschauen, machen wir das diesmal eben nicht.

Das eine oder andere überweisen wir, das eine oder andere greifen wir auf oder nehmen es tatsächlich an. Wenn Sie die letzten Legislaturperioden durchsehen, werden Sie lange suchen müssen, bis man auf etwa ein Dutzend Initiativen der Oppositionsfraktionen kommt, mit denen man so konstruktiv umgeht. Wir stehen für eine konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen. Deshalb verstehe ich die Aufregung nicht, wenn wir so konstruktiv mit Ihren Vorschlägen umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ein paar Beispiele nennen, Stichwort Kulturtaxe. Wir haben in diesen Tagen die Chance, überparteilich auf Basis des CDU-Antrags von Herrn Wersich – die 34 kulturpolitischen Thesen, die Sie dort aufgeführt haben – gemeinsam ein Signal zu setzen, aber nicht nur ein Signal, sondern auch eine Richtungsentscheidung zu treffen, dass wir die Kulturtaxe für die Stadt als wichtig und für die Kulturpolitik als unverzichtbar ansehen. Die GAL hatte sich für die Kulturtaxe positioniert, die

LINKEN auch, ich habe das jedenfalls Ihren Anträgen so entnommen. Einzig die FDP...

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Die FDP nicht, Herr Dr. Dressel!*)

– Die FDP ist ein besonderes Problem.

Sie hätte es eigentlich selbst in der Hand, Schadensbegrenzung zu betreiben. Denn in Wahrheit geht es bei der Kulturtaxe darum, den Mehrwert der Mehrwertsteuersenkung,

(*Dietrich Wersich CDU: Das stimmt doch gar nicht!*)

den Ihre Bundesregierung verantwortet hat, bei den Hoteliers abzuschöpfen. Insofern wäre es eigentlich konsequent, wenn Sie an unserer Seite stehen würden. Sie sollten sich eher als Lobbyistin für die Kultur als für die Hoteliers betätigen. Unsere Aufforderung an Sie ist, hier noch beizutreten.

(Beifall bei der SPD)

Mein anderes Thema ist die Konzessionsabgabe oder Sondernutzungsgebühr Vattenfall, der GAL-Antrag dazu.

(*Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.*)

Es ist schade, dass das Heldentum nach Ladenschluss gekommen ist. Sie hätten während der schwarz-grünen Regierungszeit die Sondernutzungsabgabe starten können, das haben Sie leider nicht getan.

(*Zuruf von Jens Kerstan GAL*)

Wenn es ums Vattenfall-Bashing geht, lassen Sie, Herr Kerstan, eigentlich nichts aus. Deswegen wundert es, dass Sie darauf nicht vorher eingegangen sind. Wir wollen 2012 starten, das ist richtig und überfällig, und das wollen wir jetzt auf den Weg bringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch bei der FDP finden wir Punkte, die richtig sind,

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Oh, là, là! – Katja Suding FDP: Mehr fällt Ihnen dazu nicht ein?*)

und zwar die kritische Überprüfung der Reiterstaffel, die unsere Fraktion auch in der letzten Wahlperiode umgetrieben hat, das kann ich aus persönlicher Erinnerung bestätigen.

(*Zurufe von der CDU und der GAL*)

Das muss auf den Prüfstand. Wir haben in der letzten Wahlperiode dafür gestanden, dass uns die Kriminalitätsbekämpfung wichtiger ist als Showprojekte. Wir werden Ihren Vorschlag zur Überprüfung mit aufgreifen. Sie sollten sich darüber freuen, wenn wir einen Antrag von Ihnen annehmen.

(Dr. Andreas Dressel)

(Beifall bei der SPD)

Ein bisschen schwieriger ist das bei der LINKEN.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das ist wahr! – *Dr. Till Steffen GAL*: Das ist ja wie beim Nikolaus! – Gegenruf von *Robert Heinemann CDU*: Für euch hat der Nikolaus leider nichts!)

– Es ist für jeden etwas dabei, das stimmt.

Ich möchte ein Wort direkt an Sie richten, lieber Herr Bischoff. Es ist aus unserer Sicht traurig – und ich glaube, das eint uns alle in diesem Hause –, dass Sie von Bord gehen.

(Beifall bei der SPD, der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Sie waren und sind ein haushaltspolitisches Gewissen nicht nur für die Fraktion der LINKEN. Wir alle haben Ihre Argumente sehr geschätzt, auch wenn wir sie nicht immer in allen Punkten geteilt haben, aber es waren richtige und wichtige Debattebeiträge. Dafür vielen Dank. Wir nehmen das Thema, das uns gemeinsam immer wichtig war, was für einen effektiveren Steuervollzug noch getan werden kann, auch mit in den Haushaltsausschuss. Leider sind Sie dann schon nicht mehr mit von der Partie, was wir ausdrücklich bedauern. Aber wir hoffen, Sie das eine oder andere Mal wiederzusehen. Also noch einmal vielen Dank an dieser Stelle.

Einen Punkt habe ich in den Anträgen der Opposition vermisst – dazu ist zwar jetzt noch verbal ein bisschen von Herrn Wersich gekommen –, nämlich das Thema Sanierung und Instandsetzung der städtischen Infrastruktur. Es gab zwar einen Zusatzantrag, Anfragen und ein paar Hinweise, aber das war Politgeplänkel. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein sehr waches Auge auf die Frage, wie die Stadt mit der Infrastruktur umgeht, sie haben das wahrgenommen und ernst genommen, und viele sagen sich, dass die letzten zehn Jahre Regierungszeit in dieser Stadt zehn verlorene Jahre für die Substanz dieser Stadt gewesen sind.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das ist ein Fakt, der sich durch die Realität ergibt. Sie haben mehr auf schöne Fotos bei Neueinweihungen gesetzt als sich um das öffentliche Eigentum zu kümmern. Wir müssen jetzt gemeinsam schauen, wie wir den milliarden schweren Sanierungsstau – das ist nicht etwas, das nur wir sagen, sondern der Rechnungshof weist uns alle miteinander immer wieder darauf hin – aufarbeiten bei den Straßen, Wegen, Parks, Grünanlagen, Spielplätzen, Gewässern, Schulen und Hochschulen.

(Zuruf von *Robert Heinemann CDU*)

Wir müssen miteinander alles dafür tun, dass der Werteverfall der öffentlichen Infrastruktur gestoppt

wird. Das bedroht den öffentlichen Haushalt und die Lebensqualität vieler Hamburgerinnen und Hamburger.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir einen Antrag auf den Weg gebracht, in dem nicht nur etwas zum Thema Sanierungsfonds steht. Es ist bei Drucksachen immer wichtig, dass man sich nicht nur einen Absatz anschaut, sondern den ganzen Antrag. Dieser hatte zwei Seiten und dann muss man das insgesamt betrachten.

(*Robert Heinemann CDU*: Viel Prosa!)

Wir wollen, dass der gesamte städtische Investitionshaushalt vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Wir wollen, dass alle städtischen Investitionsmittel daraufhin überprüft werden, was primär in Sanierung gehen kann, wo es tatsächlich erforderlich ist, etwas Neues zu bauen und wo wir nicht mehr dafür sorgen können, dass es in Sanierung geht. Wir sind sehr zuversichtlich, dass der Senat dieses aufgreifen und ein Sanierungsprogramm auflegen wird, sodass wir ab 2013 Sanierungsmittel der Fachbehörden – über 100 Millionen Euro pro Jahr – bekommen werden. Das ist eine große Summe, wenn man das über die gesamte Wahlperiode sieht. Wir sind deshalb sehr zuversichtlich, dass wir auf dieser Grundlage den Sanierungsstau bis 2020 beheben können.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen einen Mentalitätswechsel erreichen, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Verwaltung, in den Fachbehörden bis hin zur Sachbearbeiterebene, dass es darum geht, nicht immer etwas Neues zu bauen, sondern zu schauen, wie Vorhandenes in Schuss gebracht werden kann. Deshalb nehmen wir den Senat und die Fachbehörden ausdrücklich in die Pflicht, die Sanierungsaufgaben in den fachbehördlichen Budgets in den Vordergrund zu stellen. Die Wahrheit ist – wenn Sie das ein bisschen länger betreiben, werden Sie es wissen –, dass es an vielen Stellen der Stadt bisher umgekehrt gelaufen ist, dass man, um ein bestimmtes neues Investitionsprojekt zu finanzieren, bei den Instandhaltungsmitteln Geld abzweigt hat. Genau das können wir uns bei dem Zustand der öffentlichen Infrastruktur nicht mehr leisten, deswegen muss Vorfahrt für Sanierung gelten.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch, dass wir den Sanierungstitel, der in Ihrer Regierungszeit vorbereitet und im schwarz-grünen Haushaltsplan-Entwurf aufgelegt war, zielgerichtet für diese Zwecke mit einsetzen, aber eben mit der Maßgabe, dass die Hauptlast im Bereich der Fachbehördenetats zu tragen ist. Das kann die Bürgerschaft nicht alleine stemmen, sondern die Pflichtaufgaben sind im Bereich der Fachbehörden wahrzunehmen. Wir müssen zusätzlich

(Dr. Andreas Dressel)

schauen, wo man gezielt bei einzelnen Sanierungsprojekten...

(Anja Hajduk GAL: Sagen Sie doch einfach, dass Sie den Titel kürzen!)

– Nein, das ist eben nicht gekürzt. Es ist immer hilfreich, wenn man die Fakten genau betrachtet.

(Robert Heinemann CDU: Das ist es genau!)

– Genau.

25 Millionen Euro waren drin; dann hat der Senat auf seiner Haushaltsklausur am 3. Mai 5 Millionen Euro herausgenommen und wir haben angefangen, Ihre Schlaglöcher zuzumachen. Das ist auch Sanierung, Frau Hajduk.

(Beifall bei der SPD – Anja Hajduk GAL: Ganz tiefe Schublade!)

Ich habe eben geschildert, dass das Entscheidende ist, dass dieses Sanierungsprogramm für den Senat insgesamt aufgestellt ist. Ich habe das Mittelvolumen benannt und dass wir mit dem Sanierungsfonds einen Teilbereich vernünftig mit abdecken können; das ist eine vernünftige Abstimmung zwischen Senat und Bürgerschaft. Ihre Vorschläge waren mehr eine Fata Morgana. Was haben Sie denn real im Bereich Sanierung vorangebracht?

(Dirk Kienschurf SPD: Nichts! – Robert Heinemann CDU: Wir haben die Schulen saniert!)

Darüber haben – und damit bin ich wieder beim 20. Februar – die Hamburgerinnen und Hamburger ein Urteil gefällt und das fiel nicht positiv aus, Frau Hajduk.

(Beifall bei der SPD)

Beim Campus Bundesstraße hat es die Entscheidung für gekoppelte Investitionen und Sanierungen mit einem vernünftigen Modell gegeben; dort geht es jetzt los. Der Sportsenator hat das Sanierungsprogramm für die Sportstätten vorgelegt.

(Robert Heinemann CDU: Er will welche bauen!)

Weitere Maßnahmen werden folgen. Das geht jetzt los und ist auch die Erwartung der Menschen in dieser Stadt; insofern geht es in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt noch viele Altlasten, über die jetzt zu reden wäre, Versorgungsfonds, Sondervermögen Stadt und Hafen, der Kollege Quast wird dazu noch etwas sagen.

Sanierung und Entschuldung sind zwei Seiten einer Medaille. Wir müssen jetzt anfangen, dafür zu sorgen, dass die notwendigen Voraussetzungen auf dieser Strecke bis 2020 erreicht werden. Wir

halten an dem langfristigen Konsolidierungskurs ausdrücklich fest, weil er der verantwortbare ist und die Stadt auf diesem schwierigen Weg Richtung 2020 mitnehmen kann. Das ist ambitioniert, aber machbar.

Herr Wersich, zu dem, was Sie eben ausformuliert haben beziehungsweise zu Ihrer Kampagne der letzten Wochen und Monate. Sie hatten beim Tag der offenen Tür eine schöne Carrera-Bahn zum Thema frühe Schuldenbremse aufgebaut, das heißt, dass Sie das Neuverschuldungsverbot auf 2015 vorziehen wollen. Ich habe das Bild noch einmal angeschaut, das hieß: "Wir bremsen früher für Sie" – also Fahrsicherheitstraining im Bereich der Haushaltspolitik. Sie erwecken den Eindruck, als ob der langsamere Bremsweg bis 2020 mehr Verletzte in dieser Stadt fordert und schnelles Bremsen sicherer sei.

(Robert Heinemann CDU: Wer später bremst, baut einen Unfall!)

Das Problem ist nur, dass anders, als im Straßenverkehr, das Gegenteil der Fall ist. Wer jetzt die Vollbremsung einleitet, wird viele Verletzte zu beklagen haben. Eine strukturelle Schuldenvollbremsung bis 2015 wird eine heftige, unsoziale Bremsspur bei Schulen und Kindergärten, Polizei und Feuerwehr hinterlassen. Das können, das wollen und das werden wir nicht verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das trotzdem wollen – das haben Sie eben noch einmal deutlich erklärt –, dann machen Sie bitte zwei Schritte. Fordern Sie nicht nur, die Schuldenbremse vorzuziehen, sondern sagen bitte in diesen drei Tagen genau, wie und wo Sie diese Schuldenvollbremsung realisieren wollen. Das verschweigen Sie aber.

(Beifall bei der SPD – Robert Heinemann CDU: Keine Abschaffung der Studiengebühren, keinen kostenlosen Kindergarten! Hat Herr Wersich alles gesagt!)

Schlimmer noch, hier in der Generaldebatte – Herr Heintze wird das mit der Carrera-Bahn wahrscheinlich noch einmal ausführen – wird auf die ganz besondere finanzpolitische Vernunft gesetzt, aber in den Fachtats – da brauchen wir Ihre Anträge nur durchzuschauen – werden Mehrausgaben gefordert, oder, um Sie zu zitieren, das süße Gift wird in den Fachtats gefordert. In der Finanzpolitik zieht man die Schuldenbremse vor, in den Fachtats fordert man Mehrausgaben. Das passt nicht zusammen und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten am soliden, langfristigen Sanierungs- und Konsolidierungskurs fest und machen trotzdem konkrete Hinweise, wo wir noch weiter rangehen müssen. Wir haben eine Initiative zum Thema

(Dr. Andreas Dressel)

Entflechtung von Durchführungsaufgaben auf den Weg gebracht, weil wir glauben, dass dort Potenzial ist, und wir wollen im Bereich der Büroflächenreduzierung der öffentlichen Verwaltung Ergebnisse sehen. Das sind nur zwei Beispiele, wo wir Potenzial für echte Einsparungen sehen, da sollten wir dranbleiben.

Dass wir parallel die Einnahmeseite nicht vernachlässigen, versteht sich von selbst und das brauchen wir nicht noch einmal extra zu beschließen. Die Bürgerschaft hat in den letzten Monaten schon die nötigen Beschlüsse zum Beispiel für die Einführung einer Vermögensteuer gefasst. Für diese setzt sich der Senat auf Bundesebene ein. Deshalb ist es richtig, dass die Gewerkschaften in diesen Tagen noch einmal darauf hingewiesen haben, dass man bei dem Thema Konsolidierung die Einnahmeseite nicht vernachlässigt, und deshalb ist auch richtig, dass wir das Thema öffentliche Armut sehr aufmerksam ansprechen, dass also ein Zusammenhang zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut besteht, den wir gemeinsam verantwortlich angehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss noch einmal gesagt werden – dazu ist bisher nichts gekommen, vielleicht hat Frau Suding später Gelegenheit, dazu noch etwas zu sagen –, dass für schwarz-gelbe Steuersenkungen, die dann in Hamburg neue Löcher reißen würden, nämlich bis zu 72 Millionen Euro ab 2014 oder 2015, aus unserer Sicht null Spielraum besteht. Wenn die Bundesregierung der FDP wieder etwas auf die Beine helfen will, bitte schön, aber nicht mit unserem Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit den über 30 Initiativen zum Haushalt 2011/2012 an vielen Stellen im Haushalt noch einmal Hand angelegt. Wir haben dem Senat auch Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben für den Haushalt 2013/2014. Dass aber die Spielräume geringer geworden sind, das brauche ich keinem Abgeordneten zu sagen. Das ist auch ein Ergebnis der Schuldenbremse, dass es für uns alle eine gewisse Selbstdisziplinierung erfordert, mit politischen Forderungen umzugehen. Das gilt nicht nur für die Regierungsfraktion, das sollte auch für die Oppositionsfraktionen gelten. Wenn ich mir Ihre Anträge so anschau, hat das mal mehr, mal weniger gut funktioniert. Aber diese Politiker-Floskel "jetzt nehmen wir mal Geld in die Hand", die wir früher oft gehört haben, sicherlich auch von hier, die glaubt uns in dieser Stadt sowieso keiner mehr. Insofern sollten wir gemeinsam daran arbeiten – gerade in Zeiten von Euro- und Finanzkrise, wo das Bewusstsein für öffentliche Verschuldung ganz real ist –, uns verantwortlich zu fühlen auch in der Selbstbeschränkung und dem, was wir an Mehrausgaben fordern. Schaut man sich in diesen Tagen in Europa um, so sind geordnete Finanzen die

Basis für ordentliches Regieren. Wo das eine fehlt, wird es auch mit dem anderen nichts. Mein Appell an Sie alle: Lassen Sie uns diese Haushaltsberatungen auch dafür nutzen, uns darüber zu verständigen, was wir uns zukünftig leisten wollen, leisten können oder auch an einigen Stellen nicht leisten können. Eine solche ehrliche Haushaltsdebatte wünschen wir uns; sie wäre auch ein Beitrag gegen Politikverdrossenheit. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Deutschland beschäftigt sich seit mehreren Wochen mit schmerzlichen Fragen, den Fragen, wie es passieren konnte, dass über viele Jahre hinweg eine rechtsextremistische Terrorzelle in Deutschland ungestraft und unbemerkt Menschen ermorden konnte. Darum ist es richtig, dass wir uns mit der Frage beschäftigen müssen, von der wir alle gehofft haben, dass wir sie uns nach den Gräueltaten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in diesem Lande nie wieder stellen müssen, nämlich ob unsere Gesellschaft, unsere Strafverfolgungsbehörden und unser Verfassungsschutz auf dem rechten Auge blind sind. Das ist eine Debatte, die man sehr ernsthaft führen muss. Man sollte dort nicht einfache Antworten suchen oder populistische Schnellschüsse vollziehen und es sich sehr einfach machen. Herr Dressel, ich muss leider sagen, so wie Sie eben diese Debatte angefangen haben, ist es ein gutes Beispiel, wie man es nicht tun sollte.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU, der FDP und der LINKEN)

Denn Sie haben allen Ernstes den Antrag Ihrer Fraktion zur Erhöhung der Mittel für die Zuschüsse zur Durchführung des Bundesprogramms für Toleranz als gutes Beispiel für eine Konsequenz aus dieser Debatte gezogen. Sie wollen Nazis mit dem Geld bekämpfen, das ihren potenziellen Opfern im Moment zur Verfügung steht. Das ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten und völlig unangemessen, Herr Dressel.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Aber wir wollen heute über den Haushalt und die Politik in dieser Stadt unter dem neuen SPD-Senat sprechen – Anspruch und Wirklichkeit. In Zeiten, in denen Politikverdrossenheit bei sehr vielen Menschen in diesem Lande fast schon in Politikverachtung umzuschlagen droht, ist die Frage, inwieweit eine Regierung das tut, was sie vorher angekündigt hat, eine wichtige. Die Antwort darauf entscheidet nicht nur über die Glaubwürdigkeit des

(Jens Kerstan)

Bürgermeisters, sondern auch über die Glaubwürdigkeit von Politik als Ganzes.

Klarheit und Wahrheit, Herr Scholz, das waren große Schlagworte in Ihrem Wahlkampf. Vor allem haben Sie versprochen, dass die Wohltaten, die Sie dieser Stadt bescheren wollen, nicht im Widerspruch zu soliden Finanzen unter Ihrer Regierung stehen würden. Das strukturelle Haushaltsdefizit sollte abgebaut werden, Steuermehreinnahmen nicht für Ausgaben verwandt werden, eine Ausgabensteigerung pro Jahr von nur 1 Prozent sollte eingehalten werden. Für neue Ausgaben müsse im gleichen Gesetz stehen, woher das Geld kommen soll, das haben Sie versprochen und damit das Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger gewonnen. Heute ist der Tag der Wahrheit, Sie legen den Haushalt vor. Nicht in Wahlkampfreden, Regierungserklärungen oder -programmen zeigt sich, was eine Regierung wirklich tun will, sondern in ihrem Haushaltsplan und der Finanzplanung. Hier kann man Taten deutlich ablesen. Diese Zahlen können sehr unbarmherzig sein, denn sie zeigen sehr genau, wofür Geld eingeplant wird und wofür nicht. Sie zeigen, was eine Regierung wirklich tun will und worüber sie nur redet.

Der Haushalt, Herr Bürgermeister, den Sie und Ihr Finanzsenator uns heute vorlegen, zeichnet ein völlig anderes Bild, als Sie im Wahlkampf versprochen haben. Die Ausgabensteigerungen in 2011 betragen nur auf dem Papier 1 Prozent, verglichen mit dem Ist des Vorjahres sind es fast 5 Prozent Steigerung. Sie geben 400 Millionen Euro mehr aus, als der schwarz-grüne Senat geplant hat, und legen sich für die zweite Legislaturperiode

(Dirk Kienscherf SPD: Für die zweite Legislaturperiode?)

– für die zweite Hälfte der Legislaturperiode – eine Wahlkampfkasse in gleicher Höhe an. Sie haben Mehrausgaben in dreistelliger Millionenhöhe beschlossen und in keiner einzigen Drucksache, bei den Studiengebühren, bei der Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung, steht auch nur ein einziges Wort darüber, wo Sie es hernehmen wollen. Der Betriebshaushalt wird ohne dauerhafte Gegenfinanzierung ausgeweitet. Das strukturelle Defizit, das Sie abbauen wollten, steigt, und zwar deutlich. In Ihrer Finanzplanung steht, dass Steuermehreinnahmen und Verbesserungen durch Maßnahmen des Bundes nicht zur Konsolidierung eingesetzt werden. Diese wollen Sie ausgeben und sie dienen nicht der Senkung der Neuverschuldung.

Herr Scholz, das ist alles andere als ein Sparhaushalt, den Sie vorlegen. Es hat wenige Jahre gegeben, in denen der Betriebshaushalt deutlicher ausgeweitet wurde als von Ihnen. Von Ihren Versprechen ist nichts übrig geblieben. Solide Haushaltspolitik sieht anders aus, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und der CDU und bei Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP)

Man muss schon sehr genau hinsehen, um das zu erkennen, denn Sie haben sich sehr viel Mühe gegeben, es zu verbergen. Aber das zeigt auch noch etwas anderes. Den Anspruch auf Wahrheit und Klarheit haben Sie mit der Haushaltskonsolidierung in diesem Haushalt gleich über Bord geworfen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Damit wir uns nicht falsch verstehen. Viele dieser Maßnahmen bei den Mehrausgaben kritisieren wir Grüne nicht. Es ist richtig, die Studiengebühren abzuschießen, genauso wie die Rücknahme der verfehlten Kita-Gebührenerhöhung, die wir unter Schwarz-Grün beschlossen hatten; es ist auch gut, dass Sie die Kürzungen im Kulturbereich zurückgenommen haben. Wir Grüne hätten diese Kürzungen niemals mittragen dürfen und wir haben in der Bürgerschaftswahl dafür die Quittung bekommen.

Was wir aber kritisieren, ist Ihre unsolide Haushaltspolitik. Wir kritisieren Sie dafür, dass Sie sich in den jetzigen guten Zeiten ein Haushaltspolster anlegen und sich nicht an die 1-Prozent-Regel halten, und wir kritisieren Ihren mangelnden Ehrgeiz beim Abbau der Neuverschuldung. Die Zeiten der Eurokrise und einbrechender Konjunkturen werden mit Sicherheit zu sinkenden Steuereinnahmen führen. Das blenden Sie vollkommen aus, Herr Scholz und Herr Tschentscher. Für diese Fehler wird die Stadt noch teuer bezahlen müssen.

Sosehr wir die finanzielle Entlastung der Studierenden und im Bereich der Kitas begrüßen, so klar ist uns auch, dass sich dadurch an der eigentlichen Situation an der Universität und in den Kitas gar nichts ändert. Heute müssen wir aber gerade im Bildungsbereich investieren, denn nur damit können wir den Hamburgern und ihren Kindern eine gute Zukunft sichern. Die traurige Wahrheit ist, dass die Stadt in diesem Bereich noch lange nicht da steht, wo sie stehen müsste. Darum müssen wir im Bereich der Wissenschaft und der Kitas mehr investieren und gerade hier die Situation verbessern.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als hätten Sie sich auf den Weg gemacht. Sie wollen den Wissenschaftsetat um 0,88 Prozent erhöhen. Aber bei genauerem Hinsehen zeigt sich auch hier mehr Schein als Sein, denn die Realität sieht ganz anders aus. Die Inflationsrate liegt im Moment bei 2,5 Prozent, die Tarifsteigerungen liegen in diesem Jahr bei 1,5 Prozent und für das nächste Jahr sind bereits 1,9 Prozent ausgehandelt worden. Die von Ihnen geplanten Erhöhungen im Wissenschaftsbereich werden durch Kostensteigerungen an der Universität, die bereits jetzt absehbar sind, doppelt und dreifach aufgefressen. Der von Ihnen so be-

(Jens Kerstan)

zeichnete Zukunftspakt entpuppt sich damit als ein Spar- und Kürzungsprogramm, und zwar nicht nur für ein Jahr, sondern für die nächsten zehn Jahre, Herr Bürgermeister. Versuche der Hamburger Universität, aufzuholen und an die Exzellenzuniversitäten anzuknüpfen, werden damit abgewürgt und ein Erfolg wird praktisch ausgeschlossen. Das ist kein Pakt für eine gute Zukunft der Universität, sondern das ist – frei nach Gabriel García Márquez – die "Chronik eines angekündigten Todes".

Einer der größten Irrtümer des real existierenden Sozialismus war die Annahme, man könne viele gesellschaftliche Bereiche mit Fünf-Jahres-Plänen regeln.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir machen jetzt Zehn-Jahres-Pläne!)

Der Bürgermeister legt jetzt, gerade in diesem Moment, Zehn-Jahres-Verträge vor. Was schert es Sie, Herr Bürgermeister, dass in dieser Zeit mehrere Bürgerschaftswahlen stattfinden werden und dass künftige Parlamentsmehrheiten überhaupt nicht an das gebunden sein werden, was Sie dort gerade unterschrieben haben. Das ist kein gutes Regieren, das ist pure Überheblichkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Bürgermeister, Sie wollen Ihre Wahlversprechen halten. Das ist gut, das sollten Politiker machen. Etwas irritierend ist nur, dass bei Ihnen anscheinend auch der Umkehrschluss gilt, was Sie niemandem gesagt haben: Dort, wo Sie nichts versprochen haben, sind Sie fest entschlossen, auch nichts zu machen, selbst wenn die Probleme drückend sind. Das zeigt sich nirgends so deutlich wie in der Arbeitsmarktpolitik. Ich weiß nicht, ob es die SPD-Fraktion mitbekommen hat, dass viele Projekte, die seit Jahrzehnten Langzeitarbeitslosen Hilfe versprechen und gleichzeitig das soziale Angebot in den Stadtteilen verbessern, die nicht auf der Sonnenseite liegen, aktuell vor dem Aus stehen. Das gilt für POTTKIEKER, eine Stadteilküche in Dulsberg, oder auch für das LAURENS-JANSEN-HAUS in Kirchdorf-Süd. Beide sollen zum Ende des Jahres schließen und das sind nur zwei Beispiele von vielen. Unter einer SPD-Alleinregierung droht das soziale Angebot in dieser Stadt flächendeckend wegzubrechen.

Die Kürzungen gehen zum Teil auf die Politik des Bundes zurück. Damit musste sich auch der schwarz-grüne Senat zu Zeiten der Großen Koalition im Bund auseinandersetzen. Schon damals wurde die Politik eingeleitet, Mittel zur Unterstützung der Langzeitarbeitslosen zu kürzen und in Richtung der Arbeitssuchenden umzuschichten, die relativ schnell und einfach auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen sind. Der damalige Bundesarbeitsminister war Olaf Scholz, sein Staatssekretär Olaf Scheele.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Detlef Scheele!)

– Detlef Scheele.

Als gute sozialdemokratische Arbeitspolitiker waren Sie für eine Zentralisierung und wollten keine regionale Arbeitsmarktpolitik, schon gar nicht mit Stadtteilbezug. Und deshalb, Herr Scheele, unternehmen Sie im Moment überhaupt nichts, um diese Politik der Bundesregierung, die Sie damals mit eingeleitet haben, abzumildern; im Gegenteil, Sie verschärfen sie noch. Sie selbst haben hier in Hamburg den Anteil der Mittel für Arbeitsmarktprojekte, der bisher auf 30 Prozent im Stadtteil festgelegt war, auf 20 Prozent gekürzt. Damit sitzen die Verantwortlichen für diese Kürzungen und für das Wegbrechen dieser Angebote Ende des Jahres nicht in Berlin, sondern zum nicht unerheblichen Teil hier auf der Regierungsbank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Da sind wir auch schon beim Regierungsstil dieses Senats. Wer Führung bestellt, wird Führung bekommen – das war Ihr Motto, Herr Scholz, als Sie Parteivorsitzender wurden, und das scheint auch das Motto in diesem Senat zu sein. Wir sehen eine One-Man-Show. Sie treffen Entscheidungen allein, ohne große Rücksprache und ohne Rückkoppelungen. Vielen Sozialdemokraten wird das langsam zu langweilig und sie beginnen, sich um andere Dinge zu kümmern.

(Andy Grote SPD: Ihnen wird es langweilig so langsam!)

Vieles, was die Stadt in den letzten Monaten beschäftigt hat, hatte wenig mit der Lösung von Problemen der Stadt zu tun, aber sehr viel mit innerparteilichen Auseinandersetzungen der Sozialdemokraten. Ein sozialdemokratischer Bezirksamtsleiter, der nicht das geworden ist, was er meinte werden zu müssen, hält den Senat und die Stadt mit immer neuen Provokationen in Atem. Ein Bauwagenplatz soll geräumt werden. Obdachlose sollen erst mit einem Zaun ausgegrenzt und die empörte Öffentlichkeit danach mit einer sündhaft teuren Toilettenanlage befriedet werden. Sie, Herr Bürgermeister, beobachten das relativ ungerührt. Sieht so Ihre Führung aus?

Ihre anerkannte parteilose Kultursenatorin ließ die SPD-Fraktion bei der Neuordnung der historischen Museen gleich ins Messer laufen. Sie stellte uns einen Plan vor, wie alle Häuser über eine Stiftung in eine gute Zukunft überführt werden sollten; die SPD-Fraktion aber beschloss, die Häuser in Bergedorf und Harburg herauszulösen. Ganz offensichtlich waren die Distriktinteressen der Sozialdemokraten wichtiger

(Andy Grote SPD: Das hat die GAL doch mitgetragen! – Dirk Kienscherf SPD: Genau,

(Jens Kerstan)

das haben Sie doch mitentschieden im Bezirk! – Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

als ein vernünftiges Konzept der Kultursenatorin für die ganze Stadt und für alle Museen, Herr Dressel.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Fragen Sie mal Herrn Preuß!)

Der ehemalige Präses der Handelskammer wird – kaum im Amt als Wirtschaftssenator – demonstriert. Beim Nachdenken über die Lösung der Verkehrsprobleme – braucht Hamburg eine City-Maut? – wird er vom Bürgermeister zurückgepfiffen und bekommt ein Denkverbot. Zudem bekommt er das Thema Elbvertiefung nicht in den Griff. Die Kosten explodieren, der Zeitplan ist völlig unrealistisch und einen Dialog mit den Umweltverbänden, um vielleicht einen Ausgleich zu finden, gibt es nicht. Für jeden, der es sehen will, läuft sich ein potenzieller Nachfolger in der SPD-Fraktion schon warm. Und Sie, Herr Bürgermeister, sehen einfach zu.

(*Dr. Anjes Tjarks GAL*: Nee, er macht mit!)

Dramatischer noch ist die Situation bei der Elbphilharmonie. Das ist schon seit Langem ein sehr schwieriges Problem, aber seitdem die SPD regiert, passiert in dem Bereich gar nichts mehr. Hochtief beutet die Stadt in guter Heuschreckenmanier aus und hat mittlerweile in weiten Bereichen der Baustelle die Arbeit komplett eingestellt. Die Architekten, die ebenfalls an dem Chaos Schuld sind, verdienen an den Kostensteigerungen prächtig.

(*Andy Grote SPD*: Das haben Sie alles überhaupt nicht verstanden!)

– Die Architekten, Herr Grote, haben noch nicht verstanden, dass das Bauen in einer parlamentarischen Demokratie andere Anforderungen erfüllen muss als in Diktaturen wie China und Russland.

Die Senatorin, die hier mit markigen Sprüchen aufgewartet hat – Schluss mit Spielchen –, sieht hilflos zu, wie dieses Projekt gegen die Wand gefahren wird. Und was macht die SPD-Fraktion, um die aktuelle vertrackte Situation im Zusammenhang mit der Elbphilharmonie zu lösen? Sie beschäftigt sich mit der Vergangenheit und sucht die Fehler früherer Senate.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Den PUA haben wir doch zusammen eingesetzt!)

Das ist nicht falsch, man muss aus Fehlern lernen. Aber für die Probleme in der jetzigen Situation haben Sie keinerlei Angebote. Das zeigt eigentlich nur eines: Den Wechsel von einer Oppositions- zu einer Regierungsfraktion, die Verantwortung für die Zukunft trägt, haben Sie bei diesem Projekt noch nicht geschafft.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Jan Quast SPD*: Sie haben ja eine Denke, das ist ja grauenhaft! Mein Gott!)

Sowohl der Wirtschaftssenator als auch die Kultursenatorin haben in Ihrem Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt, Herr Scholz; sie sollten den Anspruch untermauern, dass in wichtigen Bereichen vieles besser wird. Aber nachdem sie im Wahlkampf gute Dienste geleistet haben, schauen Sie jetzt ungerührt zu, wie sie demontiert werden und bei wichtigen Projekten zu scheitern drohen. Vielleicht hat es auch einen besonderen Sinn, dass zwei so große und wichtige Projekte der Stadt mit einem parteilosen Senator beziehungsweise einer parteilosen Senatorin besetzt wurden. Denn wenn sie scheitern, dann ist es relativ einfach, ein politisches Bauernopfer zu bringen. Haben Sie das mit gutem Regieren gemeint?

(*Andy Grote SPD*: Sie haben ausschließlich parteilose Kultursenatoren gehabt!)

Dieser Senat scheint gutes Regieren auch mit Nichtstun zu verwechseln, das zeigt sich besonders im Verkehrsbereich. Die Stadtbahn soll es nicht geben, die Umweltzone nicht, ebenso wenig die City-Maut und die Parkraumbewirtschaftung. All diese Maßnahmen könnten dazu beitragen, Abgasprobleme und Verkehrschaos zu bekämpfen. Aber der Bürgermeister hat angeordnet, das soll es nicht geben; Alternativen werden nicht genannt.

Das gilt ebenso für den Justizbereich. Das Konzept zum Abbau überflüssiger Haftplätze wird eingemottet und die Senatorin beschließt, erst einmal gar nichts zu machen. Wozu diese Stadt eine eigenständige Gesundheitsbehörde braucht, bleibt ebenfalls ein Rätsel. Die Umweltsenatorin redet über alles Mögliche, nur für die Umwelt will sie sich nicht einsetzen. Fast schon tragisch ist es, dass ausgerechnet in dem Jahr, in dem Hamburg Umwelthauptstadt Europas ist, ein Senat Verantwortung trägt, der für Umweltpolitik demonstrativ nichts übrig hat. Das Jahr ist schon fast um und niemand hat etwas mitbekommen.

(*Andy Grote SPD*: Dann ist die Planung wohl nicht so doll gewesen!)

Herr Scholz, demonstrative Ignoranz gegenüber der Umwelt ist mittlerweile geradezu zu Ihrem Markenzeichen geworden. Hier wurde eine riesige Chance für Hamburg fahrlässig verspielt.

(Beifall bei der GAL)

Auch auf dem Feld der Energiepolitik verpasst dieser Senat große Chancen. Wenn die SPD ihre eigenen Beschlüsse ernst nehmen würde,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Oh, die nehmen wir sehr ernst!)

(Jens Kerstan)

dann könnte in diesem Bereich etwas passieren. Ich zitiere aus einer Erklärung des SPD-Parteivorstands:

"Die Energiewende gelingt nur von unten. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Monopole der vier großen Energieversorgungsunternehmen beendet werden. Diese Monopole haben nur zu überhöhten Preisen, zu Wettbewerbsverhinderung und zu einer Blockade der Energiewende geführt. Neue dezentrale Energieversorger am Markt bringen Wertschöpfung und Arbeitsplätze in die Städte und Regionen."

Muss ich noch darauf hinweisen, dass der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Olaf Scholz diese Erklärung vom Mai dieses Jahres mitgetragen hat? Jetzt arbeiten Sie allerdings daran, das Monopol von Vattenfall und E.ON Hanse in dieser Stadt für die nächsten Jahrzehnte zu zementieren. Sieht so das Regieren mit Wahrheit und Klarheit aus, Herr Scholz?

(Finn-Ole Ritter FDP: Reden Sie doch jetzt mal zum Haushalt!)

Meine Damen und Herren! Wir Grünen haben in den Haushaltsberatungen eigene Schwerpunkte gesetzt. Wir können die Neuverschuldung in diesem Jahr halbieren und die eingesparten Zinsen für Kitas und die Wissenschaft verwenden und wir können durch eine Kulturtaxe und eine Fernwärmeabgabe Mittel in Kultur und Umwelt investieren.

(Robert Bläsing FDP: Abzocken wollen Sie!)

Beide Maßnahmen bringen zusammen rund 12,5 Millionen Euro zusätzlich im Jahr ein. Es gibt Alternativen zu Ihrer Politik.

Meine Damen und Herren! Dieser Haushaltsplan-Entwurf zeigt eines: Sie genießen im Moment in der Bevölkerung einen großen Vertrauensvorsprung. Wer sich allerdings den Haushaltsplan genauer ansieht, wird feststellen, dass Sie den Ansprüchen, die Sie selber aufgestellt haben, nicht gerecht werden. Anspruch und Wirklichkeit klaffen auseinander. Von Ihren Versprechungen ist so gut wie nichts übrig geblieben. Das ist leider genau das Gegenteil von gutem Regieren und solider Haushaltspolitik. Wir werden Sie in Zukunft weiter an Ihren Ansprüchen messen, bisher haben Sie sie nicht erfüllt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Suding hat das Wort.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin Veit! Erst einmal möchte ich Ihnen für Ihre Worte zu Beginn dieser Sitzung danken. Vor der Haushaltsdebatte ist es auch uns als FDP-Fraktion sehr wichtig zu betonen, dass Deutschland und auch Hamburg mit den

Angehörigen der Opfer der braunen Mordserie trauern. Die Politik auch unserer Stadt muss alles tun, damit sich dies nie wiederholt. Wir Liberalen wollen und werden darauf dringen, dass Hamburgs Behörden mehr denn je wachsam sind, um Terror von rechts wie links zu verhindern.

Herr Dressel, dass Sie allerdings diese schrecklichen Ereignisse dafür instrumentalisieren wollen, die notwendige Schärfe aus dieser Haushaltsdebatte zu nehmen, finde ich dann doch etwas merkwürdig.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD und der heutige Erste Bürgermeister haben im Wahlkampf viel versprochen – ich zitiere –:

"Wir werden verantwortungsvoll und sparsam mit Steuergeldern der Hamburgerinnen und Hamburger umgehen.

[Wir werden] neue Vorhaben nur beschließen, wenn gleichzeitig festgelegt wird, wie sie finanziert werden."

Und noch ambitionierter hieß es dann:

"[Wir werden] Hamburg zum Vorbild für finanzpolitische Solidität in Deutschland machen."

Meine Damen und Herren! Die traurige Realität des SPD-Senats sieht anders aus. Der Leitsatz "pay as you go" heißt jetzt "spend as you like".

(Beifall bei der FDP)

Aus dem Anspruch des Ersten Bürgermeisters, Hamburg mit Vernunft, Klarheit und Verantwortung zu regieren, ist längst ein Politikstil geprägt von Unvernunft, Intransparenz und Fahrlässigkeit geworden.

(Beifall bei der FDP)

Das dokumentiert der vorliegende Haushalt. Immer wenn zwingend notwendige Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung mit kostenintensiven SPD-Wahlversprechen in Einklang gebracht werden müssen, werden die Aussagen des Senats vage und unkonkret. Die vollmundigen Versprechen, den Personalabbau anzugehen, die Verwaltung zu verschlanken und spürbaren Bürokratieabbau zu betreiben, finden im vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf keine Entsprechung, ganz im Gegenteil. Statt Stellen abzubauen, rüstet der Senat erst einmal kräftig auf. Dass Wirtschaftssenator Horch dann auch noch erklärt, ihm fehle das Personal, um vor dem Jahr 2015 ein dringend benötigtes Gesamtverkehrskonzept vorzulegen, klingt vor diesem Hintergrund wie Hohn.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Insgesamt wird der Senat in diesem Jahr bis zu 1100 neue Beschäfti-

(Katja Suding)

gungsverhältnisse schaffen. Das heißt, selbst wenn er im nächsten Jahr mit dem angekündigten Personalabbau von jährlich 250 Stellen endlich beginnen sollte, sähe seine Bilanz am Ende dieser Legislaturperiode so aus: Noch mehr öffentlich Beschäftigte, deutlich gestiegene Personalkosten und höhere Pensionslasten, die den politischen Handlungsspielraum der Stadt in Zukunft weiter einschränken werden. Das Parlament hat bis heute allerdings noch keinen konkreten Vorschlag des Senats gehört, wo und wie genau diese 250 Stellen wegfallen sollen. Im Haushaltsausschuss erklärte Senator Tschentscher auf Nachfrage zudem, die Pläne seien nur Absichtserklärungen. Die SPD-Fraktion lehnte gar einen Antrag der FDP-Fraktion ab, endlich ein Konzept für den Personalabbau vorzulegen. Die Bürger dieser Stadt können also nicht davon ausgehen, dass der Senat seinen vollmundigen Ankündigungen auch Taten folgen lässt.

(Beifall bei der FDP)

In Zeiten massiv drückender Schulden und Zinslasten, die wohl in den kommenden Jahren die Milliardengrenze überschreiten werden, sind immer mehr Beamte und städtische Mitarbeiter das Gegenteil von Vernunft. Herr Bürgermeister Scholz, das ist, gelinde gesagt, Unvernunft.

(Beifall bei der FDP und bei *Robert Heine-
mann CDU*)

Unvernünftig ist es auch, die Studiengebühren zum Wintersemester 2012/2013 abzuschaffen. Sie sind sozial gerecht aufgestellt und per Darlehen finanzierbar. Und trotzdem hat die SPD der populistischen Versuchung nicht widerstanden, sie abzuschaffen. Ob die Hochschulen nicht auf einem Teil der Kosten sitzenbleiben, ist unklar. Zwar hat der Senat beschlossen, den Einnahmeausfall vollständig aus der Stadtkasse zu kompensieren, wirklich und vollständig kompensiert durch Einsparungen an anderer Stelle – wie es das Prinzip "pay as you go" erfordern würde – werden sie aber nicht. Der Ausgleich für entgangene Studiengebühren im Jahr 2012 in Höhe von fast 9 Millionen Euro findet sich noch nicht einmal in dem in dieser Woche zu beratenden Haushalt 2011/2012 wieder, obwohl die Kompensation doch in diesem Zeitraum anfallen würde. Die soll es erst im nächsten Doppelhaushalt 2013/2014 geben. Und woher das Geld dann kommen soll, ist noch völlig unklar. Der Senat vertraut auf die Beckenbauer-Weisheit: "Schaun mer mal, dann sehn mer scho".

(Beifall bei der FDP)

Auch Sozialsenator Scheele scheint ein großer Beckenbauer-Fan zu sein, verfährt er doch nach der gleichen Methode. Er will für das kostenlose Mittagessen in den Kindertagesstätten und Horten 20,8 Millionen Euro bereitstellen, Geld, das er erstens nicht wirklich hat und zweitens wesentlich besser verwenden könnte, beispielsweise für die

Schaffung von Einrichtungen mit flexiblen 24-Stunden-Öffnungszeiten. Wo die angeboten werden, können sich die Kitas kaum vor Anmeldungen retten und kämpfen mit Wartelisten von mehreren Hundert Kindern. Der Senat hat hier schlicht und einfach die Zeichen der Zeit verkannt.

(Beifall bei der FDP und bei *Robert Heine-
mann CDU*)

So viel zur kinder- und familienfreundlichen Stadt, von der Sie eben sprachen, Herr Dressel.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, das kann sich sehen lassen!)

Und bevor Sie weitere haltlose Versprechungen machen, sollten Sie uns auch einmal sagen, wie Sie die finanzieren wollen. Die Lebenswirklichkeit zeigt, dass viele Mütter und Väter, gerade im Schichtdienst, auf flexible Öffnungszeiten der Kindertagesstätten angewiesen sind. Dabei geht es nicht allein nur darum, einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leisten. Auch im Kampf gegen den Fachkräftemangel sind wir auf diese weichen Standortfaktoren dringend angewiesen. Das Geld wäre also hier wesentlich besser investiert.

(Beifall bei der FDP und bei *Robert Heine-
mann CDU*)

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Ein gutes und gesundes Mittagessen ist gerade für die Entwicklung von Kindern von grundlegender Bedeutung. Aber muss wirklich die Allgemeinheit, also der Steuerzahler, dafür aufkommen? Ich meine, es ist zuallererst Aufgabe der Eltern, dafür zu sorgen, zumal der Bund über das Bildungspaket schon heute Kinder und Familien aus sozial schwierigen Verhältnissen bei der Finanzierung des Mittagessens unterstützt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Herr Senator Scheele, gut gemeint ist häufig das Gegenteil von gut gemacht, so auch in diesem Fall. Ausgaben zu erhöhen, ohne an anderer Stelle substanzielle Einsparungen vorzunehmen, ist nicht nur unvernünftig, es ist vor allen Dingen unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP und bei *Robert Heine-
mann CDU*)

Schon heute liegt eine Schuldenlast von 25 710 587 278 Euro – Stand heute, 12.00 Uhr – allein im Kernhaushalt auf der Freien und Hansestadt Hamburg. Diese Zahl steigt pro Sekunde um 21 Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird im kommenden Jahr die 15 000-Euro-Marke durchbrochen haben. Vor diesem Hintergrund und angesichts der berechtigten Interessen nachfolgender Generationen ist es unverantwortlich, sogar grob

(Katja Suding)

fahrlässig, zusätzliche Ausgaben ohne kompensierende Einsparungen zu planen.

(Beifall bei der FDP und bei *Robert Heine-mann CDU*)

Schon heute übersteigen die jährlich zu zahlenden Zinslasten aus dem Kernhaushalt in Höhe von fast 800 Millionen Euro die Ausgaben für Kunst und Kultur, Gesundheit, Sport und Wirtschaftsförderung – alle addiert, wohl gemerkt. Wollen wir dauerhaft finanziellen Spielraum zurückgewinnen, muss Hamburg endlich umsteuern. Und wir brauchen die Schuldenbremse deutlich früher, 2020 ist zu spät, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der FDP und bei *Robert Heine-mann und Dietrich Wersich, beide CDU*)

Als ob das nicht schon erschreckend genug wäre, fehlt darüber hinaus auch jegliche Risikoversorge für die Zukunft. Dabei wäre es erst recht in Zeiten weltweiter wirtschaftlicher Unsicherheiten notwendig, Vorsorge zu treffen. Kreditmarktzinsen können steigen, die Energiekosten und -tarife werden steigen, marode Banken brauchen immer wieder Unterstützung, Sanierungsmaßnahmen kosten Geld und – ganz aktuell – die HSH Nordbank wird in ihrem Rating herabgestuft und die Insolvenz der Sietas-Werft belastet den Haushalt unmittelbar mit vielen Millionen Euro. Ein kluger und vorausschauender Kaufmann weiß das und bildet Rücklagen. Davon ist allerdings in den Haushaltsplanungen des Senats nichts zu entdecken.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Die Schuldenkrise in einigen europäischen Ländern führt uns allen derzeit dramatisch vor Augen, welche Auswirkungen mangelnde Haushaltsdisziplin haben wird. Das fängt im Kleinen an, also beim Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg. Nur wenn die Stadt mit ihren Einnahmen sparsam umgeht und sie sinnvoll einsetzt, kann sie auf Dauer handlungsfähig bleiben und ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen. Wir appellieren an den Bürgermeister und seinen Finanzsenator: Zeigen Sie mehr Ehrgeiz und mehr Ernsthaftigkeit.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Als ob die Lage nicht schon angespannt genug wäre, wollen Sie auch noch unnütz Geld ausgeben: Stichwort "spend as you like". Die SPD will die Netze für Strom, Gas und Fernwärme zurückkaufen. Welche immensen Kosten dann auf die Stadtkasse und damit den Steuerzahler zukommen, ist völlig offen. Auch auf die Frage nach den Finanzierungskosten, mit der Herr Dressel die Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" in der Anhörung am letzten Freitag gelöchert hat, hat bislang niemand eine Antwort geliefert, auch nicht SPD-Fraktion und Senat.

(Beifall bei der FDP und bei *Robert Heine-mann CDU*)

Wir sagen, ein Rückkauf ist in jedem Fall Unfug. Er kostet viel Geld, das die Stadt nicht hat, überträgt die Risiken des Wettbewerbs auf den Steuerzahler, aber schafft keinen Einfluss auf die Energiepolitik, deren große Entscheidungen ohnehin nicht hier, sondern in Berlin getroffen werden.

(Beifall bei der FDP und bei *Robert Heine-mann und Dietrich Wersich, beide CDU*)

Der Bürgermeister weiß das, er sagt es aber nicht. Er ist schon jetzt zum Gefangenen der Ideologen in seiner Partei geworden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Klarheit und Vernunft buchstabieren sich anders.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Wer kritisiert, sollte auch einmal loben. Auch aus unserer Sicht als Oppositionsfraktion gibt es erste Ansätze des Senats, die ich in der Haushaltsdebatte erwähnen möchte. Senatorin Schiedek beschreitet nach unserer Auffassung einen grundsätzlich richtigen Weg, wenn sie bei der Neustrukturierung des Strafvollzugs in Hamburg auf Kostensenkung und Verschlangung setzt, erst recht, wenn dabei in Fuhlsbüttel auch noch Raum für den Wohnungsbau frei wird.

Ebenso kann die Sozialbehörde, anders als bei der Abschaffung des Elternanteils beim Kita-Mittagessen, auf unsere Zustimmung bauen, wenn sie ihren Riesenetat von weit mehr als 2 Milliarden Euro nach dem Prinzip durchforstet, was hilft wirklich dem Hilfsbedürftigen und nicht nur den Trägern von Hilfsmaßnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Frau Senatorin Schiedek und sehr geehrter Herr Senator Scheele, ich möchte Sie ermuntern, diesen Weg weiterzugehen und ihren Ankündigungen auch schnell Taten folgen zu lassen. Gleichzeitig hoffe ich, dass auch der restliche Senat Ihrem Beispiel folgt und die Behörden nach Effizienzreserven und Einsparmöglichkeiten überprüft.

Meine Damen und Herren! Auf unsere Zustimmung traf auch der vom Senat angestoßene Hafendialog. Es ist richtig, den Austausch mit allen Beteiligten zu suchen, bevor der Hafenentwicklungsplan fortgeschrieben wird. Zuviel Dialog kann allerdings auch kontraproduktiv sein.

(*Arno Münster SPD: Ach! – Jan Quast SPD: Das kennt die FDP gerade!*)

Die Stiftung Lebensraum Elbe, die mit dem Ziel des Interessenausgleichs zwischen den Befürwortern und Gegnern der Fahrrinnenanpassung ins Leben gerufen wurde, steht nun einer zügigen Fahrrinnenanpassung eher im Wege. Der Stif-

(Katja Suding)

tungsrat ist mit Gegnern des Projekts besetzt und statt auf Dialog, Herr Kerstan, setzen die nun auf Klagen gegen die Stadt. Wir beantragen daher, die Stiftungsgelder direkt und zielgerichtet für Deichsicherheit und Ausbau der Infrastruktur einzusetzen. Das hilft der Sache dann wirklich und die Hafengebühren könnten wir zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit des Hafens auch noch senken.

(Beifall bei der FDP)

Neben der Fahrrinnenanpassung ist der Ausbau der Hinterlandverkehre zentral für die Zukunft des Hafens. Hafenquerspange, Nord-Ostsee-Kanal, Ypsilon-Trasse sowie die ganzjährige Schifffahrt der Mittelelbe stehen für uns als FDP-Fraktion an der Spitze der Prioritätenliste. Zentrale Voraussetzung dafür ist allerdings eine bessere Zusammenarbeit mit den Nachbarbundesländern, dem Bund und Europa. Ein negatives Beispiel hat uns der Senat erst kürzlich beim Gezerre um die Windenergie-Messe geliefert. Dafür gab es dann auch eine ordentliche Klatsche der norddeutschen Wirtschaft. Nach einer aktuellen Umfrage der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein bezeichnen 45 Prozent der Unternehmen die Zusammenarbeit der beiden Nordländer als verbesserungswürdig, 10 Prozent als nicht gut. So lässt sich die Metropolregion, von der in bunten Broschüren gerne geschwärmt wird, jedenfalls nicht weiterentwickeln.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Zur Wahrheit gehört leider, dass sich die spürbaren Erfolge der bisherigen Anstrengungen auf diesem Gebiet in Grenzen halten. Dafür gibt der Senat für unsinnige Projekte der Zusammenarbeit in der Metropolregion bislang viel Geld aus. Ich nenne zwei Beispiele: 200 000 Euro gehen an die "Filzwelt Soltau", ein Bildungs- und Erlebniszentrum, und 100 000 Euro werden für die touristische Aufwertung des Weinberges in Hitzacker aufgewendet. So, Herr Bürgermeister, wird das nichts.

Meine Damen und Herren! Die Weigerung des Wirtschaftssenators, noch in dieser Legislaturperiode ein Gesamtverkehrskonzept vorzulegen, spricht im Prinzip schon für sich. Das mit dem Wort Konzeptlosigkeit zu beschreiben, ist noch eine freundliche Untertreibung.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Das Einzige, was wir in Sachen Verkehrspolitik aus Teilen der SPD gehört haben, ist fatal. Man will die Bushaltestellen zurückbauen. Wir dachten bisher immer, dass man nur als Grüner auf so eine Idee kommen kann. Eine bessere Methode, um Staus in Hamburg noch mehr zu verlängern, gibt es wohl kaum.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Was wir tun müssen, ist etwas ganz anderes, nämlich den ÖPNV durch den Ausbau weiterer Linien stärken und seine Attraktivität durch weitere Park-and-ride- sowie Bike-and-ride-Angebote steigern. Wir müssen mehr Radwege bauen und die bestehenden ausbauen

(Robert Heinemann CDU: Neu bauen geht ja nicht mehr!)

und endlich die Stauschwerpunkte erheben, damit etwas dagegen getan werden kann.

Die FDP-Fraktion ist sehr zufrieden, dass sich die SPD unserer Forderung zur Veröffentlichung der Ergebnisse des Schul-TÜVs angeschlossen hat und sie nun wenigstens den direkt betroffenen Eltern umfassender zur Verfügung stellen will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, das ist zwar lange noch nicht ausreichend, aber immerhin ist es ein erster Schritt.

(Beifall bei der FDP)

Wir halten es weiterhin für richtig, die Überprüfungsergebnisse für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dass dies nach den Bestimmungen des Datenschutzes erfolgen muss, versteht sich von selbst. Die Eltern haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Stärken und Schwächen für oder gegen eine Schule sprechen. Außerdem werden nur mehr Transparenz und keine Geheimnistuerei die schwachen Schulen dazu bewegen, sich auch wirklich auf den Weg der Verbesserung ihrer Arbeit zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Erkenntnisgewinn, der zumindest in Teilen der SPD-Fraktion stattgefunden hat, stimmt mich zuversichtlich, dass wir im Interesse der Schüler, Eltern und Lehrer schnell zu einem guten Ergebnis kommen.

Weniger zuversichtlich bin ich jedoch bei der Schulentwicklungsplanung. Natürlich waren auch wir froh, dass sie nun endlich vorgelegt wurde. Sie warf nur leider mehr Fragen auf als sie beantwortete. Wie wird der angedachte Zubau von Räumen an jeder fünften Schule finanziert? Wie werden sich die durch Inklusion bewirkten, absehbaren Schulschließungen der Sonder- und Förderschulen auf die Raumplanungen auswirken? Und was bedeutet die verstärkte Zusammenarbeit von Stadtteilschulen und beruflichen Schulen für die Standortplanung? Die Schulentwicklungsplanung reiht sich damit ein in die vielen gutgemeinten Absichtserklärungen.

Das Ziel, so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, teilen die Mitglieder dieses Hohen Hauses – die meisten jedenfalls. Dieses Ziel ist auch erreichbar, wenn man es ernst

(Katja Suding)

meint mit Aufgabenkritik, Personalabbau, uneffizienter Mittelverwendung und, wenn man die Kraft hat, dem politischen Helferkomplex zu entkommen.

Hier spreche ich Herrn Dressel an: Wir haben nämlich kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Herr Dressel, Sie haben eben über die Bundespolitik gesprochen. In diesem Zusammenhang, Herr Scholz, möchte ich Ihnen auch noch etwas ans Herz legen, was Sie für Hamburgs Haushalt und die Finanzen in den nächsten Tagen tun können. Wenn Sie nämlich, Herr Scholz, am Donnerstag nicht an dieser Debatte teilnehmen, was ich sehr bedaure, und stattdessen in Berlin mit Ihren Kollegen der A-Länder und Ihrem Parteichef Gabriel sprechen, dann sollten Sie Ihren Genossen eines ausreden: das Engagement für Eurobonds und für die Vergemeinschaftung der Schulden in Europa.

(Beifall bei der FDP)

Allein auf Hamburg kämen nämlich bis 2020 mehr als 1,2 Milliarden Euro zusätzlicher Schulden hinzu, wenn durch Eurobonds die Zinsen für die Kreditaufnahme der Stadt um nur einen Prozentpunkt steigen würden. Bei 2 Prozent werden es schon über 2,7 Milliarden Euro, bei 3 Prozent über 4,1 Milliarden Euro. Das, meine Damen und Herren, sind Horrorzahlen, die die Finanzbehörde auf eine Schriftliche Kleine Anfrage von mir vor wenigen Wochen errechnet hat.

(*Andy Grote SPD*: Das finde ich total toll, dass Sie dazu eine Anfrage gestellt haben!)

Das wäre zweifellos gleichbedeutend mit dem Bankrott der Stadt, und das müssen Sie Ihrer Parteispitze im Interesse Hamburgs klarmachen, Herr Scholz.

(Beifall bei der FDP)

Die Mitglieder des SPD-geführten Senats führen uns eines ganz deutlich vor Augen: Politik befindet sich in einer Abhängigkeit. Unsere Senatoren sind süchtig nach der Zuwendung der Wähler. Sie wollen gemocht werden, sie wollen mit guten Taten glänzen und sie wollen helfen. Für ihre Hilfsbereitschaft gibt es oft keine Grenzen. Was politisch gewollt ist, wird gemacht, und die Ressourcen scheinen im Moment der Handlung grenzenlos. Wenn es um diese gute Sache geht, dann ist immer Geld da und es wird gezahlt, immer und immer wieder. Dass dafür oft keine Mittel vorhanden sind, stört meist wenig, dann holt man sich eben einen Kredit. So geschieht das Jahr für Jahr für Jahr, und die Zeche zahlen unsere Kinder, Enkel und Urenkel.

(*Thomas Kreuzmann CDU*: Jetzt schon!)

Einen Unterschied zwischen Regierung und Opposition gibt es dabei manchmal nicht.

(*Andy Grote SPD*: Außer der FDP!)

Warum soll ich sparen, wenn doch dann die anderen an die Regierung kommen und das Geld selbst mit vollen Händen ausgeben, denkt sich die Regierung. Munter fordern und versprechen ist gleichzeitig das Motto vieler Politiker der Opposition.

Meine Damen und Herren! Da wir wollen, dass auch künftige Generationen noch die Chance haben, ihre Politik zu gestalten, wird die FDP-Fraktion zu diesem Haushalt ein klares Nein sagen.

(Beifall bei der FDP – *Jan Quast SPD*: Wir verzichten auf die FDP!)

So wie jeder Privathaushalt in finanziell schwierigen Zeiten eine Kultur des Verzichts braucht, benötigt auch die Politik eine Kultur des Verzichts und des Nein-Sagens. Man muss verantwortungsvoll und sparsam mit den Steuergeldern der Hamburgerinnen und Hamburger umgehen und neue Vorhaben nur beschließen, wenn gleichzeitig festgelegt wird, wie sie finanziert werden. Ich erinnere noch einmal an die Versprechen der SPD aus dem Wahlkampf. Der SPD-geführte Senat ist davon weit entfernt.

Doch das Haushaltsrecht liegt bei uns, bei den Abgeordneten. Und gelingt es uns als Bürgerschaft in dieser Woche das umzusetzen, was der SPD-geführte Senat aus eigener Kraft nicht vermag, dann wird man zu Recht über uns sagen können, dass unser Handeln von Vernunft, Klarheit und Verantwortung geprägt sei. Und in diesem Sinne wünsche ich uns allen erfolgreiche Haushaltsberatungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst im Namen der Fraktion bei Frau Veit für den einleitenden Beitrag bedanken. Wir sehen es genauso, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass wir eine doppelte Aufgabe vor uns haben. Auf der einen Seite muss auch in Hamburg lückenlos aufgeklärt werden und auf der anderen Seite wird man ein Problem, das sichtbar geworden ist, auf dieser Ebene allein nicht lösen können, sondern wir brauchen in der Tat einen verstärkten, umfassenden Einsatz der Zivilgesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der GAL und vereinzelt bei der FDP)

Herr Dressel, wir haben es schon gehört, man kann schon ein bisschen kritisch sein, ob alle Fraktionen diese Aufgabe mit Energie umsetzen wollen; wir sind jedenfalls dazu bereit.

Da Sie mich so freundlich angesprochen haben, wofür ich mich bedanke, nehme ich einmal die An-

(Dr. Joachim Bischoff)

kündigung, dass Sie sich mehr um den Steuervollzug kümmern wollen, nicht nur als Blume für mich, sondern als Beitrag zur Lösung der Probleme in der Stadt. Darauf komme ich nachher noch zurück.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich muss Herrn Wersich in einem Punkt wirklich zustimmen.

(*Thilo Kleibauer CDU*: Sie können ihm auch in zwei Punkten zustimmen!)

Er wies nämlich darauf hin, dass wir es mit einer ziemlich ungewöhnlichen Haushaltsberatung zu tun haben. Ich will nicht wieder das heranziehen, was Sie selbst auf den Weg gebracht haben, sondern ich halte mich an die Drucksache 20/700, die heute zur Diskussion steht, und dort sind Steuereinnahmen ausgewiesen für das Jahr 2011 in Höhe von 7,6 Milliarden Euro

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Richtig!)

und für das Jahr 2012 in Höhe von 8,08 Milliarden Euro. Der Senat hat uns letzte Woche mit einer Mitteilung an die Bürgerschaft überrascht, nämlich: "Unterrichtung der Bürgerschaft über die Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2011". Wenn ich also diese Einnahmesituation jetzt mit dem vergleiche, was in dieser Drucksache steht, dann reden wir in 2011 über Einnahmen von 8,5 Milliarden Euro und für 2012 von 8,8 Milliarden Euro. Pi mal Daumen – wir wollen uns jetzt nicht bei Millionenbeträgen aufhalten – sind das 10 Prozent Abweichung, 10 Prozent Mehreinnahmen.

(*Dietrich Wersich CDU*: 1 Milliarde mehr!)

– Nicht ganz, aber lassen wir das jetzt mal beiseite.

Diese Situation ist für eine Haushaltsberatung – ich habe nicht so viele mitgemacht – ziemlich untypisch.

(*Dietrich Wersich CDU*: Das ist aber einfach: Man kann weniger Schulden machen!)

– Darauf komme ich gleich. Ich ziehe eine andere Schlussfolgerung.

Was sagt nun der Senat zu dieser Konstellation? Seine These ist – ich will es Ihnen vorlesen:

"Eine Notwendigkeit zur Änderung der Haushaltsansätze für die Steuereinnahmen der Jahre 2011 und 2012 ergibt sich [...] nicht."

Wir haben in der Tat rund 10 Prozent höhere Einnahmen. Hier wird uns schriftlich mitgeteilt, dass sich eine Notwendigkeit der Veränderung nicht ergäbe. Weiter wird argumentiert, dass für die Ausgabenplanungen des Senats die kurzfristigen

Schwankungen von Steuereinnahmen und Steuerprognosen nicht maßgeblich seien.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Richtig!)

Wir orientieren uns an dem Zieldatum 2020. Herr Dressel, was uns daran irritiert, sind die 10 Prozent Abweichung. Sie sind nicht einfach eine kurzfristige Schwankung.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Kann aber wieder schlechter werden!)

Dahinter lauert also ein Problem, gerade dann, wenn in der Drucksache steht, dass man 2016 mit über 10 Milliarden Euro Steuereinnahmen rechne.

Was ist also der Hintergrund für unser Unbehagen an diesem Punkt? Das Unbehagen besteht darin, dass Sie eigentlich sehen müssten, dass wir jetzt erst das Niveau von vor der Krise erreicht haben.

(*Dietrich Wersich CDU*: Und dann werden keine neuen Schulden gemacht!)

Sie müssten dann diesen Aufholungsprozess aus der großen Krise heraus ausweisen – dies ist auch sehr positiv – und sagen, worin nun der Konjunkturreffekt liegt. Es ist wirklich ärgerlich, denn die neue Schuldenregelung sieht dies ausdrücklich vor. Bund und Länder sollen nicht zu einem volkswirtschaftlich schädlichen, prozyklischen Ausgabenverhalten gezwungen werden. Das kann man nur, indem man für die weitere Entwicklung wirtschaftliche Schwäche und Krisenzeiten einkalkuliert und insofern dieser Konjunktorentwicklung auch Rechnung trägt.

Ich wäre daran interessiert, dass Sie mir anhand dieses Haushalts und der dazugehörigen Rahmendrucksachen einmal erklären, wie Ihre Konjunkturkomponente aussieht, die Sie beispielsweise in der Finanzplanung Schleswig-Holsteins überall finden – Herr Wersich hat auch noch andere Länder angesprochen. Hamburg leistet es sich in dieser Situation, einfach zu konstatieren, dies werde so weitergehen und man orientiere sich in der Ausgabenplanung nicht an dieser Entwicklung der Einnahmen. Für das Parlament ist das recht bitter. Das ist ein ziemlich schlechtes Verhalten, denn als Parlament müssen wir sowohl die Einnahmenseite als auch die Ausgabenseite vernünftig diskutieren und in der Planung beurteilen.

Nun sagen Herr Wersich und auch die FDP-Fraktion – ich glaube, selbst die GAL sieht das jetzt so –, diese strukturelle Entwicklung interessiere weiter nicht. Im Grunde könne man sofort im nächsten oder übernächsten Jahr zu einem ausgeglicheneren Haushalt kommen.

(*Jens Kerstan GAL*: Nee, nee, nee! Das haben wir nicht gesagt! – *Dietrich Wersich CDU*: Das sagen nicht mal wir!)

Herr Heintze hat übrigens noch eine schöne Anfrage auf den Weg gebracht. Wenn man sich die Ab-

(Dr. Joachim Bischoff)

rechnungen anschaut, sind dort schon die Ablösungen des Wohnungsbaukreditdarlehens gegenüber dem Bund enthalten, und wenn ich das umrechne, dann wäre der Betriebshaushalt bis zum September 2011 ausgeglichen, wenn man das nicht gemacht hätte.

(Dietrich Wersich CDU: Und der Investitionshaushalt!)

– Ich spreche jetzt über den Betriebshaushalt.

Man kann dann natürlich die Frage aufwerfen, ob es nicht nur einer ernsthaften Anstrengung bedarf – ich glaube, Frau Suding hat das gesagt –, um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, und danach tritt man dann in die Tilgungsphase ein. So wird es eben nicht gehen. Da haben Sie, Herr Wersich und auch Ihre Fraktion, keinen Funken von Selbstkritik erkennen lassen. Wir müssen wirklich einmal klären, warum wir bei einem Schuldenberg von knapp 30 Milliarden Euro beziehungsweise darüber sind. Sie haben nur auf die Lasten der deutschen Einheit hingewiesen, was wir gar nicht bestreiten. Aber dazu gehört auch, dass alle Bundesländer und auch der Bund in den letzten Jahren erhebliche Schwierigkeiten mit der antizyklischen Wirtschaftspolitik hatten. Wir haben in den Krisen- und Schwächephasen immer versucht gegenzusteuern. Und das Gegenmoment, dass man in besseren Zeiten versuchen muss, einen Ausgleich zu erreichen, ist nicht gelungen. Das war ein sehr wichtiger Faktor. Deswegen muss man sich das aber anschauen, denn wir brauchen es für die nächste Zeit.

Ein zweiter Punkt sind die Steuersenkungen, davon war eben schon die Rede. Herr Dressel, Sie nicken, aber Ihre Partei hat 1998 auch diese Steuersenkungen mit auf den Weg gebracht. Wenn wir uns die Steuersenkungen von 1998 bis heute ansehen, dann würden wir heute, im Jahr 2011, 51 Milliarden Euro – Bund, Länder und Gemeinden – höhere Steuereinnahmen haben. Und Steuersenkungspolitik hat nicht das gebracht, als was sie verkauft wurde, nämlich eine Beschleunigung des Wachstums. Die letzte große Steuersenkungsoperation war das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das auch Hamburg betroffen hat. Steuersenkungen können auf gar keinen Fall eine Perspektive sein, wenn man von dem Schuldenberg herunter will.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Andreas Dressel und Thomas Völsch, beide SPD)

Ein dritter Punkt. Was wurde denn in den letzten Jahren gemacht? Wir haben die Banken gefüttert. Es ist zwar nicht im Haushalt enthalten, aber auch Hamburg hat über 5 Milliarden Euro Garantieverpflichtungen für die Rettung der HSH Nordbank übernommen. Sie haben es wirklich genial geschafft, uns zu provozieren, und zwar mit Ihrem Antrag 20/2347: "Ausgleich des Defizits im Son-

dervermögen Stadt und Hafen". Da werden mal eben 250 Millionen Euro transferiert. Man nimmt es weg aus dem Kapitalisierungsansatz des Hamburger Versorgungsfonds, der dank dieser Vermögenspolitik kaputtgegangen ist. Aber Sie führen dort auch keine Diskussion, sondern wollen – was an sich positiv ist – den Schattenhaushalt HafenCity auflösen, machen das aber nicht mit einer breiter angelegten Diskussion, sei es im Parlament oder in der Stadt. Es steckt auch noch mehr dahinter, es sind 300 oder 400 Millionen Euro. In derselben Situation, wo Sie davon sprechen, man müsse das retten, machen Sie einen Überbrückungsfonds für die Stadtteile, bei dem Sie flächendeckend einiges kaputt machen. Und da müssen Sie sich mit der Kritik auseinandersetzen, wie sie heute vor der HSH Nordbank oder an anderer Stelle stattfindet und wo Sie sagen, "Occupy Wall Street" sei gut. Aber wenn Sie diese Diskrepanz zwischen der Bankenrettung, dem Bankenfüttern auf der einen Seite und der sozialen Armut und Vernachlässigung in den benachteiligten Stadtteilen auf der anderen Seite angehen sollen, dann arbeiten Sie mit Größe 100 000. Deswegen sagen die Leute Ihnen auch, dass es so künftig nicht weitergehen könne. Sie müssen die Prioritäten ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie denn schon meinen, das müsse so sein, dann hätte dazu gehört, dass Sie dies umfassend diskutieren, dass Sie es wirklich ans Licht holen und hinterfragen, was bei der HafenCity falsch gelaufen ist, wenn man jetzt für so einen Schuldenberg geradestehen muss. Das machen Sie im Grunde genommen klammheimlich, und Sie betreiben auch keine Vorsorge für die nächste Entwicklung mit einer antizyklischen Wirtschaftspolitik.

Wie kommen Sie denn jetzt mit Ihren Schulden exakt bis 2020 hin? Im Unterschied zu Frau Suding bin ich der Meinung, dass Sie die Investitionen so heruntergefahren haben, dass einem schlecht werden kann. Außerdem haben Sie natürlich die erklärte Absicht und machen es faktisch auch, beim Personal zu sparen. Sie machen das, was in ganz Europa die Krisenstaaten tun, wenn ihnen nichts mehr einfällt, wie sie aus der Situation herauskommen können, nämlich den öffentlichen Dienst als Sparopfer zu nutzen sowohl bei den Investitionen als auch bei den Stellen und den Einkommen der Beschäftigten. Nun kann man sagen, es seien nur 250 Stellen, aber bislang hat keine Fraktion, die schon in den letzten Jahren kräftig gekürzt hat, einmal eine Aufgabenkritik vorgelegt. Die FDP redet nur davon.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das steht in unserem Antrag drin!)

– Sie sagen, Sie wollen es dann machen, aber vorgelegt haben Sie es noch nicht.

(Dr. Joachim Bischoff)

Sie erklären uns, wenn es mit den 250 Stellen nicht reiche, dann würden Sie noch weitergehen bei den Kürzungen. Das ist so wenig klug und sozial gerecht, als die Investitionen herunterzufahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern kann man mit dieser Situation, Herr Wersich, auch anders umgehen. Wir würden nicht die Schlussfolgerung ziehen, jetzt noch härter zu konsolidieren, sondern wir haben immer dafür votiert, uns auf eine Mischung zu verständigen, auch unterfinanzierte Bereiche aus ihrer Ecke herauszuholen, damit sie die Wirtschaftskraft und das Potenzial dieser Stadt weiterentwickeln, und dies nicht nur bei der Infrastruktur, sondern auch bei den Arbeitskräften, damit dieser Schuldenausgleichspunkt 2020 vernünftig erreicht werden kann. Diese Konzeption ist jedenfalls aus unserer Sicht nicht erkennbar.

Ich sage noch einmal ganz klar, dass wir für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sind, für eine Politik, die auch diesen Korridor benennt. Aber im Grunde sind wir tief davon überzeugt, dass es ohne eine Veränderung der Steuerpolitik nicht geht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose SPD*)

Ich komme noch einmal auf die Drucksache über die Steuerschätzungen zurück. Es wird auch über die Situation der Steuerentwicklung berichtet. Da tritt bei der veranlagten Einkommensteuer nach der Prognose in den nächsten Jahren ein deutlicher Rückgang ein. Warum? Weil die Einnahmen im Jahr 2010 aufgrund von Selbstanzeigen besonders hoch waren.

(Heiterkeit bei *Jens Kerstan GAL* und *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Herr Dressel, wenn das in Ihrer Drucksache steht – nicht nur, was die CDs angeht – und wenn Ihnen Ihr Senator bescheinigt, dass die Selbstanzeigen in einem Jahr hoch gewesen wären, dann hätten Sie doch längst dafür eintreten müssen, dass der Steuervollzug in Hamburg besser wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie hätten längst dafür eintreten müssen, dass wir in der Frage einer Vermögensabgabe, wie die Grünen sie fordern, und einer vernünftigen Vermögensbesteuerung und Erbschaftsteuer Schritte vorankommen.

(*Jan Quast SPD*: Das haben wir alles beschlossen!)

– Das ist Beschluss Sache, haben wir bei den Gewerkschaften immer gesagt. Das heißt doch noch nicht, dass es umgesetzt wird.

Sie werden nur mit Steueränderungen aus der beängstigenden Schuldenfalle herauskommen. Bei

allem anderen werden wir bestenfalls kleine Veränderungen erreichen können. Für eine große Lösung, von der einige immer schwärmen und träumen, sind andere Schritte notwendig. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg ist eine weltoffene Stadt. Deshalb bin ich sehr dankbar für die Worte, die die Präsidentin heute im Namen des ganzen Hauses gefunden hat. Ich bin dankbar für die Worte, die die Sprecher der Fraktionen und die Fraktionsvorsitzenden gefunden haben. Ich bin auch sehr froh darüber, dass Abgeordnete dieses Hauses dazugehören, die einen Zuwanderungshintergrund haben und eine stolze Demonstration der Demokratie sind gegen das, was die rechtsradikalen Hasstäter angerichtet haben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der GAL)

Es hilft den Opfern dieser Taten nicht, dass sie jetzt wissen, wer die Täter gewesen sind. Man kann sich kaum den Schmerz vorstellen, den viele über Jahre mit sich getragen haben, weil sie im Ungewissen waren über die Taten, und andere Vermutungen anstellen mussten, die sie und ihr Leben begleitet haben. Wir sind alle aufgerufen, alles dafür zu tun, dass diese Straftaten endgültig und vollständig aufgeklärt werden, dass wir feststellen, was schiefgelaufen ist, und daraus lernen für die Zukunft. Es muss alles dazu beigetragen werden, dass mit vollständiger Aufklärung dieser Taten die Grundlagen dafür gelegt werden, dass sich so etwas nicht wiederholen kann.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei der GAL und der LINKEN)

Ich bin sehr froh darüber, dass ähnlich, wie es heute hier zum Ausdruck gekommen ist, auch im Deutschen Bundestag eine große Einigkeit unter den Fraktionen zustande gekommen ist darüber, diese Taten zu verurteilen und jetzt Konsequenzen anzumahnen. Ich bin auch froh darüber, dass es bisher gelungen ist, bei all der notwendigen Debatte, die den einen oder anderen Unterschied über Handlungsschritte auslösen wird, trotzdem gemeinsam gegen diese Hasstäter vorzugehen und ein politisches Signal dagegen zu setzen.

(Beifall bei der SPD und bei *Katharina Wolff CDU*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass es an dieser Stelle auch richtig ist darauf hinzuweisen, dass wir einen neuen Anlauf unternehmen müssen, eine Partei, die zutiefst verwoben ist mit dem

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft, die auch immer etwas zu tun hat mit den großen Strukturen, in denen rechtsextreme Milieus in diesem Lande wachsen, zu verbieten. Ich glaube, wir brauchen einen neuen Anlauf, der möglichst von allen Ländern, vom Deutschen Bundestag und der Bundesregierung getragen wird, um die NPD in Deutschland zu verbieten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL und der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Hamburg ist eine große Stadt. Ich habe jetzt zusammen mit einer Delegation, die auch von Bürgerschaftsabgeordneten begleitet war, von Vertretern der Hamburger Wirtschaft und Kultur und von vielen anderen, drei sehr große Städte besucht: Peking, Shanghai und Osaka. Sie sind alle größer als Hamburg, wenn man die jeweiligen Regionen betrachtet. Und trotzdem ist eines deutlich geworden: Es gibt Städte, die wachsen, es gibt Bürgerinnen und Bürger, die dort leben, die alle getragen sind von einem großen Optimismus. Es ist ein Optimismus, dass man die Zukunft gestalten kann und dass es möglich ist, für die Zukunft etwas voranzubringen, gerade in den großen Städten dieser Welt.

Aus meiner Sicht wäre es schön, wenn wir uns von dem Optimismus, den man manchmal dort sehen kann, etwas anstecken ließen.

(Robert Heinemann CDU: Na, denn mol to!)

Ich glaube, dass wir einen Optimismus neu erobert haben, der dazu beiträgt, dass wir die Zukunft für etwas halten, das man gestalten kann und die uns ein besseres Leben bringt als das, was wir heute vorfinden.

(Beifall bei der SPD)

Manche Debatten bei uns sind doch etwas verzagt, besonders angesichts dessen, dass wir etwas Besonderes haben, das nicht für alle gilt, die wir besucht haben: Wir sind eine demokratische Gesellschaft. Ich will ausdrücklich sagen, dass der Optimismus etwas ist, das zur Demokratie dazugehört, und melancholische Verzagtheit sollten wir nicht damit verbinden.

(Beifall bei der SPD)

Wer das Wachstum und die Entwicklung dieser großen Städte betrachtet,

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

stellt auch fest, dass dort manchmal in einem Tempo Baugenehmigungen erteilt und Gebäude errichtet werden, in dem bei uns oft die Antragsformulare noch nicht ausgedruckt sind. Deshalb muss gerade nach dieser Reise eines gelten, nämlich das gemeinsame Ziel, in dieser Stadt jedes Jahr 6000 Baugenehmigungen zu erteilen und die entsprechenden Wohnungen zu bauen; das werden und das wollen wir schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg hat heute knapp 1 790 000 Einwohner. Uns sind einige Vorhersagen entgegengekommen, die sagen, diese Stadt werde im nächsten oder übernächsten Jahr möglicherweise wieder über 1,8 Millionen Einwohner haben. Ich sage wieder, denn diese Zahl wurde vor fünf Jahrzehnten schon einmal überschritten, und jetzt gibt es erneut die Perspektive, dass die Stadt auf mehr als 1,8 Millionen Einwohner wächst. Wir sollten das als große Chance begreifen, denn es bedeutet, dass viele die Stadt als attraktiv empfinden und gern in Hamburg leben wollen. Dieses Wachstum müssen wir mitgestalten, indem wir den notwendigen Wohnraum zur Verfügung stellen und so dafür sorgen, dass jeder, der hier eine Wohnung sucht und hier arbeiten will, dazu auch eine realistische Chance hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber es geht nicht nur darum. Wir müssen diese Entwicklung als große Chance begreifen, denn natürlich sind die Städte dieser Welt, und auch Hamburg, Orte, wo Neues entsteht, wo Kreativität möglich ist und es gelingen wird, Lösungen für die Probleme unserer Zeit zu entwickeln. Deshalb ist das Wachstum Hamburgs eine Chance und keine Bedrohung. Wir dürfen uns nicht davor fürchten, sondern müssen dieses Wachstum als positive Entwicklungsmöglichkeit Hamburgs begreifen.

(Beifall bei der SPD)

Was gehört dazu? Zuallererst, dass wir alles dafür tun, dass die Menschen in dieser Stadt ihre Möglichkeiten und Potenziale entwickeln können, dass wir auf die Bürgerinnen und Bürger setzen, dass wir alles dafür tun, dass jeder die Chance hat, ein eigenständiges Leben zu führen, selbstbewusst, ausgebildet, mit guten beruflichen Möglichkeiten und mit der Möglichkeit, die eigenen Kinder so zu erziehen, dass sie später selbst ein solches Leben führen können. Das ist die große Chance, wenn wir uns um die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs kümmern und wenn wir ihre Potenziale ausschöpfen wollen. Das ist einer der Schwerpunkte der Politik des Senats, der bisher schon sehr gut zu beobachten gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Entscheidungen getroffen, die auf die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt setzen und auf diejenigen, die hier aufwachsen und sich entwickeln wollen. Dazu gehört der Ausbau von Krippen- und Kita-Plätzen, dazu gehört, dass wir die Gebührenerhöhung des alten Senats zurückgenommen haben und dafür gesorgt haben, dass am Anfang der Lebenslaufbahn alle notwendigen Schritte unternommen werden, damit junge Menschen in Hamburg ihre Chancen auch nutzen können.

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

(Beifall bei der SPD)

Diesen Wechsel haben wir bereits vollzogen. Es war eine der allerersten Handlungen des neuen Senats und der Bürgerschaft. Sich um das Potenzial der Menschen zu kümmern heißt auch, dass wir uns auf den Anfang der Schullaufbahn konzentrieren und dafür sorgen, dass die Grundschulklassen in Hamburg mit zu den kleinsten Klassen in ganz Deutschland gehören. Keine Klasse hat mehr als 23 Schüler und in manchen Gebieten sogar nicht mehr als 19 Schüler.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist aber jetzt nicht neu! – Robert Heinemann CDU: Das stimmt nicht!)

Das ist ein Beitrag für eine gute Entwicklung der jungen Menschen in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind dabei, dafür zu sorgen, dass an diesen Grundschulen auch Ganztagsbetreuungsangebote entstehen, entweder durch Ganztagschulen, aber vor allem dadurch, dass die Horte an die Schulen angebunden werden. Das ist eine schwierige, eine große Aufgabe,

(Robert Heinemann CDU: Weil Sie es bekämpft haben!)

und ich bin sehr froh darüber, dass die zuständigen Senatoren, aber auch alle Abgeordneten, die an der bisherigen Diskussion mitgewirkt haben, dafür sorgen, dass dies im Dialog mit denjenigen, die dort engagiert sind, geschieht. Aber eins ist klar: Hamburg wird eine bessere Stadt sein, wenn es uns in dieser Legislaturperiode gelingt, an jeder Grundschule ein ganztägiges Betreuungsangebot zu schaffen. Auch das heißt, auf die jungen Bürger dieser Stadt zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sorgen dafür, dass die Schulen sich gut entwickeln können und man an jeder Hamburger Schule das Abitur machen kann.

(Dietrich Wersich CDU: Auch nicht neu! – Robert Heinemann CDU: Das sind ja ganz neue Visionen!)

Das ist eine Entscheidung, die die Bürgerschaft gemeinsam getroffen hat. Aber es ist selbstverständlich eine Entscheidung, auf deren Umsetzung wir stolz sind, weil es das ist, was die Sozialdemokratische Partei bei den Verhandlungen über die Zukunft der Schulen verlangt und durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ein gutes Angebot an Krippen und Kindergärten, kleine Grundschulklassen, Ganztagsbetreuung in den Grundschulklassen, gute Entwicklungsmöglichkeiten für Gymnasien und Stadtteilschulen – an allen kann man das Abitur machen – und der Aus-

bau der Ganztagsangebote besonders an den Stadtteilschulen sind die notwendigen Entwicklungen, die wir voranbringen, weil es um diejenigen geht, die die Zukunft dieser Stadt gestalten werden. Das ist sehr wohl ein gewollter und bewusster Schwerpunkt der Politik des Senats.

Meine Damen und Herren! Das hat Konsequenzen. Über eine dieser Konsequenzen ist schon diskutiert worden. Wer kleine Klassen will, wer den Ausbau der Ganztagsbetreuung will, wer dafür sorgen will, dass die Schullandschaft sich neu organisiert mit Gymnasien und Stadtteilschulen, der steht vor der Notwendigkeit, sehr schnell viele neue Schulklassen und Schulräume und Schulgebäude zu schaffen. Darum bin ich sehr dankbar, dass es Senator Rabe und denjenigen, die in der Bürgerschaft mit ihm zusammenarbeiten, gelungen ist, in intensiven Dialogen mit den beteiligten Schulen und den Menschen in den Stadtteilen einen Schulentwicklungsplan auf den Weg zu bringen, der dieser neuen Anforderung Rechnung trägt.

(Robert Heinemann CDU: Sie haben nicht einen Raum geplant! Sie wissen gar nichts!)

Wir werden nach Beendigung der Gespräche dafür sorgen, dass die Klassen und Schulräume auch entstehen, denn das ist es, was jetzt notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist das nicht von einem Tag auf den anderen zu machen, aber es verdeutlicht, welchen Schwerpunkt unsere Politik hat und welche Ziele der Senat und die Mehrheitsfraktion in diesem Hause verfolgen. Wir setzen auf die Bürgerinnen und Bürger, wir setzen auf diejenigen, die hier aufwachsen, wir setzen auf die Menschen und dann sorgen wir dafür, dass die Gebäude dazu passen und nicht umgekehrt. Das ist wichtig für die Zukunft Hamburgs.

(Beifall bei der SPD)

Diese Entscheidung führt weiter. Wir geben uns alle Mühe und arbeiten sehr daran, dass der Übergang von der Schule in den Beruf gelingt, und wir tragen dafür Sorge, dass sich die Universitäten gut entwickeln können. Ich will es klar sagen: Gebühren sind ein Hindernis für gute Bildung, und deshalb ist es unsere konsequente und in jedem Einzelfall von uns verfolgte Strategie, dafür zu sorgen, dass Gebühren niemand von seinen Entwicklungsmöglichkeiten und von der Nutzung der Bildungseinrichtungen abhalten. Darum reduzieren wir die Kita-Gebühren, darum schaffen wir die Studiengebühren ab und darum werden wir dafür sorgen, dass am Ende dieser Legislaturperiode auch für die halbtägige Betreuung in Krippen und Kindergärten keine Gebühren gezahlt werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens ist das eine Vision, die Vision von einer besseren Zukunft in unserer Stadt. Und ich wunde-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

re mich, dass Einige das nicht für etwas sehr Bedeutendes und weit in die Zukunft Hineinreichendes halten.

(Dietrich Wersich CDU: Tut mir leid, dass wir dem Glanz noch nicht erlegen sind!)

Ich glaube aber, etwas Besseres, als auf Bürgerinnen und Bürger und ihre Potenziale zu setzen und alles dafür zu tun, dass jeder sich entfalten kann, etwas Besseres gibt es in demokratischer Politik und als politische Zielsetzung nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt übrigens auch für viele, die hier leben, und ich will das an dieser Stelle unter vielen Themen, die man herausgreifen könnte, deutlich betonen. Wir haben eine ganz besondere Verantwortung dafür, dass diejenigen, die selbst oder deren Eltern nach Hamburg zugewandert sind, sich hier einbringen können, dass sie Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten haben, dass sie Arbeitsplätze haben, dass sie mitwirken an der Demokratie. Aber eines ist auch klar: Für eine Stadt wie Hamburg, in der etwa die Hälfte der neu eingeschulten Kinder einen Zuwanderungshintergrund haben, ist die Frage der Integration keine Nischenpolitik, keine Aufgabe neben anderen, sondern etwas, was wir im Rahmen unserer allgemeinen Vorgehensweise, unserer allgemeinen Strategie realisieren müssen, es ist eine allgemeine Politik, die die Stadt verfolgen muss.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche mir, dass wir der Sache weiteren Schwung verleihen, indem wir darauf setzen, dass viele, die die Möglichkeit dazu haben, sich entscheiden, die deutsche Staatsbürgerschaft zu wählen. Darum werden wir das, was es schon an guter Arbeit und guten Maßnahmen gegeben hat,

(Dietrich Wersich CDU: Hört! Hört!)

fortsetzen, intensivieren und eine neue, sorgfältig geplante Einbürgerungskampagne starten, deren Ziel es ist, dafür zu sorgen, dass möglichst viele von der Möglichkeit Gebrauch machen, deutsche Staatsbürger zu werden. Auch das ist ein Weg zur Integration in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich habe es eingangs schon gesagt, Hamburg wächst und wir sind froh darüber. Wir sind froh darüber, dass Hamburg eine große Stadt ist, die sich weiter entwickeln kann und dass uns einige vorhersagen, dass im Jahr 2030 hier 1,9 Millionen Einwohner leben werden. Das ist für mich eine frohe Botschaft und etwas, was uns vor große Herausforderungen in unserer täglichen Arbeit stellt, aber etwas, was wir tatsächlich miteinander schaffen können und müssen. Wie man über eine wachsende Stadt reden kann und zehn Jahre lang vergisst, die dazu notwendigen

Wohnungen zu bauen, ist mir ein Rätsel, das bis heute ungelöst geblieben ist.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Robert Heinemann CDU: Die Leute campen alle draußen, die hierher gezogen sind!)

Übrigens, das will ich ausdrücklich sagen, wollen wir das gemeinsam zustande bringen, und wir werden es auch können. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, über Bürgerbeteiligungsverfahren zu lamentieren, die gehören zur Demokratie. Es macht auch keinen Sinn, über Widerstände zu lamentieren. Dass man zu einer gemeinsamen Vorgehensweise kommen kann, das haben wir in den wenigen Monaten unserer Regierungszeit mit großer Klarheit gezeigt. Es gibt den Pakt mit den Bezirken, den Bezirksversammlungen und den Bezirksamtsleitern, es gibt die Verständigung mit der Wohnungswirtschaft und es ist möglich, gemeinsam dafür zu sorgen, dass in Hamburg die Wohnungen entstehen, die die Bürgerinnen und Bürger benötigen.

(Beifall bei der SPD)

Niemand sollte sich Illusionen über die Konsequenzen machen, die sich aus diesem Ziel ergeben. Nun habe ich überall gelesen, was das für ein Mut sei, wie könne man sich festlegen und der eine oder andere mutmaßt schon, ob wir das vielleicht gar nicht wollen und ob wir etwas ganz anderes meinen. Ich will Ihnen gern sagen, der Senat ist in der Sache fest entschlossen. Wir haben den Ehrgeiz, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die eine neue Wohnung suchen, auch eine finden. Wir haben den Ehrgeiz, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die Hamburg so schön und attraktiv finden, auch eine Gelegenheit bekommen, hier eine Wohnung zu finden und hier zu arbeiten. Wenn es keine Hindernisse gibt, diese Wünsche und Pläne zu realisieren, dann bedeutet das zusätzliche Wachstumschancen für unsere Stadt – ein Prozess, der sich wechselseitig verstärken kann. Wir müssen nur die Voraussetzungen dafür schaffen, das ist unsere Aufgabe als Politiker.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört im Übrigen eine klare Vision für die Weiterentwicklung des Verkehrs in der Metropolregion.

(Dietrich Wersich CDU: Stimmt!)

Die haben wir mit großer Präzision beschrieben und wir arbeiten jeden Tag, jede Woche, jeden Monat daran, diese Dinge umzusetzen und voranzutreiben.

(Antje Möller GAL: Vor allem nachts!)

– Gelegentlich auch nachts.

Die Frage lautet, wie wir es hinbekommen, dass möglichst viele von den guten Möglichkeiten des öffentlichen Nahverkehrs Gebrauch machen. Das

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

wird nicht funktionieren, ohne dass wir ihn weiterentwickeln und ausbauen. Deshalb haben wir die klare Entscheidung getroffen, die U4 über die Hafencity hinaus zu verlängern, damit der Wohnungsbau in der Hafencity unterstützt wird und damit der öffentliche Nahverkehr an dieser Stelle ein Stück weiter vorankommt.

(Jens Kerstan GAL: Ist auch viel billiger als die Stadtbahn!)

Diese Planung haben wir auf den Weg gebracht, und wir werden in Kürze vorlegen, wie weit wir damit gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir arbeiten mit Schleswig-Holstein in der Metropolregion daran,

(Zurufe von der CDU und der GAL)

dafür zu sorgen, dass die S4 sich weiter entwickelt, und auch diese Planungen sind bereits auf den Weg gebracht. Das wird dazu beitragen, dass der öffentliche Nahverkehr gestärkt wird und mehr Menschen sich entscheiden, vom Pkw beispielsweise auf die S-Bahn umzusteigen.

(Beifall bei der SPD)

Und wir werden den Busverkehr in dieser Stadt ausbauen.

(Jens Kerstan GAL: Ehrlich? Toll!)

Das bedeutet, dass wir gewaltige Investitionen in das Bussystem vornehmen werden. Wir werden durch Ampelschaltung, durch entsprechende bauliche Maßnahmen, durch die Anschaffung neuer Busse dieses System verbessern,

(Olaf Ohlsen CDU: Die haben sich doch gar nicht bewährt!)

und wir werden die Perspektive verfolgen, dass ab 2020 keine Busse mehr angeschafft werden, die Emissionen ausstoßen, und der Nahverkehr mit den Bussen eine Attraktivität hat wie in keiner anderen Stadt. Auch an diesem Projekt arbeiten wir jeden Tag.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe vor Kurzem in einer Hamburger Zeitung gelesen, wie Gäste aus anderen Ländern den öffentlichen Nahverkehr in Hamburg loben. Ich bin sicher, auch die Opposition wird am Ende dieser vier Jahre nicht nur den Nahverkehr loben, sondern auch die Regierung für die Fortschritte, die sie in dieser Frage erreicht hat.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei Jens Kerstan GAL und Dora Heyenn DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Hamburg kann nur dann weiter wachsen, wenn es sich auch um seine Wirtschaft kümmert. Wir haben eine breit aufgestellte Wirtschaftsstruktur, wir haben gut funktionie-

rende Cluster, die wir weiterentwickeln und voranbringen. Es ist richtig, dass Hamburg sich immer dazu entschieden hat – und sich auch in Zukunft dazu entscheiden wird –, seine industrielle Basis nicht zu vernachlässigen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in Zeiten von Finanzkrisen ist es von größter Bedeutung, dass wir alles dazu beitragen, die Wirtschaft in Hamburg auszubauen und weiterzuentwickeln. Wir haben ein gutes Cluster zum Beispiel für die Luftfahrt und ich bin sehr froh darüber, dass die Entscheidungen der letzten Zeit dazu beitragen, dass dieses Cluster sich weiter entwickeln kann. 40 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich sind weltweit eine große Zahl und etwas ganz besonderes. Wir werden das weiter stärken.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer und der Handelskammer. Mit dem Masterplan Handwerk haben wir ein Bündnis geschmiedet, an einem Bündnis für den Mittelstand und am Masterplan Industrie arbeiten wir und stehen bereits in konkreten Verhandlungen. Das sind alles konkrete Entscheidungen, die dazu beitragen, dass Hamburgs Wirtschaft sich gut entwickeln kann. Und natürlich – manche haben es in dieser Debatte angesprochen – müssen wir dafür sorgen, dass Hamburgs Wirtschaft immer gut erreicht werden kann.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das geht auch mit Bussen!)

Als Teil des transeuropäischen Netzes muss Hamburg auf allen wichtigen Verkehrswegen, auf der Schiene, auf den Straßen, auf den Wasserwegen, so erreicht werden können, dass die mit Hamburg verbundenen Güterverkehre sich auch bewältigen lassen. Das wird in Zukunft noch viele Investitionen aus ganz Deutschland nötig machen.

(Robert Heinemann CDU: Neubauten wollten Sie doch nicht mehr! Sie wollten nur noch sanieren!)

Wir arbeiten mit den norddeutschen Ländern zusammen, damit das gelingt.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch der weitere Ausbau des Hafens.

(Robert Heinemann CDU: Neubauten gibt's doch nicht mehr!)

Senator Horch ist schon zu Recht für die Kooperation mit der Hafencity gelobt worden, ein ganz neuer Stil, der von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern und von den Unternehmen gelobt wird und der zu wirtschaftlichem Erfolg führen wird.

(Beifall bei der SPD)

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Meine Damen und Herren! Sie werden festgestellt haben, dass die Zahl der Presseerklärungen des Senats in Bezug auf die Elbvertiefung dramatisch abgenommen hat. Sie werden auch festgestellt haben, dass die Beschimpfung von anderen – wahlweise Brüssel, Berlin oder die umliegenden Bundesländer – ebenfalls auf Null zurückgegangen ist.

(Jörg Hamann CDU: Na ja, Schleswig-Holstein!)

Wir setzen darauf, stets mit allen zu sprechen und zu kooperieren, hinzufahren und unsere Arbeit zu machen.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch nichts Neues!)

Jetzt sind die Voraussetzungen für die Elbvertiefung geschaffen. Sie wird bald Realität sein, und wir haben unseren Beitrag dazu geleistet.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Wann denn?)

Wenn der eine oder andere aus einer vielleicht nicht ganz geeigneten parlamentarischen Tradition heraus nun moniert, dass bisher noch nichts passiert ist, halte ich das für einen unklugen Einfall, wenn man ein paar Monate später beim Baggern zusehen muss.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schinnenburg?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz (fortfahrend): Nein.

(Jens Kerstan GAL: Ich nehme am 2. Februar das Fernglas und gucke, ob ich den Bagger sehe!)

Meine Damen und Herren! Deutschland steigt aus der Kernenergie aus. Wir haben den Ehrgeiz, die Energiewende in Deutschland von Hamburg aus mit voranzubringen. Das hat viele Konsequenzen, zum Beispiel, die Gebäudedämmung zu unterstützen aber auch, auf erneuerbare Energie zu setzen. Hamburg kann Vorreiter beim ingenieurgetriebenen Umweltschutz sein und mit neuesten Techniken dazu beitragen, dass die Energiewende in Deutschland gelingt.

(Beifall bei der SPD)

In Hamburg gibt es mittlerweile viele deutschlandweit aktive, europaweit aktive, weltweit aktive Unternehmen, die sich zum Beispiel um die Entwicklung der Windenergie kümmern. Das ist eine sehr erfolgreiche Branche und der Standort Hamburg gilt mittlerweile als führend in der Welt. Die Entscheidung von Siemens, das World Head Quarter Windenergie hier anzusiedeln, ist eine Entschei-

dung für Hamburg und seine Windenergiekompetenz. Wir sollten an dieser positiven Entwicklung weiter arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Energiefragen gehört auch die nach dem Netz. Sie kennen die Pläne der Regierung, eine Beteiligung von 25,1 Prozent an den Netzen für Fernwärme, Gas und Strom zu erreichen. Wir verhandeln das derzeit mit den Unternehmen, und es sind übrigens harte Verhandlungen, weil wir keineswegs in allem einer Meinung sind, wie der eine oder andere zu suggerieren versucht. Es sind harte Verhandlungen, da geht es um das Geld der Stadt, wir wollen einen vertretbaren Aufwand leisten und es ist wichtig, dass wir in diesen Verhandlungen die Voraussetzungen für das Gelingen der Energiewende schaffen. Wir wollen nicht nur Anteile, wir wollen Investitionen und Entscheidungen für die Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Die Schuldenkrise vieler europäischer Staaten bedrückt jeden hier im Haus und nicht nur hier. Viele Bürgerinnen und Bürger sind sehr besorgt, wie es weitergehen soll und niemand von uns kann beruhigend sagen: Es wird sich schon alles von selbst zurechtrütteln. Das ist nicht der Fall. Es ist hohe politische Verantwortung gefragt in allen Staaten, auch in der Bundesrepublik Deutschland, beim Deutschen Bundestag, bei der Bundesregierung und in allen Ländern Deutschlands, auch hier in Hamburg. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Länder in Schwierigkeiten sich weiterhin refinanzieren können. Ich will ausdrücklich dazu sagen: Es ist nicht in Ordnung, bei allem Reformbedarf, den man im einen oder anderen Bereich feststellen muss, wenn leistungsfähige Industriestaaten wie Italien, Spanien, Frankreich nicht mehr zugetraut wird, dass sie ihre Staatsschulden bezahlen können. Wir müssen dafür sorgen, dass das Vertrauen der Finanzmärkte in diese Staaten zurückkehrt.

(Beifall bei der SPD – Jörg Hamann CDU: Was machen Sie dafür?)

Aber wir müssen daraus auch für unser Land und für Hamburg die notwendigen Konsequenzen und Lehren ziehen. Darum bin ich immer dafür gewesen, dass wir in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland eine Schuldengrenze schreiben, die von 2020 an Bund und Ländern untersagt, neue Schulden zu machen. Wir haben uns dieser Aufgabe verpflichtet und wir werden das Ziel erreichen. Wir haben die notwendige Entscheidung getroffen, dass wir uns nicht mehr an den schwankenden Einnahmen orientieren, sondern dass wir aus der Einnahmeentwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte eine Hochrechnung für das kommende Jahrzehnt gemacht haben und so besser voraussagen können, wie sich die Ausgaben ent-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

wickeln müssen, damit wir spätestens 2020 einen ausgeglichenen Haushalt haben. Diese Strategie haben Sie von uns immer wieder dargestellt bekommen.

(Dietrich Wersich CDU: Noch zehn Jahre Schulden machen!)

Das ist der Grund, warum wir den Anstieg der Ausgaben auf 1 Prozent begrenzen.

(Robert Heinemann CDU: Das tun Sie ja nicht!)

Das ist mehr, als in den zurückliegenden Jahren jemals geleistet wurde.

(Beifall bei der SPD)

Nun haben wir einen Haushaltsplan-Entwurf vorgelegt, der sich zum Beispiel in der Ausgabenlinie an den bisherigen Haushalt der schwarz-grünen Koalition hält und der die Ausgabenlinie sogar leicht unterschreitet, wobei es mir auf die Differenz von 5 Millionen Euro nicht ankommt. Es ist nicht gut, wenn Sie große Arien über das Verfehlen der Verschuldungsziele anstimmen und völlig weglassen, dass wir einen Teil der Mehreinnahmen, die wir unterhalb des 1-Prozent-Ziels verwenden,

(Dietrich Wersich CDU: Auch das stimmt doch nicht!)

ausschließlich zur Entschuldung des Hamburger Haushalts benutzen. Das sind keine laufenden Ausgaben, das sind Sünden der Vergangenheit, die von uns beseitigt werden. Eine bessere Zukunftsvorsorge kann man nicht machen.

(Dietrich Wersich CDU: Wo bleibt die Wahrheit?)

Man muss mit Zahlen immer ordentlich und seriös umgehen und ich sage Ihnen: Es kommt immer 'raus, wenn man es nicht getan hat.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP und bei *Farid Müller GAL*)

Dass wir, und ich sage das parteiübergreifend, die jahrzehntelangen Sünden der Ausgabenpolitik in Deutschland und auch in dieser Stadt ...

(Dietrich Wersich CDU: Aber warum machen Sie genau so weiter?)

jetzt vermeiden und Schluss machen mit der Neuverschuldungspolitik,

(Dietrich Wersich CDU: Ab morgen fangen Sie damit an!)

das ist, meine Damen und Herren, eine sehr ernste Angelegenheit. Wer den Eindruck erweckt, als ob es angesichts steigender Löhne und Gehälter, steigender Preise und manchmal auch neuer Aufgaben,

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

angesichts explodierender Kosten bei den Sozialausgaben mal eben nebenbei zu machen wäre, den Ausgabenanstieg um 1 Prozent zu begrenzen, der ist nicht so ernsthaft, wie es diese große Herausforderung verlangt.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich eines ergänzen.

(Dietrich Wersich CDU: Ist Herr Wowereit doof?)

Die Nummer funktioniert nicht. Sie funktioniert heute vielleicht noch gerade ein bisschen. Sie funktioniert im nächsten Jahr schon wesentlich weniger und im übernächsten noch weniger. Wenn die Bürgerinnen und Bürger erfahren, wie hart die Konsequenzen von zehn Jahren Konsolidierung für sie sind – ich will nicht vorhersagen, dass das 2020 vorbei ist –, dann können sie diejenigen nicht mehr hören, die immer noch behaupten, es geschehe gar nichts. Es ist eine große Anstrengung, vor der wir stehen und Jahr für Jahr wird man spüren, was für bittere und schwere Konsequenzen sich daraus ergeben.

(Robert Heinemann CDU: Kostenlose Kita-Plätze! Hören Sie auf!)

Lassen Sie uns die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, lassen Sie uns die Beseitigung der Sünden jahrzehntelanger verfehlter Ausgabenpolitik als ernste Sache begreifen und nicht als etwas, wozu jeder mal etwas sagt.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg ist eine große Stadt, und es ist die Aufgabe dieses Parlaments und des Senats, die Potenziale und Möglichkeiten, die damit verbunden sind, zu nutzen. Dafür müssen wir viele Voraussetzungen erfüllen. Die erste ist, dass wir auf die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt setzen und alles dafür tun, dass sich jeder so entfalten kann, wie es seinen Vorstellungen entspricht,

(Robert Heinemann CDU: Ohne Schulwahl-freiheit!)

und deswegen werden wir in Bildung investieren, von der Krippe bis zur Universität. Das ist das, was wir als Senat uns vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet, dass wir die Wohnungen bauen, die dazu gehören, und dabei auch den einen oder anderen Streit oder Widerstand nicht fürchten. Das bedeutet, dass wir dafür Sorge tragen, dass der öffentliche Nahverkehr mit großer Verve weiter ausgebaut wird. Das bedeutet, dass wir für moderne, erneuerbare Energienetze sorgen und dafür, dass die Energiewende in Hamburg gelingt. Und das bedeutet, dass wir die Wirtschaft in dieser Stadt stärken, damit wir die Voraussetzungen für Wachstum

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

und Arbeitsplätze schaffen. Es bedeutet, dass wir – anstatt Sprüche zu klopfen

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

und zu behaupten, man sei ein ganz großer Konsolidierer – tatsächlich den Hamburger Haushalt in Ordnung bringen. – Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Heintze, Sie haben das Wort.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, eines vorweg: Ihre Reise muss wirklich gut gewesen sein; es gibt wieder Visionen. Einige kamen mir sehr bekannt vor, aber ich bin beruhigt, dass Sie überhaupt wieder Visionen für diese Stadt haben. Das ist etwas, was es in der Vergangenheit nicht gab und was übrigens auch in diesem Haushalt sehr fehlt.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben Dinge gesagt, die richtig sind. Es müssen alle notwendigen Schritte gegangen werden, damit junge Menschen ihre Chancen nutzen können. Sie haben aufgezählt, was alles dazugehört – ein Riesenprogramm – und betont, wie präzise Sie an diesen Dingen arbeiten. Kommen Sie einmal in unsere Haushaltsausschuss-Sitzungen und hören sich Ihre Senatoren an, dann werden Sie ein Gefühl sicherlich nicht mehr haben, dass Ihr Senat präzise an Projekten in dieser Stadt arbeitet. Das Auskunftsvermögen war unter aller Kanone.

(Beifall bei der CDU)

Das kommt in vielen Ausschussprotokollen und in den vielen Nachtragsforderungen deutlich zum Ausdruck. Wenn Sie hier von hoher politischer Verantwortung sprechen, kann ich Ihnen einen Vorwurf nicht ersparen: Übernehmen Sie erst einmal die Verantwortung für die politische Arbeit dieses Senats und setzen Sie diese so präzise auf die Spur, wie Sie versuchen vorzugaukeln, dass sie es sei.

(*Hans-Detlef Roock CDU: Richtig!*)

Hier wird mitnichten präzise gearbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Was wir in diesem Doppelhaushalt erleben, ist weitab aller Präzision. Dabei haben Sie einen vielversprechenden Anfang gemacht, als Sie am 23. März erklärten:

"Dieser Senat wird finanzpolitische Solidität wieder zu einem Markenzeichen Hamburgs machen. Auch mit knappen Kassen kann man entschlossen gute Politik machen, wenn man die Nervenstärke dazu besitzt."

Eines haben die letzten acht Monate gezeigt: Von Nervenstärke, mit der Sie den Haushalt konsolidieren wollen, ist bei Ihnen nichts mehr zu sehen. Das ist gescheitert.

(Beifall bei der CDU)

Was Sie Solidität nennen, hat sehr viel mit tricken, täuschen und tarnen zu tun,

(*Dirk Kienscherf SPD: Wersich konnte das immer!*)

und wenn das Ihre haushaltspolitische Kernkompetenzen sind, wird es schwierig.

Ich nenne Ihnen als Beleg drei konkrete Maßnahmen. Die Kollegen, die mit mir im Haushaltsausschuss saßen, werden wissen, worauf ich mich beziehe. Sie haben gesagt, die Solidität im Haushalt werde mit "pay as you go", der 1-Prozent-Regel und – die Geheimwaffe, die heute noch gar nicht angesprochen wurde – globalen Minderausgaben in den Fachbehörden erreicht.

Zu "pay as you go" haben wir heute schon viel gehört. Sie haben bisher keines Ihrer Wahlgeschenke auch nur ansatzweise hinreichend gegenfinanziert. Für das Jahr 2011 können wir bei Mehrausgaben von insgesamt 27 Millionen Euro gerade einmal bei 600 000 Euro eine Gegenfinanzierung nach diesem Prinzip sehen. Wenn Sie das solide nennen wollen, Herr Bürgermeister, ist das schiefgegangen.

(Beifall bei der CDU)

Statt "pay as you go" regiert das Rasenmäherprinzip. Sie verlangen von den Bezirken, dieses Jahr 12,3 Millionen Euro in ihren Haushalten einzusparen – 2014 sollen es 22,5 Millionen Euro sein –, lassen aber offen, wie das gehen soll, irgendwie wird es schon klappen. Das ist Rasenmäher-Politik, damit konsolidiere ich aber keinen Haushalt. Ihre Fraktion scheint das erkannt zu haben. Von daher, Herr Dressel, lehnen wir auch nicht alles ab, was Sie vorschlagen. Wir halten eine Aufgabenkritik für sehr sinnvoll und sind gespannt, was bei der Umsetzung Ihres Antrags herauskommt. Das, was wir bisher gesehen haben, funktioniert nicht.

Der zweite Ansatz, den Sie gewählt haben, ist die 1-Prozent-Regel. Ich kann nicht verstehen, Herr Bürgermeister, wie Sie dazu kommen, hier zu erzählen, diese Regel werde eingehalten.

(*Jan Quast SPD: Ich erkläre es noch mal!*)

Es gibt wirklich niemanden mehr, der das noch glaubt. Ich kann auch nicht sehen, dass das in der medialen Berichterstattung in irgendeiner Weise verfangen hat, und zwar zu Recht nicht, weil es die 1-Prozent-Regel in Ihrem Haushalt de facto nicht mehr gibt.

(Beifall bei der CDU und bei *Robert Bläsing FDP*)

(Roland Heintze)

Sie haben Ihre eigene Regel bereits im ersten Jahr gebrochen. Die Ausgaben steigen bei Ihnen deutlich schneller an als die Einnahmen. Im Abschluss 2010 stehen rund 11 Milliarden Euro Ausgaben, ein Defizit gegenüber den Einnahmen von ungefähr 925 Millionen Euro. Für 2011 planen Sie 10,4 Milliarden Euro bereinigte Einnahmen, 11,5 Milliarden Euro sind bereinigte Ausgaben und wir haben ein Defizit von 1,173 Milliarden Euro und das, obwohl wir 2010 gezeigt haben, dass man diese Stadt mit deutlich weniger Geld regieren kann, und zwar gut. Ich kann nicht verstehen, wo da irgendwo 1 Prozent versteckt sein soll. Sie genehmigen sich gleich in der ersten Runde eine Steigerung der bereinigten Ausgaben von 4,8 Prozent und eine Steigerung des Defizits, die deutlich über dem liegt, was Schwarz-Grün im Ist abgeliefert hat. Das hat nichts mit der 1-Prozent-Regel zu tun. Sie können es noch fünfmal sagen, ich hoffe nur, dass dann auch der Letzte verstanden hat, dass das der zweite große Trick in Ihrem Haushalt ist, der nicht funktioniert.

(Beifall bei der CDU)

Besonders schön wird es, Herr Dr. Dressel, wenn Sie uns sagen, wir hätten unsere Sparvorschläge nicht dezidiert durchgerechnet. Zum einen haben wir Beschlüsse nicht mitgetragen, und zwar dezidiert nicht mitgetragen, die wir für falsch halten. Das sind Einsparvorschläge unsererseits. Zum anderen: So wie Sie mit den globalen Minderausgaben umgehen, sehe ich keinen einzigen Behördenhaushalt, der in irgendeiner Weise erahnen ließe, wo die SPD sparen will. Ihr Trick ist: Wir haben Reste und globale Minderausgaben; das bringt sich schon irgendwie in Deckung. Ich habe alle Senatoren gefragt, keiner konnte das auch nur annähernd konkretisieren. Es sieht ernsthaft so aus, dass hier auf Fehlveranschlagung erheblichen Ausmaßes spekuliert wird, damit Sie das solides Sparen nennen können. Mit diesen globalen Minderausgaben haben Sie aus unserer Sicht einen dritten Verstoß gegen eine solide Haushaltsführung begangen. Das hat überhaupt nichts mit verantwortungsvoller Haushaltspolitik zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt noch weitere Tricks. Den Trick, die 500 Millionen Euro mitzunehmen, obwohl wir sie eigentlich gar nicht brauchen, habe ich schon angesprochen. Auch der Finanzsenator räumte Ende Oktober, als er in der "Bild"-Zeitung über Steuersünder-CDs fabulierte, ein:

"Ich sage Ihnen hier voraus, dass wir noch in diesem Jahr ein geringeres Defizit haben werden als der Vorgängersenaat."

Super, Herr Finanzsenator. Dann planen Sie doch Ihre Haushalte so, dass Sie das mit einpreisen, dann sparen wir uns eine Menge Schulden für die Stadt. Das würde helfen.

(Beifall bei der CDU)

Nichtsdestotrotz gibt es auch noch andere Instanzen, die darauf geschaut haben, wie wir diesen Haushalt gestalten. Dazu gehört die Bundesbank, die traditionell eher zurückhaltend und diplomatisch ist. Aber auch sie geißelt Ihren Trick, wenn sie von Sprungschancen-Effekten durch überhöhte Ansätze spricht, vor denen sie die Bundesländer mit Blick auf Erreichung der Schuldenbremse dringend warnt. Damit ist Hamburg gemeint. Sie schaffen sich einen Sprungschancen-Effekt und behaupten auch noch, das sei gute Haushaltspolitik. Bei aller Liebe: Auch hier haben Sie versagt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist zumindest im "Hamburger Abendblatt" angekommen, in dem zu lesen ist:

"Die Differenz zwischen Soll und Ist gibt ein schönes Polster ab, um in den Folgejahren allzu dramatische Einschnitte abzufedern."

Die Folgejahre sind vermutlich die Jahre direkt vor der nächsten Wahl. Auch das hat nichts mit solider Haushaltspolitik zu tun.

Ein weiterer Trick: Einmal ausgegeben, immer belassen. Wir haben die Bezuschussung des Hamburger Versorgungsfonds. 480 Millionen Euro werden dafür ausgegeben. Dieser Betrag wird jetzt wohl doch im Sondervermögen ausgegeben. Ich finde Ihr Verfahren bemerkenswert, dass wir heute einen Änderungsantrag bekommen, dass das Geld nun doch nicht in den Versorgungsfonds müsse – was Sie bisher immer als unausweichlich bezeichnet haben, Herr Finanzsenator –,

(Jan Quast SPD: Das ist vernünftig!)

sondern in das Sondervermögen, auch wenn wir nicht wissen, wie da die Lage ist. Das hat auch nichts mit solidem Regieren zu tun und nichts mit Verantwortung in der Haushaltspolitik. Das sind einfach Schiebereien, die hier noch in letzter Minute in die Haushaltsberatungen eingebracht werden sollen. Das tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Diese Zahlungen sind nicht notwendig. Sie könnten 400 Millionen Euro weniger im Jahr ausgeben, tun es aber nicht. Das ist nicht gut für die nachfolgende Generation. Den Zusatzantrag habe ich schon angesprochen. Verschieben Sie das Geld, das Sie übrig haben, nicht in das Sondervermögen, sondern geben Sie es bitte zur Sanierung des Kernhaushalts aus. Für uns hat die Sanierung dieses Kernhaushalts mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Vorrang. Wir haben Ihnen anhand Ihrer eigenen Zahlen auf Basis der Steuerschätzung 2011 vorgerechnet, dass wir, wenn wir auf Ihre Tricks verzichteten, bereits 2012 mit einer Neuverschuldung von 77 Millionen Euro auskommen würden. Das wäre so wenig wie noch nie, wenn wir

(Roland Heintze)

einmal von den Jahren, in denen wir getilgt haben, absehen.

(Jan Quast SPD: Das war ja auch eine Täuschung!)

Diese Chance verspielen Sie gerade. Stattdessen verfrühstücken Sie die Gelder aus dem Bund gleich mit nach dem Motto: Das Gesetz heißt zwar Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, aber wir setzen es als Gesetz zur Erhöhung der Ausgaben ein. Auch dieser Trick, Herr Senator, Herr Bürgermeister, kann nicht funktionieren.

Sie könnten, wenn Sie wollten, bis 2015 rund 2,4 Milliarden Euro weniger Schulden aufnehmen. Wenn man den Zinssatz der letzten von Hamburg ausgegebenen Anleihen zugrunde legt, 2,375 Prozent, sind das rund 57 Millionen Euro Zinsen pro Jahr, die Sie sparen könnten, wenn Sie nur wollten und Ihre eigenen Ankündigungen ernst nähmen. Herr Bürgermeister, Herr Senator, dass Sie hier tricksen, tarnen und täuschen, das ärgert uns. So kann es nicht weitergehen in der Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Da hilft es auch nichts, Herr Dr. Dressel, wenn Sie die Schuldenbremse ins Lächerliche ziehen. Wenn Sie meinen, Sie könnten eine so wichtige Sache wie die Schuldenbremse mit ein paar flapsigen Sätzen abtun

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das war sehr ernst gemeint!)

und dann auch noch die Straßenverkehrsoffer heranziehen, um haushaltspolitisch zu argumentieren, dann ist zumindest die SPD-Fraktion noch nicht in der Regierungsverantwortung angekommen. Nehmen Sie das, was Sie tun, bitte ernst und ersparen Sie uns so etwas.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat sehr klare Anträge gestellt. Wir sagen: Der Zuschuss an den Hamburgischen Versorgungsfonds muss auf Null abgesenkt und dafür die Neuverschuldung über das Sondervermögen reduziert werden. Die Übernahme der Grundsicherung zum Alltag, die vom Bund kommt, wird nicht verfrühstückt, sondern zur strukturellen Haushaltsentlastung eingesetzt. Der aktuelle Paragraph 18 der Landeshaushaltsordnung bleibt. Wir wollen ein Schuldenverbot ab 2013. Die Reserven von etwa 2 Milliarden Euro, die derzeit in der Rücklage sind, können eingesetzt werden, um die Zeit zu überbrücken, bis der Kernhaushalt bei einem Nulldefizit ist. Das Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg wird nicht aufgelöst, sondern die aufgenommenen Kredite so wie geplant getilgt. Das sind solide Maßnahmen, dafür setzen wir uns ein. Sie haben die Möglichkeit, dem zuzustimmen, aber lassen Sie bitte das Tricksen sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Quast hat das Wort.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich auf Herrn Kerstan eingehen, der leider nicht im Saal ist,

(Antje Möller GAL: Wir hören auch zu!)

aber seinen Debattenbeitrag dazu genutzt hat, eine Polemik zu unserem Antrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus loszuwerden. Das war vollkommen unangemessen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben einen Titel, der 733 000 Euro umfasst. Aus diesem Titel wollen wir 10 000 Euro in ein Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus umsteuern. Diese Mittel werden nach Aussage der Behörde dieses Jahr nicht mehr benötigt. Da ist es doch sinnvoll, sie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus einzusetzen und nicht verfallen zu lassen. Das ist die Grundlage unseres Antrags. Das ist vernünftig und das ist auch gut so. Und das ist noch einmal deutlich geworden, wenn man die Entwicklung der letzten 14 Tage beachtet.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde mich freuen, wenn Sie Ihre Polemik in einem solchen Fall ließen.

Herr Heintze, Sie haben wieder eine ganze Menge Unsinn erzählt.

(Dirk Kienscherf SPD: Wir kennen ihn nicht anders!)

Lassen Sie mich ein wenig Aufklärungsarbeit leisten. Im Januar haben der damalige SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz und der damalige haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Peter Tschentscher im Rahmen einer Pressekonferenz das sozialdemokratische Konzept vorgestellt, wie der Hamburger Haushalt bis zum Jahr 2020 fit für die Schuldenbremse gemacht werden kann. Basis dieses Konzepts waren die damals bekannten Rahmendaten: der Haushaltsplan-Entwurf 2010 und die durchschnittliche Einnahmeentwicklung der letzten 20 Jahre um 2,25 Prozent. Die Projektion dieser Fixgrößen auf das Zieljahr 2020 ergibt die Notwendigkeit, den jährlichen Ausgabenanstieg auf durchschnittlich unter 1 Prozent zu begrenzen. Und genau das tun wir, meine Damen und Herren. Im Januar hat erstmals eine Fraktion ein Konzept vorgelegt, wie der Hamburger Haushalt mit Blick auf die Schuldenbremse konsolidiert werden kann. Ein solches Konzept fehlte dem Vorgängersensat, der in nur einem Jahr drei Finanzsenatoren verschlissen hat, und zu diesem Konzept gibt es bis heute keine Alternativen aus den Reihen der Opposition. Dieses Konzept der SPD ist Regierungsprogramm geworden und wird – keine Trickserei, keine Täuschung, keine Tarnung, son-

(Jan Quast)

dern Klarheit – genauso umgesetzt, wie es im Januar angekündigt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Nur war unser Konzept nie Selbstzweck. Es geht nicht darum, Sparweltmeister zu werden oder Haushaltsrisiken im oder außerhalb des Kernhaushalts zu ignorieren, um durch eine einmalige Reduzierung der Neuverschuldung billige PR-Effekte zu erzielen, wie es die CDU 2007 gemacht hat. Unser Anspruch und unsere Pflicht ist es, den Hamburger Haushalt mit Blick auf die Schuldenbremse des Grundgesetzes wieder in Ordnung zu bringen, dauerhaft und nachhaltig, gerne auch vor 2020, aber ohne einen verheerenden Flurschaden in dieser Stadt anzurichten und ohne die Verantwortung des Staates für den sozialen Ausgleich zu vergessen – mit den Bürgern, für die Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Die Forderung, die Schuldenbremse 2013 oder 2015 – da sind Sie etwas unklar – zu erreichen, ist eine Forderung, die Kollateralschäden in dieser Stadt billigend in Kauf nimmt. Nicht mit uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Nun hat sich die Einnahmesituation 2011 besser entwickelt und wird sich wohl auch 2012 besser entwickeln, als wir es in der Krisensituation annehmen mussten; Herr Bischoff hat die Zahlen dargestellt. Wir nutzen die Mittel, die aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung zusätzlich zur Verfügung stehen, nicht, wie es in der Vergangenheit oft der Fall war, um dauerhafte Mehrausgaben zu generieren, sondern investieren sie in den Abbau von Altlasten und dazu brauchen wir sie auch.

(Beifall bei der SPD)

Wir sanieren im Doppelhaushalt schrittweise den Hamburgischen Versorgungsfonds – daran halten wir auch weiter fest –, der vom HSH-Nordbank-Desaster schwer getroffen wurde, und sichern so die Altersversorgung vieler ehemaliger Beschäftigter öffentlicher Unternehmen. Wir führen dem Sondervermögen Stadt und Hafen in diesem Doppelhaushalt 457 Millionen Euro zu, die es benötigt, um eine ausgeglichene Bilanz vorlegen zu können, nachdem alle Finanzsenatoren seit 2006 – die Aussage kommt von Herrn Kerstan – das Problem der Unterfinanzierung dieses Sondervermögens ignoriert und zulasten der nächsten Regierung vor sich hergeschoben haben. Wir machen damit Schluss und lösen das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Wir führen außerdem einen Wohnungsbaukredit über 200 Millionen Euro zurück, tilgen also, und reduzieren die Neuverschuldung. Das machen wir mit den Mehreinnahmen. Wir bestellen das Haus, indem wir gute Zeiten dazu nutzen, um aufgetürm-

te Altlasten abzubauen und die Zukunft für die Menschen in dieser Stadt etwas sicherer zu gestalten. Das ist ein Vorgehen, das jeder Bürger und jede Bürgerin dieser Stadt gutheißen kann und das im Übrigen auch die Schuldenbremse des Grundgesetzes vorsieht. In guten Zeiten reduzieren wir die Risiken, um Vorsorge zu treffen für die schlechten Zeiten. Und – das ist entscheidend und da muss ich noch einmal dem Unsinn widersprechen, den Sie vorhin vorgetragen haben – wir halten dabei die 1-Prozent-Ausgaben-Regel ein, die wir im Januar zur Grundlage einer seriösen Haushaltspolitik erklärt haben.

(Roland Heintze CDU: Das ist nicht richtig!)

Das Stichwort Altlastenbeseitigung ist für diesen Haushalt symptomatisch wie kaum ein anderes. Obwohl der sozialdemokratische Senat in der Kürze der Zeit in weiten Teilen nur den CDU-GAL-Entwurf übernehmen konnte,

(Antje Möller GAL: Was heißt hier nur?)

hatte er doch die Aufgabe zu bewältigen, diesen von Altlasten und ungedeckten Schecks in Höhe von über 400 Millionen Euro zu bereinigen. Die gesetzlichen Leistungen waren vor allem in der Sozialbehörde schöngerechnet und unterfinanziert. Mehreinnahmen sollten über Bundesratsinitiativen realisiert werden, die zum Teil nicht einmal gestartet wurden oder deren Erfolgsaussichten fragwürdig waren. Allgemeine Effizienzsteigerungen wurden veranschlagt, ohne überhaupt eine Vorstellung davon zu haben, wie diese realisiert werden können. Dazu kommt – und das moniert auch der Rechnungshof –, dass die Sanierung und Instandhaltung der städtischen Infrastruktur wieder einmal vertagt wurde. Sie haben eine Bilanz in Hamburg eingeführt, die Ihnen das Jahr für Jahr nachwies, aber das hat Sie nicht interessiert. Sie haben keine Konsequenzen aus den Daten gezogen, die Ihnen jedes Jahr vorgelegt wurden. Sie haben die Sanierung vernachlässigt.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen diese Probleme an. Die Kostensteigerungen bei den gesetzlichen Leistungen sind jetzt wahrheitsgemäß veranschlagt. Unrealistische Mehreinnahmen wurden aus dem Entwurf gestrichen. Wir werden ein Sanierungsprogramm auflegen, das verstärkt Substanzerhalt vor Neubau setzt, und dieses Programm mit einem Sanierungsfonds unterstützen, den die Bürgerschaft für ausgewählte Einzelmaßnahmen einsetzen kann; Herr Dr. Dressel hat das bereits ausgeführt. Dazu nutzen wir die Mehreinnahmen, ohne die 1-Prozent-Regel zu brechen, und steuern die Mittel um nach dem Prinzip "pay as you go".

(Katja Suding FDP: Dann man zu!)

So werden wir auch die Haushaltspolitik der nächsten Jahre gestalten.

(Jan Quast)

(Katja Suding FDP: Fangen Sie mal an!)

Herr Wersich und Frau Hajduk standen in der Verantwortung für den schwarz-grünen Haushaltsplan-Entwurf. Und Sie wollen uns heute weismachen – Herr Wersich hat das schon getan, Frau Hajduk wird es sicherlich noch versuchen –, dass Sie sich vom fachpolitischen Saulus zum haushaltspolitischen Paulus gewandelt haben – oder von der Saula zur Paula –, aber so ist es wahrlich nicht. Tatsächlich verharren Sie weiter in Ihren alten Denkmustern. Wie früher rechnen Sie Hamburg mit konjunkturbedingten Mehreinnahmen reich und drücken sich so davor, konkrete Vorschläge zu machen, wie der Haushalt dauerhaft konsolidiert werden kann. Sie gaukeln der Öffentlichkeit vor, dass mit konjunkturbedingten Steuernehmeinnahmen die Schuldenbremse vorzeitig erreicht und dauerhaft gehalten werden kann, wollen aber gleichzeitig in verschiedenen Fachbereichen mehr Geld ausgeben.

Die CDU-Fraktion wollte der Öffentlichkeit noch vor wenigen Tagen weismachen, dass Hamburg in den kommenden Jahren 500 Millionen Euro mehr an Steuern einnehmen wird, als es die Mai-Steuerschätzung verhieß, und wollte einmal mehr die Schuldenbremse vorziehen – nicht wahr, Herr Heintze? Tatsächlich werden es, wie die Finanzbehörde vorgerechnet hat, vielleicht gerade einmal 20 Millionen Euro sein, und auch das ist nur eine Prognose, deren Eintreffen man angesichts der Krise im Euroraum nur erhoffen kann. Solche vagen Annahmen und Hoffungen waren und sind die Grundlage Ihrer Haushaltspolitik – Saulus bleibt eben Saulus.

(Beifall bei der SPD)

Wo bleiben Ihre Vorschläge, um den Hamburger Haushalt auf Vordermann zu bringen? Wo, liebe CDU, liebe FDP, bleibt Ihre Unterstützung auf Bundesebene, um die Vermögensteuer wieder einzuführen? Wir haben den Senat beauftragt, sich darum zu kümmern. Wir wollen die steuerliche Betriebsprüfung stärken und erwarten vom Senat hierzu ein Konzept, wie wir es im Juni beantragt haben. Wir setzen uns für den Abbau von Doppelstrukturen ein und wir drängen auf die Reduzierung der Büroflächen der Stadt.

Meine Damen und Herren! Der SPD-Senat hat aus einem schwarz-grünen Haushalt der Hoffnung ein tragfähiges Zukunftswerk gemacht. Wir haben Akzente gesetzt und solide gegenfinanziert. Dieser Haushaltsplan setzt weitere Akzente und schafft neue Chancen. Er verdient unser aller Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit einer seriösen und glaubwürdigen Haushalts- und Finanzpolitik müssen wir gerade in diesen Tagen bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik gewinnen. Ich vermute, dass wir uns in diesem Punkt alle einig sind, denn viele Menschen machen sich Sorgen über Haushaltspolitik. Ich möchte noch einmal bekräftigen, dass wir den Senat darin unterstützen werden, eine Politik zu machen, die sicherstellt, dass wir die Schuldenbremse einhalten können. Es wäre aber angemessen gewesen, Herr Bürgermeister, wenn Sie auf die Kritik der Opposition ein bisschen mehr eingegangen wären, statt nur lautstark eine Demonstration der Zufriedenheit mit der eigenen Regierung zu vollziehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie persönlich und Ihr Finanzsenator haben sich in sehr schwere Widersprüche verstrickt. Das hat etwas mit Vertrauen in Finanzpolitik in dieser Stadt zu tun und da können Sie es sich nicht so leicht machen und darüber einfach hinweggehen.

(Beifall bei der GAL und bei Robert Heinemann CDU)

Ich möchte noch einmal etwas zu dem Streit um die Schuldenbremse sagen. Herr Quast, Sie scheinen die Argumentation der GAL missverstanden zu haben. Meines Erachtens trifft es nicht den Kern des Problems, wenn wir darüber streiten, ob die Schuldenbremse 2020 oder schon früher greifen soll. Es ist nicht die Position der Grünen, das auf diese Frage zu reduzieren. Die Schuldenbremse gehört in die hamburgische Verfassung und gilt ab 2020. Aber wenn man eine gute und vernünftige Haushaltspolitik machen will, die sicherstellt, dass wir das sogenannte strukturelle Defizit bis 2020 definitiv abgebaut haben, dann muss man in konjunkturell guten Zeiten – man kann auf dieses Jahr bezogen schon sagen sehr guten – eine Linie ziehen, die es ermöglicht, die Nettokreditaufnahme vorher auf Null zu setzen. Sie haben das heute angedeutet. Ihr Senat hat bisher immer steif auf dem Standpunkt beharrt: bis 2020, auf keinen Fall früher. Das ist im Sinne der konjunkturellen Entwicklung falsch. Die Experten in der Anhörung haben gesagt, dass, wenn man es so anlegt, es das Risiko birgt, dass Hamburg trotz vorzüglicher Voraussetzungen die Schuldenbremse 2020 nicht erreicht. Und das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Sosehr wir den Senat bei einer Langfristperspektive unterstützen, möchte ich doch noch einmal deutlich machen, was in diesem Haushalt passiert. Es werden 400 Millionen Euro mehr ausgegeben als vom Vorgängerssenat, obwohl wir in diesem Jahr 900 Millionen Euro Haushaltserleichterungen

(Anja Hajduk)

haben und im nächsten Jahr ungefähr 1 Milliarde Euro, wenn man Zinsen und Steuereinnahmen zusammenfasst. Vor diesem Hintergrund ist es schon erklärungsbedürftig, Herr Bürgermeister und Herr Finanzsenator, warum sich diese Haushaltserleichterung nicht in einer deutlich – und hier meine ich wirklich sehr deutlich – reduzierten Kreditaufnahme niederschlägt, und zwar schon in diesem und im nächsten Jahr.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist leider klar geworden, was wir seit Sommer befürchtet haben: Die SPD will sich mit der sehr wohl von uns erkannten Finanzierung von Altlasten durch Steuermehreinnahmen ein Polster für die zweite Hälfte der Legislaturperiode anlegen. Und ich finde, in dieser Debatte hat es dafür auch Anzeichen gegeben, dass es stimmt, denn Sie fangen schon an, ziemlich nervös auf diesen Vorwurf zu reagieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ich will kurz etwas dazu sagen, warum dieses Polster für die SPD in 2013 und 2014 wichtig ist. Es ist zu Recht gesagt worden, dass der Bürgermeister auf seiner eigenen Homepage damit geworben habe, dass er "pay as you go" anwenden wolle. Dies zeichne sich gerade dadurch aus, dass man, wenn man Gesetze für Mehrausgaben schafft, im selben Gesetz sagen solle, wo die Gegenfinanzierung herkommen soll. Da die SPD dazu nicht die Kraft hat, weder bei den Studiengebühren noch beim Kita-Paket, ist es natürlich wichtig, andere Finanzierungswege zu haben, denn wie soll man nachher die Finanzierung für Studiengebühren und auch noch für die kommende Kita-Gebührenfreiheit schaffen, wenn man dann nicht ein solches Polster hat. Von daher halten wir nicht nur diesen Verdacht aufrecht, sondern der Senat hat es selbst schon so aufgeschrieben. Das müsste dann wenigstens die SPD-Fraktion interessieren.

In der Finanzplanung schreibt der Senat, dass es möglich sein werde, Entschuldungs- und Sanierungsausgaben im Bereich ausgelagerter Einheiten in den Jahren ab 2013 schrittweise zu verringern. Es steht dort auf Seite 8, und es ist die Begründung dafür, dass man sich zutraut, bei den Sach- und Fachausgaben in anderen Bereichen Ausgabensteigerungen aufzufangen. Das ist nichts anderes als die Ankündigung, ab 2013 nicht Altlasten abzutragen, sondern – und die Drucksache haben nicht wir geschrieben oder die Opposition – diese Aufwüchse dann anderweitig zu verfrühtücken. Wenn Sie so etwas aufschreiben, dann müssen Sie schon akzeptieren, dass die Opposition kritisch nachfragt.

Herr Bürgermeister, es war Ihnen doch so wichtig zu sagen, dass Sie so im Haushalt 2011/2012 unter den Ausgaben von Schwarz-Grün lägen. Ha-

ben Sie diese Finanzplanung eigentlich gelesen, als Sie sie beschlossen haben? Haben Sie das ernst gemeint, dass Sie die Sanierungs- und Verschuldungsausgaben zurückführen wollen ab 2013, um sie in andere Ausgaben zu geben? Wenn es so ist, dass Sie uns heute angekündigt haben, dass Sie Ihren Kurs korrigieren wollen – und Sie werden ab 2013 nur noch für Sanierung und Altschulden die zusätzlichen Steuereinnahmen nehmen –, dann haben wir in dieser Haushaltswoche für den Hamburger Haushalt viel erreicht.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Herr Quast hat es angedeutet, aber der Bürgermeister hat das Problem bisher ignoriert. Herr Dr. Tschentscher hat auf der Pressekonferenz letzten Dienstag schon angekündigt, dass er hier möglicherweise anders vorgehen will. Aber dann will er anders vorgehen als in seiner Drucksache, dass er es nämlich jetzt in der Tat vorrangig für Altschuldentilgung nehmen will. Das ist auch bitter notwendig, weil hinter dieser etwas komplizierten Analyse eigentlich ein ganz einfaches, aber gleichzeitig sehr großes Problem steckt.

Wenn wir ab dem Jahr 2013/2014 die zusätzlichen Steuereinnahmen oder die bessere Entwicklung des Haushalts nicht mehr für Altschuldensanierung nutzen, sondern für neue Ausgaben, die sicherlich auch immer ihre Berechtigung haben, dann tun wir nichts anderes, als den Haushalt 2013 strukturell auszuweiten. Das heißt, wir würden das strukturelle Defizit ab dem Jahr 2013 vergrößern im Vergleich zum Haushalt 2011/2012. Wer das tut, der bereitet Hamburg nicht auf die Schuldenbremse 2020 vor. Und im Moment ist nicht erkennbar, dass die SPD die Verringerung des strukturellen Defizits 2013 anpacken will, denn sie hat uns das Gegenteil vorgelegt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Sie kündigen in dieser Finanzplanungsdrucksache, Herr Dr. Tschentscher, an, wie Sie damit umgehen wollen, wenn die Lastenübernahme durch den Bund für die Grundsicherung im Alter kommt. Sie drucken in der Drucksache eigens eine Tabelle ab, wie sich dann die Ausgaben im Bereich Sach- und Fachausgaben entwickeln können und dürfen, wenn der Bund Hamburg entlastet. Es wurde schon zu Recht gesagt, dass dies eine Entlastung zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen sei, dass es aber nicht unbedingt eine Empfehlung sei, es für zusätzliche Sach- und Fachausgaben auszugeben.

Sie stellen allerdings in einer Tabelle dar, wie die Sach- und Fachausgaben dann wachsen dürfen. Lassen wir einfach einmal das Thema 2010 als Vergleichsjahr für die Ist-Entwicklung des Hambur-

(Anja Hajduk)

ger Haushalts zum Doppelhaushalt 2011/2012 mit der 1-Prozent-Regel beiseite. Es gibt da doch immer die Kritik der Opposition, dass Sie die 1-Prozent-Regel brächen. In dieser Drucksache kündigen Sie selbst an, dass eine Ausgabenlinie von 1,4 Prozent und 1,3 Prozent des Gesamthaushalts dann gerechtfertigt wäre. Und das ist dann der selbst dargestellte Bruch der 1-Prozent-Regel, den Sie schon mal ankündigen wollen, damit die Leute sich daran gewöhnen.

(Beifall bei der GAL und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Wir sagen Ihnen ganz deutlich, dass es uns nicht um Anteile von Prozentsätzen geht, sondern es geht uns darum, dass Hamburg kontinuierlich Schritt für Schritt die Neuverschuldung zurückführen kann. Und es gibt auch eine Alternative.

Wir haben eine Alternative vorgelegt, nämlich Verzicht auf das Polster für 2013/2014. Sie haben selbst in Ihrem Antrag festgestellt, dass die Rekapitalisierung des Versorgungsfonds auf einen Schlag gar nicht nötig sei, und schlagen jetzt eine Alternative vor. Wir fordern Sie auf: Verzichten Sie auf dieses Polster und lassen Sie uns die Altschulden schrittweise angehen, auch die Altschulden außerhalb des Kernhaushalts. Das haben wir in unserem Vorschlag eingearbeitet. Aber wir sind in der Lage, die Nettokreditaufnahme zu halbieren.

Die Herausforderung liegt doch darin, sich schrittweise auf das Einhalten der Schuldenbremse vorzubereiten mit der Rückführung des strukturellen Defizits und nicht mit der Ausweitung ab 2013/2014, aber dieses zu verbinden und auch Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Wenn wir die Nettokreditaufnahme halbieren, gewinnen wir Geld für die Hochschulen.

Ich gehe noch einmal auf den Optimismusappell des Bürgermeisters ein und hoffe, dass ich seine Aufmerksamkeit dafür gewinnen kann, auch wenn er gerade mit dem Innensenator redet. Sie haben von dem Optimismus gesprochen, den Sie aus Asien mitgebracht haben. Ich muss Ihnen sagen, dass ich froh darüber bin, denn ich habe nur Vorsicht und Ängstlichkeit beim Senat gespürt, wie wir mit der Zukunft dieser Stadt umgehen sollen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Das dokumentiert das Zusammenstreichen der Investitionsquote in diesem Haushalt. Es dokumentiert die Rede von Herrn Dressel, wenn er sagt, es mache Sinn, die notwendige – ich betone, die notwendige – Sanierung und Instandhaltung voll auf Kosten von Neuinvestitionen zu tätigen. Ihre Regierung ist es, die es quasi diffamiert hat, wenn diese Stadt in neue und große Projekte investieren wollte. Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Bürgermeister, es wäre gut, wenn Ihr Optimismus eine Rede an die SPD-Fraktion war, dass große Neuinvesti-

onen in der Infrastrukturpolitik dieser Stadt sinnvoll sind und dass Hamburg sie sich leisten kann.

(Beifall bei der GAL und bei *Robert Heinemann* CDU)

Ich habe in diesem Jahr tatsächlich an diesem Pult einen Bürgermeister erlebt, der behauptet hat, die Stadt Hamburg könne sich eine Stadtbahn nicht leisten. Das ist finanzpolitischer Unfug zu behaupten, dass sich eine Stadt wie Hamburg mit ihrer Größe und wirtschaftlichen Potenz so eine Infrastrukturinvestition nicht leisten könne. Ich verstehe es so, dass der Optimismus aus Asien Sie vielleicht dahin gebracht hat, dass solche Sätze für Hamburg Gift sind und dass Sie in Zukunft anders mit Neuinvestitionen umgehen wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dass Sie dann noch einige Zeit brauchen, das großartige Bus-Beschleunigungsprogramm erst einmal zu verkünden und dann dabei anzukommen, dass es natürlich auch viel bessere Rezepte gibt, dafür lassen wir Ihnen noch ein bisschen Zeit.

Ich möchte deswegen darauf hinweisen, dass bei allem, was wichtig und richtig ist an langfristiger und verlässlicher Politik, der Bereich der Hochschulfinanzierung einer ist, der droht, unter dieser Langfristigkeit definitiv zu leiden und in eine schlechte Entwicklung zu geraten. Wenn man sagt, in Hamburg sei man damit zufrieden, wenn der Hochschulbereich wenigstens schon weiß, wie er über acht Jahre schrumpfen muss, dann ist etwas falsch in unserer Stadt und falsch in der Investitionsplanung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Deswegen, Frau Dr. Stapelfeldt, weil Sie die Auseinandersetzungen im Senat führen müssen, sage ich Ihnen: Schauen Sie sich doch einfach noch einmal diese Drucksache mit der Finanzplanung an. Ich sagte schon, dass der Finanzsenator schon einmal hineingeschrieben hat, wie die Ausgabenentwicklung laufen kann, 1,3 Prozent plus 1,4 Prozent, wenn die Grundsicherung im Alter kommt. Wir Grünen haben eine klare Haltung dazu, wir wollen den Großteil dieser Kostentlastung aus dem Bund für die Minderung des Defizits in Hamburg einsetzen, aber wir wollen ungefähr ein Viertel davon für die Finanzierung wichtiger Zukunftsbereiche einsetzen. Und deswegen haben wir nicht nur festgelegt, dass ab diesem Jahr etwa 12,5 Millionen Euro jährlich in den Bereich der Kita und der Verbesserung ihrer Qualität gehen sollen, sondern dass ab diesem Jahr – und das ist gegenfinanziert, denn sonst wäre es ein bisschen billig – 12,5 Millionen Euro jährlich für die Universität zusätzlich bereitgestellt werden sollen, damit die Finanzierungslücke von 50 Millionen Euro gegenüber anderen Spitzenuniversitäten in Deutschland bis zum Ende der Legislaturperiode geschlossen werden kann.

(Anja Hajduk)

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Herr Bürgermeister, das sind Alternativen, die vielleicht geeignet sind, gerade den Optimismus junger Leute, die eine gute Ausbildung in dieser Stadt suchen, zu stärken. Und es wäre gut, wenn neben dem Willen der SPD hierzu die notwendigen Sanierungen und Instandsetzungen auch real angegangen werden. Da haben Sie uns an Ihrer Seite, denn nicht umsonst haben wir einen Zusatzantrag gestellt.

Sie sollten auch Zukunftsinvestitionen dieser Stadt nicht zu pauschal als Leuchtturmprojekte diffamieren, denn gerade Projekte wie die IBA und der "Sprung über die Elbe" machen Hamburg in seiner Entwicklung besonders attraktiv. Ermöglichen Sie endlich eine andere Investitionsquote im Hamburger Haushalt, indem Sie laufende Ausgaben nicht einfach aus dem Polster finanzieren, sondern dieses Polster in Investitionen stecken. Dann werden Sie einer fairen und zukunftsgerechten Haushaltspolitik näherkommen. Wir haben Ihnen mit unserem Antrag gezeigt, wie das geht. Ich hoffe, dass Sie sich daran ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Bläsing, Sie haben das Wort.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bürgermeister, das Motto Ihrer Rede schien gewesen zu sein: "Wenn mich keiner lobt, dann lobe ich mich halt selbst".

(*Olaf Ohlsen* CDU: Genau!)

Im Grunde genommen war das eine Regierungserklärung reloaded. Es war nichts Neues, Sie haben nur Pudding an die Wand genagelt.

(*Jan Quast* SPD: Genau, das kann er!)

Das ist vielleicht ein bisschen wenig, etwas konkreter hätte es durchaus sein können, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir erleben heute den Auftakt der haushaltspolitischen Modewoche für des Bürgermeisters neue Kleider, auch wenn es die schwarz-grüne Herbstkollektion des letzten Jahres ist, natürlich an einigen Stellen mit etwas rotem Anstrich.

Wir haben jetzt aber eine sehr veränderte Situation im Gegensatz zum vergangenen Jahr. Der Senat profitiert signifikant von der besseren Einnahmesituation und von den niedrigeren Zinsen. Allerdings nutzt er diese Situation nicht, um wirklich konsequent Schuldenabbau zu betreiben. Eine Schuldenabbaustrategie, Herr Finanzsenator und Herr

Bürgermeister, habe ich bisher noch nicht erkennen können.

(Beifall bei der FDP)

So erklärt der Finanzsenator schon seit Monaten in jeder Haushaltsausschusssitzung, dass die Rekapitalisierung des Hamburgischen Versorgungsfonds oberste Priorität habe. Nun habe ich in der Zeitung gelesen, dass das doch nicht mehr der Fall ist. Wenn ich mir das "Hamburger Abendblatt" vom 12. November anschau, dann heißt es dort zum Thema Sondervermögen Stadt und Hafen, Herr Finanzsenator, dass die Opposition ohnehin kritisiert habe, dass Sie den Fonds ohne Not auffüllen wollten.

Herr Finanzsenator, an dieser Stelle muss ich sagen, dass es eine Beliebigkeit ist, die Sie dort an den Tag legen. Das ist kein Konzept, es ist auch nicht wirklich strategielos, aber es ist nach dem Prinzip heute so, morgen so. Ich dachte zuerst, es wäre aus einer Laune heraus geboren. Ich bin letzte Woche zu Ihrer Pressekonferenz gegangen, die übrigens sehr mittagspausenfreundlich angelegt war. Allerdings haben Sie das dort noch einmal wiederholt, also scheint es doch Ihre Linie zu sein, die Sie vertreten.

Meine Fraktion hat daher einen Antrag eingebracht, um Sie und den Senat aufzufordern, eine Prioritätenliste vorzulegen, welchen Schattenhaushalt außerhalb des Kernhaushalts Sie wirklich in erster Linie bedienen wollen, nicht, dass es morgen schon wieder einen anderen Artikel gibt und wieder etwas anderes zutage tritt. Das ist eine Beliebigkeit, die wir als FDP nicht unterstützen. Wir möchten eine Planbarkeit für die Zukunft haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Beliebigkeit steckte auch in Ihrer Wahlkampfwunderwaffe "pay as you go". Wir hatten das Thema heute schon einige Male. In Ihren damaligen Präsentationen hatten Sie bunte Flipcharts präsentiert, wie dieses Konzept ganz kohärent stattfinden sollte. Wenn man genauer hinschaute, haben Sie dort Gelder für Stadtbahnplanung, Kreisverkehre und Shared Space gegengerechnet. Die lassen sich allerdings nur einmal einsparen. Die Ausgaben, die Sie jetzt in den Haushalt eingestellt haben, fallen allerdings jedes Jahr an. Das ist aber nicht mehr "pay as you go". Da frage ich mich, wie Sie hier die 1-Prozent-Regelung aufrechterhalten wollen. Ich kann Ihnen jetzt schon menetekeln, dass Ihnen spätestens der nächste Haushalt um die Ohren fliegen wird.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Heintze und Frau Kollegin Hajduk haben schon darauf hingewiesen: Es ist ein Sprungschanzeneffekt und eine Haushaltsaufblähung, ganz zu schweigen von der Verwendung der

(Robert Bläsing)

Grundsicherung im Alter, also die Zuschüsse vom Bund, die dann kommen. Aber hieran zeigt sich, dass die Wahlkampfkasse für die nächste Bürgerchaftswahl gefüllt werden soll, und das ist für die FDP-Fraktion keine solide Haushalts- und Finanzpolitik, Herr Finanzsenator.

(Beifall bei der FDP)

Immer, wenn man nachfragt, wie irgendeine Maßnahme konkret gegenfinanziert wird, dann heißt es, Sie hätten interne Umschichtungen vorgenommen. Das erinnert mich ein bisschen an den Hamburger Hiphopper Das Bo. Einige werden ihn vielleicht kennen, er hat vor mehreren Jahren schon einmal getextet:

"Ich hab 'n Mikroskop.
Gib mir dein Telefon.
Du kriegst'n Teleskop zurück,
dann hab ich auch 'n Mikrofon."

So kann man wohl kleinen Kindern Ihr "Pay-as-you-go"-Prinzip erklären.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von *Wolfgang Rose SPD*)

– Herr Rose, zu Ihnen komme ich auch gleich. Ich will doch die Vorfreude ein bisschen steigern.

In unserem Leitantrag fordern wir Sie daher zu einer erhöhten Transparenz im Haushalt auf. Verbindlichkeiten, für die die Freie und Hansestadt Hamburg unmittelbar geradesteht, sollten unserem Erachten nach im Kernhaushalt dargestellt werden, und die Entwicklung der Gesamtverschuldung sollte zukünftig zusätzlich in der Finanzplanung dargestellt werden. Zudem ist aus unserer Sicht zielführend, konjunkturelle Abweichungen bei den Einnahmen durch gesonderte Berichterstattung, durch eine Art virtuelles Konto innerhalb der Finanzplanung darzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf töneren Füßen steht auch die andere Säule Ihrer Finanzierung, nämlich der Plan, 250 vollzeitäquivalente Stellen jährlich abzubauen. Wie eine Anfrage des Kollegen Ritter und mir ergeben hat, ist dafür die Situation grundsätzlich relativ günstig, weil wir im nächsten Jahr den Pensionierungsscheitelpunkt erreicht haben, also diese Welle ihre größte Ausprägung haben wird. Insofern ist dies aus unserer Sicht kein verkehrter Ansatz.

(Beifall bei *Katja Suding FDP*)

Unseren Antrag allerdings zur Vorlage eines Personalabbaukonzepts hat die SPD-Mehrheitsfraktion mit der Begründung, man könne nicht innerhalb von nur wenigen Wochen so ein Konzept vorlegen, erst vor Kurzem abgelehnt. Das scheint mir nicht plausibel. Sie regieren jetzt schon seit 37 Wochen und hatten wirklich genug Zeit, ein Personalabbaukonzept vorzulegen. Passiert ist bis heute rein gar

nichts. Die SPD-Fraktion selbst, glaube ich, sieht das mittlerweile auch mit Unbehagen. Diesbezüglich haben Sie nun auch einen Antrag vorgelegt mit einem etwas sperrigen Titel: "Hamburg 2020: Langfristige Konsolidierung mit weiterer Aufgabenkritik und Entflechtung sowie vernünftiger Personalentwicklungspolitik verbinden". Mit anderen Worten: Der Senat soll an dieser Stelle endlich einmal liefern.

(Beifall bei der FDP)

Man kann es auch fast schon als einen Misstrauensantrag gegen den Senat sehen.

(*Thomas Völsch SPD*: Geheimnissen Sie mal nicht so viel da rein, Herr Kollege!)

Wie gesagt, der Senat hat angekündigt und dann in der Sitzung des Haushaltsausschusses zugegeben, dass das doch nur eine unverbindliche Ansage sei. Ich kann verstehen, dass Ihnen das langsam Unbehagen bereitet und Sie kalte Füße bekommen und nun endlich einmal Butter bei die Fische haben wollen. Das Unbehagen teilen wir schon länger und wir sind Ihnen durchaus verbunden, dass Sie diesen Ball nun aufgegriffen haben, den wir Ihnen schon vor Wochen ins Feld gespielt haben.

(Beifall bei der FDP)

Personalabbau ist durchaus möglich. Unser Plan ist, den Personalbestand auf das Niveau von 2007 zurückzuführen. Das ist natürlich relativ ambitioniert, allerdings durchaus möglich. Wir haben auch eher den Eindruck, dass die Personalzahlen in diesem Jahr noch steigen werden. Wir haben eine Anfrage dazu gestellt, dass weitere 1100 Stellen wohl noch dazukommen werden. Ich bin sehr gespannt, wie die Jahresendrechnung sein wird, aber allzu groß wird das, was Sie vorhatten, nicht sein.

Sie haben sogar eine neue Behörde geschaffen. Ich habe nachgefragt, wie es unter der Behördenebene aussieht. Es sind neue Ämter und neue Abteilungen und auch neue Referate dazugekommen. Die Verwaltungseinheiten haben sich sprunghaft vermehrt. Da soll mir doch keiner erzählen, dass dies nicht ohne Personalzuwachs geschieht, ganz zu schweigen davon, dass Sie auch noch Personalabbau betreiben wollen. Ich verstehe nicht, wie das funktionieren soll.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Ich habe einen ganz interessanten Aspekt an der Stelle gefunden. Ich habe beim Haushaltsausschuss einmal nachgefragt – ich zitiere –:

"Die FDP-Abgeordneten warfen die Frage auf, ob es Planungen im Hinblick auf die Überführung des Personalamts in die Finanzbehörde gäbe."

Antwort des Senatsvertreters:

(Robert Bläsing)

"Die Senatsvertreterinnen- und vertreter berichten von Überlegungen in dieser Hinsicht im Rahmen des Behördenzuschnitts. Sie haben jedoch gute Gründe, Personal nicht nur unter finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten, sondern sehr bewusst vom Finanzvorstand zu trennen. Personal sei nicht nur als Kostenstelle zu betrachten, sondern es handelt sich um die wichtigste Ressource."

So weit, so gut, meine sehr geehrten Damen und Herren. Vor zwei Wochen hatten wir erst die Debatte zur Weihnachtsgeldkürzung. Auf die Frage, warum denn dort nicht der Bürgermeister für den Senat das Wort ergriffen habe, sondern doch wieder der Finanzsenator, antwortete mir der Senat,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Was macht er da jetzt?)

dass das derart finanzielle Auswirkungen gehabt hätte, dass dann doch wieder der Bürgermeister das Wort ergriffen habe. Das ist ein weiteres Indiz dafür, wie Sie damit umgehen. Erst machen Sie die großen Versprechungen und sagen, dass Ihnen Personal am Herzen läge, aber dann ist es doch wieder eine finanzpolitische Angelegenheit. So geht es nicht, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der FDP – Dirk Kienscherf SPD: Was ist denn jetzt Ihre Position? Wollen Sie Personal abbauen?)

– Das habe ich schon dargelegt, wir wollen das Personal auf den Stand von 2007 zurückführen.

Es gibt noch eine Reihe von Risiken, die bisher aus unserer Sicht nicht genügend berücksichtigt wurden. Zum einen sind das die Pensionsrückstellungen, das erwähnte ich schon.

Zum anderen sind es die Inflationsrisiken. Sie wissen, dass die Lage im Euroraum nach wie vor angespannt ist. Wenn man dann noch sieht, wie Herr Gabriel Eurobonds fordert, dann bin ich froh, dass die SPD jetzt im Bund nicht an der Regierung ist. Das würde das Zinsrisiko – wir haben dazu auch eine Anfrage gestellt –

(Andy Grote SPD: Haben Sie dazu noch ein Rapper-Zitat?)

noch erheblich erhöhen. Hoffentlich ist nach der nächsten Wahl auch weiterhin keine SPD-Beteiligung an der Regierung im Bund.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt ist die HSH Nordbank. Wir haben nun gesehen, dass das Rating dort etwas ungünstiger ausgefallen ist. Die daraus resultierenden Risiken sind bisher im Haushalt noch gar nicht berücksichtigt worden. Das kann man aber nicht so einfach unter den Teppich kehren. Wir fordern Sie daher in einem Antrag auf, entsprechend darzulegen, welche Risiken das beinhaltet. Wir haben

auch zusätzlich noch eine Schriftliche Kleine Anfrage dazu gestellt.

(Jan Quast SPD: Na dann!)

Wir sind sehr gespannt, was Sie darauf antworten werden. Den Antrag werden Sie wohl leider nicht unterstützen, wie ich mitbekommen habe.

Generell fällt nach acht Monaten unter einer SPD-Regierung in diesem Hohen Hause auf, dass sehr weitgehend versucht wird, das Hohe Haus mit Bundesratsinitiativen zu einer Art von Ablenkungsdebatten zu führen.

(Barbara Duden SPD: Das ist Ihnen fremd? – Zuruf von Dirk Kienscherf SPD)

Das zeigt sich beispielsweise auch beim Thema Vermögensteuer. Da komme ich zu Ihnen, Herr Rose. Ich habe heute mit Interesse in "Der Welt" gelesen, dass anscheinend noch einmal unterstrichen werden musste, dass Sie mit Ihrer Fraktion auf einer Linie sind. Das scheint jedoch mittlerweile nicht mehr so.

(Andy Grote SPD: Das ist ja kaum auszuhalten, Herr Kollege! – Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja schon wieder ein Bundesthema!)

– Sie haben doch vorhin damit angefangen.

Die "Bild"-Zeitung hat sehr gut dargelegt, wer in Hamburg wie viel Steuern zahlt. Da ist klar geworden, dass ein Viertel der Steuereinnahmen gerade einmal von 0,8 Prozent der Bevölkerung erbracht werden; soviel zur Vermögensteuer. Kein Mensch braucht sie, das zielt in die falsche Richtung.

(Beifall bei der FDP und bei Dietrich Wersich CDU)

Zum Thema Europahaushalt: Ich würde mir als europapolitischer Sprecher der FDP-Fraktion natürlich immer ein bisschen mehr wünschen. Allerdings ist dort nicht so viel drin und das müssen wir an der Stelle auch konzedieren.

Wir haben Ihnen ein großes Paket an Einnahmenvorschlägen und natürlich auch Ausgabenbegrenzungsvorschlägen gemacht. Herr Bürgermeister, kommen Sie aus dem Muspott heraus. Jetzt haben Sie das Zeitfenster, um die Haushaltskonsolidierung voranzubringen. Herr Finanzsenator, kommen auch Sie endlich in die Puschen und zeigen Sie, dass Sie dies ambitionierter können. Wer glaubt, im Schlafwagen bis 2020,

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

bis zum Greifen der Schuldenbremse, unterwegs sein zu können, wird noch ein böses Erwachen haben.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie haben ein Bild von Hamburg als einer Stadt gezeichnet, in der immer und überall Chancengleichheit herrscht. Wissen Sie nicht, dass nach der letzten Schülerbefragung nur 16 Prozent der Hauptschüler und 36 Prozent der Realschüler einen Ausbildungsplatz bekommen? Sie selbst haben von explodierenden Kosten bei den Sozialleistungen gesprochen. Kürzlich war in der Zeitung zu lesen, dass im sozialen Dienst in Hamburg 10 Prozent mehr Einsätze gefahren werden mussten.

Für uns stellt es sich so dar, dass Hamburg eine gespaltene Stadt ist. Jeder, der mit offenen Augen durch Hamburg fährt, stellt das in jedem Stadtteil fest. In dieser Stadt hat nicht, wie Sie gesagt haben, jeder die Chance zu einem guten, selbstbestimmten Leben, sondern es werden sehr viele ausgegrenzt. Für Optimismus, Herr Bürgermeister, müssen die Menschen einen Grund haben, aber den haben viele nicht. Daran müssen wir arbeiten und deshalb müssen wir in dieser Stadt soziale Gerechtigkeit herstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Wahlkampf war Ihre Zauberformel "pay as you go". Sie haben sich damit auf den amerikanischen Präsidenten Roosevelt berufen. Nun haben wir noch andere Vorbilder aus den USA. Mein Vorredner hat seine Rede gerade mit dem Wort "Schuldenbremse" beendet, ein Begriff, der diese Debatte die ganze Zeit über begleitet hat. Die Schuldenbremse ist keine neue Erfindung und entstand auch nicht im Zusammenhang mit der finanziellen Situation in Europa. Es gibt die Schuldenbremse seit dem Jahr 1917 in den USA. Der Kongress legt die Schuldenobergrenze regelmäßig fest. Das Ergebnis ist, dass diese Schuldenobergrenze seit 1917 beständig angestiegen ist und jetzt einen Höchststand erreicht hat.

Im Sommer dieses Jahres wurde – das wissen Sie alle – im Kongress darüber debattiert, dass die Schuldenobergrenze nicht mehr eingehalten werden konnte; die USA waren praktisch zahlungsunfähig. Die Regierung durfte wegen des Erreichens der Schuldengrenze keine neuen Kredite aufnehmen. Dann hat man sich geeinigt und am 1. August wurde ein Kompromiss ausgehandelt: Neue Kredite von bis zu 2,4 Billionen Dollar sind genehmigt, und jetzt sollen zehn Jahre lang die Staatsausgaben gekürzt werden. Ob das gelingt, ist fraglich, denn die Geschichte der USA zeigt, dass die Schuldengrenze nur zu einem führt, nämlich zu einer Erhöhung der Staatsausgaben, insbesondere dann, wenn sie mit Kürzungen von Staatsausgaben verbunden ist. Was bedeutet denn die Kürzung von Staatsausgaben? Es wird an den Gehäl-

tern gespart. Das haben wir auch in Hamburg gerade hinter uns; wir haben den Beamten das Weihnachtsgeld gekürzt. Das ist alles nicht die richtige Methode.

Auch in Europa haben wir eine Schuldengrenze. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich 1992 auf den Vertrag von Maastricht geeinigt und die sogenannten Konvergenzkriterien beschlossen. Für die Haushaltsstabilität – und darüber reden wir – bedeuten sie, dass der staatliche Schuldenstand nicht höher sein darf als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die Nettoneuverschuldung nicht höher sein darf als 3 Prozent des BIP. Das war gut gemeint, aber zurzeit erfüllen von den 27 EU-Staaten lediglich zwei das Kriterium, dass die Gesamtverschuldung unter 60 Prozent ihres BIP liegt. Diese beiden Staaten sind Großbritannien und Schweden, die beide nicht den Euro eingeführt haben. Das heißt, 25 EU-Staaten konnten die geforderte Schuldenbremse nicht einhalten. Angesichts dieser Faktenlage stellt der Direktor am Institut für Recht und Ökonomik der Universität Hamburg, Professor Dr. Stefan Voigt, die Frage:

"Aber zeigt das Beispiel der EU nicht sehr deutlich, dass Schuldenbremsen das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben sind?"

Und er fügt an anderer Stelle hinzu:

"Die Ergebnisse sind auch überraschend, weil Länder, die den sogenannten Maastricht-Kriterien [...] unterliegen, nicht geringere Schulden haben als Länder, die diesen Kriterien nicht unterliegen."

Im August dieses Jahres ist man auf europäischer Ebene trotzdem übereingekommen, für alle EU-Länder Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild festzuschreiben; das ist heute schon mehrfach erwähnt worden und einige können die Zeit gar nicht abwarten. Dieses sehr ehrgeizige Ziel, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, soll mit einer strikten Sparpolitik erreicht werden, und zwar ausschließlich damit. Diese Politik impliziert, so der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister – ich zitiere –:

"[...] dass der Schuldner Schuld sei und es selbst in der Hand habe, durch strenge Diät zu gesunden."

Er selbst sieht es, wie viele andere auch, eher umgekehrt. Die katastrophale Lage in Griechenland schätzt er zum Beispiel so ein, dass sie die Folge einer Sparpolitik ist und nicht umgekehrt. Immer wieder wird angeführt, dass der Sozialstaat die Ursache für die ständig größer werdende Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte ist. Vergessen ist die Finanzkrise von 2008 bis 2010. Alle redeten damals davon, dass so etwas nie wieder vorkommen dürfe. Ich kann mich noch daran erinnern, dass hier ein Finanzse-

(Dora Heyenn)

nator gesagt hat, in jeder Krise ist ein Anfang und in jeder Krise ist eine Chance. Was ist aber seither passiert? Es sind keine Regeln eingeführt worden und es ist praktisch nichts passiert außer, dass die Risikospiele auf den Finanzmärkten ausgeweitet wurden. Und jetzt stehen Spekulationen gegen souveräne Staaten auf dem Spielplan. Was das bewirkt, sehen wir gerade in Europa.

Was macht nun die Politik? Und dafür war gerade Herr Wersich ein leuchtendes Beispiel. Er hat ständig davon gesprochen, dass wir eine Staatsschuldenkrise haben, von Finanzmarktkrise ist bei ihm überhaupt nicht mehr die Rede. Die Verschuldung zu senken, eine Neuverschuldung zu vermeiden und zu ausgeglichenen Haushalten im Bund und in den Bundesländern zu kommen, finden auch wir von der LINKEN eine gute und längst überfällige Idee. Auch wir von der LINKEN sehen die Staatsverschuldung als besorgniserregend an. Deshalb schlagen wir auch vor, in Hamburg die Hälfte der Steuermehreinnahmen zur Schuldentilgung einzusetzen. Auf der anderen Seite halten wir in Zeiten wirtschaftlicher Instabilität, verbunden mit einer drohenden Rezession, eine strikte Sparpolitik für einen völlig falschen Weg. So war auch das Echo auf den eingangs erwähnten amerikanischen Kompromiss. In den führenden Zeitungen war zu lesen, der erzielte Schuldenkompromiss sei kein Grund zum Aufatmen, er werde die Überschuldung und die ihr zugrundeliegenden Probleme eher verschlimmern als verbessern. Und genau das befürchten wir auch.

Es gibt in der Tat kein einziges Beispiel dafür, dass Sparpolitik in konjunkturellen Abschwungphasen, und schon gar nicht in Krisenzeiten, einen Ausweg bietet, ganz im Gegenteil. Und so ist es auch nicht von ungefähr, wenn der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister eine historische Parallele zieht, und zwar zu der Sparpolitik von Reichskanzler Brüning im Jahr 1931. Auch die damalige Weltwirtschaftskrise basierte auf diesem, wie er es nennt, Sparparadox. Was damals geschah und was danach passierte, wissen wir alle.

Bei der Neuverschuldung trotz Schuldenbremse spielt noch ein anderer Aspekt eine Rolle, den wir für ganz wichtig halten. In den Überschriften und auf den Transparenten von Demonstranten stand in großen Buchstaben: Der Staat muss kräftig sparen, die Reichen bleiben ungeschoren, die Zeche zahlen die Ärmsten. Wir befinden uns hier in Hamburg zurzeit in einem Sparüberbietungswettbewerb von SPD, CDU, GAL und FDP. Dem ist aber ein Steuersenkungswettbewerb in den Achtzigerjahren vorausgegangen, und zwar von genau den gleichen Parteien. Genau das haben Sie vergessen, Herr Bürgermeister. Sie haben davon gesprochen, dass wir durch Ausgabenpolitik gesündigt hätten. Aber wir haben auch gesündigt durch Steuersenkungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Bischoff hat schon darauf hingewiesen, dass der öffentlichen Hand dadurch pro Jahr bundesweit ungefähr 50 Milliarden Euro entgehen; für Hamburg wird geschätzt, dass es pro Jahr mindestens 1 Milliarde Euro sind. Wir sind der Auffassung, dass die Schuldenbremse nur einzuhalten ist mit Mehreinnahmen durch ein gerechtes Steuersystem. Wir stehen für Korrekturen auf Bundesebene und freuen uns, dass auch die SPD sich jetzt wieder für eine Vermögensteuer einsetzen will. Und wir haben in die Haushaltsdebatte einen Antrag auf Einstellung von 85 neuen Steuerprüfern eingebracht. Wir freuen uns, dass die SPD – soweit wir gehört haben – diesen Antrag unterstützen will, zumindest an den Ausschuss überweisen will.

DIE LINKE steht in Hamburg dafür, dass die regionale Wirtschaft gefördert werden muss, dass der Arbeitsmarkt gestärkt werden muss und dass die Aufgaben des Staates nicht zurückgenommen werden dürfen und der soziale Auftrag gerecht erfüllt werden muss. Deshalb schlagen wir vor, die Hälfte der Steuereinnahmen in die Strukturmaßnahmen zu stecken und die andere Hälfte in die Schulden-senkung.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Heyenn. – Das Wort hat Herr Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei all den Berechnungen der Opposition darf ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf die amtlichen Zahlen lenken, die doch ein etwas anderes Licht auf die Vorwürfe der Opposition werfen. Als der Senat im März seine Arbeit aufgenommen hat, lagen uns Haushaltsunterlagen vor, mit denen der Vorgängersenaat für die Jahre 2011 und 2012 insgesamt 2,9 Milliarden Euro Defizit geplant hatte. Ein vorläufiger Überblick über die offenen Rechnungen außerhalb des Kernhaushalts ergab nur für die Positionen Wohnungsbauschulden, Versorgungsfonds und Sondervermögen Stadt und Hafen ein Haushaltsloch von weiteren 1,2 Milliarden Euro. Wir sind in der Gesamtschau also schon bei offenen Rechnungen von über 4 Milliarden Euro.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das ist doch Unsinn!)

Ich sage Ihnen ehrlich, wir können das alles nicht auf einen Schlag und über Nacht lösen. Aber das, was möglich ist, liegt heute vor Ihnen.

Erstens haben wir die Finanzierung der sogenannten Wahlversprechen, Kita-Sofortprogramm und anderes, in die Haushaltspläne eingearbeitet und durch entsprechende Streichungen an anderer Stelle ausgeglichen.

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Wersich?

Senator Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): – Nein, Herr Präsident, ich würde jetzt gerne im Zusammenhang zu den vielen Vorwürfen der Opposition Stellung nehmen. Und dann, Herr Wersich, können wir weiterreden

(Dietrich Wersich CDU: Dann bleiben Sie bei der Wahrheit, was die Steuereinnahmen angeht!)

über Ihr Informationsbedürfnis. Das, was möglich ist, liegt vor Ihnen.

Wir haben also erstens die Finanzierung der sogenannten Wahlversprechen so mit Streichungen an anderer Stelle in die Haushaltspläne eingearbeitet, dass die Ausgaben der Fachbehörden dadurch am Ende nicht steigen. Sie sinken sogar leicht, aber das sind nur wenige Millionen.

Zweitens haben wir die Steuermehreinnahmen, die Ihnen so wichtig sind, Herr Wersich, so in den überarbeiteten Haushaltsplan-Entwurf eingeplant, dass es auch dadurch nicht zu zusätzlichen Ausgaben der Fachbehörden kommt.

Heute reden wir deshalb über einen Doppelhaushalt, mit dem wir am Ende das Defizit im Kernhaushalt um mindestens 740 Millionen Euro gegenüber den schwarz-grünen Plänen verringern – wahrscheinlich wird es sogar etwas mehr, je nach dem, wie die Haushaltsjahre wirklich verlaufen –

(Dietrich Wersich CDU: Das ist wirklich Täuschung!)

und mit dem wir zusätzlich Schulden außerhalb des Kernhaushalts in Höhe von 880 Millionen Euro tilgen.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Sie nehmen dafür neue Schulden auf!)

– 880 Millionen Euro Tilgung von Schulden außerhalb des Haushalts, Herr Wersich.

Voraussetzung ist aber, dass wir bei einem sehr sparsamen Haushaltsvollzug bleiben, wie es der Senat seit März gemacht hat, und dass wir die Mehreinnahmen, die wir nach der Mai- und nach der aktuellen November-Steuerschätzung erwarten,

(Dietrich Wersich CDU: 1 Million im Jahr!)

mit keinem Cent in neue Ausgaben der Fachbehörden lenken, sondern sie konsequent zur Sanierung und Entschuldung einsetzen. Das ist der Vorschlag des Senats und wenn die Bürgerschaft es so entscheidet, ist das ein außerordentlich verantwor-

tungsvoller Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD)

Eine kleine Randbemerkung, Herr Bischoff: Die plus 10 Prozent Steuermehreinnahmen sind überwiegend im fortgeschriebenen Haushaltsplan-Entwurf enthalten. Sie dürfen nicht die Werte vom 3. Mai nehmen. Wir haben nach der Mai-Steuerschätzung, die 90 Prozent der Steuermehreinnahmen abbildet, einen überarbeiteten Entwurf vorgelegt, sodass Ihre 10-Prozent-Rechnung von vorhin nicht richtig ist. Wir haben die meisten Steuermehreinnahmen in dem überarbeiteten Entwurf berücksichtigt, ohne allerdings die Ausgaben der Fachbehörden zu erhöhen.

Nun ereifern sich gerade diejenigen, die in den letzten Jahren das Eigenkapital der Stadt um viele Milliarden Euro ruiniert haben mit Diskussionen über die Frage, um wie viele Jahre wir die Schuldenbremse eigentlich vorziehen könnten. Und die Bedingungen, die sie dann nennen, sind bezeichnend für diese Pläne, allen voran die der CDU.

Von der CDU kommt der Vorschlag, man müsse sich eben auf den Kernhaushalt beschränken, die Schulden in den Nebenhaushalten seien nicht so dringend. Da verlagern Sie seit Jahren Ihre Schulden in alle möglichen Nebenhaushalte

(Dietrich Wersich CDU: Das stimmt doch auch nicht!)

mit der Begründung, das sei alles in der Konzernbilanz sichtbar, und jetzt, wo es tatsächlich sichtbar ist, dass die Stadt mit einem negativen Eigenkapital kaufmännisch betrachtet pleite ist, wollen Sie nichts mehr davon wissen.

(Dietrich Wersich CDU: Können Sie den Leuten auch mal die Wahrheit sagen?)

Diese Schulden weiter unter den Teppich zu kehren, ist verantwortungslos, Herr Wersich, und das wird es mit diesem Senat nicht mehr geben.

(Beifall bei der SPD)

Dabei geht Ihre Rechnung zur vorgezogenen Schuldenbremse noch nicht einmal im Kernhaushalt auf. Sie jonglieren in Ihren Anträgen mit Mehreinnahmen, wollen Rücklagen bei bester Konjunktur verbrauchen, den Zuschuss an den Pensionsfonds untersagen, Schulden in Nebenhaushalte schieben und Wetten auf die Konjunktur abschließen. Das ist eben keine solide Finanzpolitik und auch kein Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse.

Die weiteren Vorwürfe zur angeblichen Nichteinhaltung der 1-Prozent-Ausgabenlinie entkräften sich durch einen einfachen Blick in das Zahlenwerk der Finanzplanung.

(Katja Suding FDP: Eben nicht!)

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

Ihre Behauptung, wir würden die 1-Prozent-Linie nicht einhalten, ist falsch, liebe CDU, so falsch wie Ihre Mitteilung, die Stadt habe 2011 überhaupt kein Defizit mehr, so falsch wie Ihre nächste Meldung einige Monate später, das Defizit sei sogar noch größer als im Rekordschuldenjahr 2010, so falsch wie Ihre Prognose zu angeblichen Steuermehreinnahmen nach der November-Steuerschätzung und so falsch wie Ihre Behauptung, der Senat würde dieses Jahr sogar 5 Prozent mehr ausgeben als im Vorjahr. Das ist alles eine große Verwirrung, die Sie anstiften wollen, um von der Bilanz der Finanzpolitik der letzten Jahre abzulenken.

(Dietrich Wersich CDU: Sie bringen alles durcheinander!)

Das kann man so machen,

(Dietrich Wersich CDU: Umgekehrt wird ein Schuh draus!)

aber Sie dürfen nicht erwarten, dass wir uns dadurch von einem klaren Kurs abbringen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist die CDU auch noch auf die Idee gekommen, wir sollten den Haushaltsplan für 2011 mit der 1-Prozent-Steigerung nicht an dem Haushaltsplan des Vorjahres ausrichten, sondern an der Haushaltsrechnung 2010.

(Robert Heinemann CDU: Woran denn sonst?)

Das klingt plausibel, ist aber genau das Gegenteil. Deshalb ist es auch noch nie von irgendeinem Senat jemals gemacht worden.

(Dietrich Wersich CDU: Am Ende zählt, was herauskommt!)

Und der Grund ist, dass nach dem Haushaltsrecht die Planwerte unterschritten, aber niemals überschritten werden dürfen. Daher sind die Planausgaben, von wenigen Sonderkonstellationen abgesehen, systematisch immer höher als die Ist-Ausgaben.

(Dietrich Wersich CDU: Aber wir werden noch sehen, was dabei herauskommt!)

Würde man die Planausgaben nach der Höhe der Ist-Ausgaben des Vorjahres festsetzen, ergäbe sich im Ergebnis keine 1-Prozent-Linie, die schon erhebliche Sparanstrengungen beinhaltet, sondern es ergäbe sich sogar eine fallende Ausgabenlinie. Das wollen Sie uns vorschlagen, eine Haushaltssystematik, die angesichts der Finanzierungsbedarfe, die Sie hinterlassen haben, zum Scheitern verurteilt ist, und eine Systematik, die Sie selbst sogar bei einem angeblich historisch einmaligen Konsolidierungsprogramm nicht gewählt haben. Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir ein Finanzkonzept verfolgen, das realistisch ist und kein Unfug.

(Beifall bei der SPD)

Dann will ich gerne noch ein Wort zur Verwendung der Steuermehreinnahmen sagen, die wir im Umfang von knapp 450 Millionen Euro pro Jahr für die Sanierung und Entschuldung vorsehen. Das wird uns als Trick und Täuschung vorgeworfen.

(Zuruf von Anja Hajduk GAL)

– Frau Hajduk, das sind die Worte, die uns hier gesagt werden.

(Dietrich Wersich CDU: Sie müssen aber auch zuhören!)

– Ich kann Sie beruhigen, Herr Wersich. Bei dem Sanierungsstau, den Sie hinterlassen haben, werden wir noch viele Jahre entsprechend hohe Beträge einsetzen müssen,

(Dietrich Wersich CDU: So ein Bart!)

um die Stadt wieder in Ordnung zu bringen und den fortschreitenden Werteverlust zu beenden. Dass Sie die Sanierung und die echte Schuldentilgung als Überblähung des Haushalts bezeichnen, ist keine Kritik am Senat, Herr Wersich, sondern ein Beleg für Ihr mangelndes Problembewusstsein. Und deshalb richtet sich die Kritik gegen Sie selbst. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Senator. – Frau Hajduk, bitte.

(Dietrich Wersich CDU: Haben Sie jetzt gehört, wie "pay as you go" eingehalten wird?)

Anja Hajduk GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Tschentscher, jetzt bin ich aber ein bisschen enttäuscht, dass Sie auf den Kern des Vorwurfs der Opposition dann doch nicht zu sprechen gekommen sind, sondern sich dem wirklich nur so ein paar Millimeter angenähert haben.

(Beifall bei der GAL)

Ich habe in meiner Rede eingeräumt, dass ich bereit bin, das Thema Vergleich mit dem Ist 2010 einmal wegzulassen. Aber ich habe aus Ihrer Drucksache zitiert, wo Sie eine Ausgabensteigerung in den Haushaltsjahren 2013/2014 errechnen und in einer Tabelle darstellen, die dann eine Steigerungsrate von 1,4 und 1,3 Prozent hat. Dazu hätten Sie Stellung nehmen sollen, weil wir insbesondere mit den Haushaltsentscheidungen für das Jahr 2011/2012 darum ringen, wie das zu interpretieren ist, dass Sie nicht die Neuverschuldung so weit absenken, wie Sie könnten, sondern die Altschulden jenseits des Kernhaushalts bedienen.

Ich habe deutlich gemacht, dass ich Ihnen das nicht zum Vorwurf machen werde. Aber in Ihrer Drucksache steht, dass Sie ab dem Jahr 2013 jene

(Anja Hajduk)

Altschulden und Sanierungsaufgaben verringern wollen; das war jedenfalls anscheinend Ihr Erkenntnisstand im August dieses Jahres. Und dann muss die Frage erlaubt sein, ob das dann einfach als höhere Ausgabenlinie bei den Sach- und Fachaufgaben fortgeschrieben wird.

(Beifall bei der GAL und bei *Roland Heintze CDU*)

Und dann stimmt Ihr Satz nicht mehr, dass kein einziger Cent der Steuermehreinnahmen in Mehrausgaben geht. Ihre eigene Finanzplanung steht im Widerspruch zu diesen Worten. Darauf sind Sie leider nicht eingegangen; es können ja noch Taten folgen.

Aber ich möchte abschließend noch etwas sagen zum heutigen Antrag der SPD zur Finanzierung des Sondervermögens Stadt und Hafen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Erfüllt die Forderung von Ihnen!)

Das ist in der Tat eine wirkliche Altlast, und zwar aus der alten SPD-Zeit, als man noch gedacht hat, Altenwerder finanziere sich ganz einfach. Ich habe im Zweifel nichts dagegen, ein anderes Sondervermögen dem Versorgungsfonds vorzuziehen. Aber anscheinend haben wir doch den Nerv getroffen, indem wir analysiert haben, dass der Versorgungsfonds nicht in einem Schritt rekaptalisiert werden muss. Wahrscheinlich kann man das Sondervermögen Stadt und Hafen auch schrittweise finanzieren. Sie sind die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, ob nicht doch mit diesen Altschulden ein Polster für das Jahr 2013 angelegt werden sollte. Und Sie müssen uns schon gestatten, dass wir Ihnen dabei im Interesse der Stadt sehr genau auf die Finger schauen werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Hajduk. – Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tschentscher, die Kritik richtete sich nicht dagegen, dass Sie jetzt dazu übergegangen sind, die Schattenhaushalte aufzulösen. Das will ich noch einmal ausdrücklich bekräftigen. Es ist unverzichtbar und dient der Haushaltsklarheit, dass die Sondervermögen Stadt und Hafen und ein paar andere, um die es noch geht, wieder in den Kernhaushalt integriert werden. Auch dass man das schrittweise machen muss, war unstrittig. Was ich nicht in Ordnung finde, ist, dass Sie bislang – und Frau Hajduk hat darauf hingewiesen – in allen Haushaltsberatungen immer wieder gesagt haben, Sie würden die Mehrausgaben für zwei Dinge verwenden: Sie würden damit einerseits einen relativ teuren Kredit

gegenüber dem Bund ablösen – das ist jetzt erfolgt – und den Rest würden Sie in den beiden Jahren in den Hamburger Versorgungsfonds stecken, weil dieser wegen des HSH-Nordbank-Abenteuers, das Sie nicht zu verantworten haben, faktisch insolvent ist. Das ist in Ordnung. Aber nicht in Ordnung ist, dass Sie uns jetzt ohne irgendwelche Vorberatungen diesen Antrag auf den Tisch legen. Herr Bläsing hat schon darauf hingewiesen, dass man es in der Zeitung lesen konnte. In Ihrem heutigen Antrag 20/2347 heißt es:

"Bislang war vorgesehen, die für 2011 und für die Folgejahre erwarteten höheren Steuereinnahmen zu nutzen, um ein 710-Millionen-Euro-Defizit im Hamburgischen Versorgungsfonds AöR auszugleichen, das durch die HSH-Nordbank-Krise entstanden ist. Da der Fonds erst ab 2014 auf diese Mittel angewiesen ist, erscheint es nach den aktuellen Erkenntnissen zum Sondervermögen Stadt und Hafen dringender, zunächst die bilanzielle Entschuldung und angemessene Eigenkapitalausstattung des Sondervermögens Stadt und Hafen vorzunehmen."

Im Grunde genommen haben Sie einfach so über Nacht über die Verwendung von 250 Millionen Euro neu entschieden. Das mögen Sie für ein faires Verfahren gegenüber dem Haushaltsausschuss und der Opposition halten, aber da habe ich eine ganz andere Sicht. Das hätte wenigstens im Haushaltsausschuss ordentlich besprochen werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Ich sage das deswegen noch einmal so pointiert, weil Sie, wenn wir darüber gesprochen hätten, eine weitere Problematik hätten einräumen müssen, die sich jetzt ebenfalls abzeichnet: Natürlich werden die Konsequenzen des Sanierungsprozesses bei der HSH Nordbank mit allem, was noch daran hängt, im nächsten Jahr gravierend auf die Stadt zukommen. Da geht es eben nicht einfach, wie im FDP-Antrag, um die Herabstufung des Ratings der HSH Nordbank, sondern es geht schlicht darum, dass erneut der Aktienwert festgestellt werden muss und dass die Anstalt öffentlichen Rechts, über die Schleswig-Holstein und Hamburg die Kreditgarantien abwickeln, schon jetzt deutlich ins Minus geraten wird. Insofern stellt sich natürlich weiterhin ganz gravierend die Frage, wie man mit diesen Altlasten umgeht. Es ist für mich und für meine Fraktion immer eindeutig gewesen, dass wir – wir haben es nicht verursacht – dafür eintreten müssen, dass das vernünftig saniert wird. Aber gerade deshalb ist wichtig, das mit aller Transparenz im Parlament zu verhandeln, damit wir eine verlässliche Konzeption auch für die aktuelle Haushaltsentwicklung hinbekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

(Dr. Joachim Bischoff)

Insofern haben Sie da wirklich ein schlechtes Werk abgeliefert.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Bischoff. – Das Wort hat Herr Völsch.

Thomas Völsch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Hajduk, ich schätze Sie als Haushaltspolitikerin ganz außerordentlich. Ich finde es aber nicht angemessen, dass Sie Drucksachen nicht vollständig zitieren. Nichts anderes haben Sie eben mit dieser Behauptung gemacht, der Senat weiche in seiner Finanzplanung von der 1-Prozent-Linie ab. Die 1-Prozent-Linie gilt, sie ist auch in der Finanzplanung erneut eingehalten worden und der Senat steht dazu. Was Sie zitiert haben, ist eine Alternativrechnung

(Anja Hajduk GAL: Vom Senat!)

für den Fall, dass der Bund bestimmte Lasten übernimmt. Sie ist ausdrücklich als eine Möglichkeit, als eine Veränderung der Planung überschrieben; dort ist nicht die Planung des Senats dargestellt. Das war schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Völsch. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Wir kommen sodann zu den Abstimmungen. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Abstimmungen über die mitbesprochenen Einzelpläne 9.1 und 9.2 vereinbarungsgemäß erst am Donnerstag stattfinden werden.

Es folgen die Abstimmungen zum Bereich des Einzelplans 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof.

Wir kommen zu den Berichten des Eingabenausschusses, den Drucksachen 20/2102 und 20/2103.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/2102 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/2103 –]**

Zunächst zum Bericht 20/2102.

Wer schließt sich den Empfehlungen an, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 580/11 und

610/11 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit beschlossen worden.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Nun zum Bericht 20/2103, hier zunächst zu Ziffer 1.

Wer möchte sich der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 403/11 bezüglich des Anliegens "Baurechtliche Genehmigung" abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 403/11 bezüglich des Anliegens "Landschaftsschutzrechtliche Genehmigung" abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Wer schließt sich nun den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Von Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wir kommen nun zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 20/1400.

Textzahl 171.

[Textzahl 171]

Wer möchte die Textzahl 171 aus der Drucksache 20/1400 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen worden.

Über die Abschlusszahlen des Einzelplans 1.0, das betrifft die Textzahl 172 aus der Drucksache 20/1400, stimmen wir erst am Donnerstag ab.

Wir kommen zu den Abstimmungen zum Einzelplan 1.1: Senat und Personalamt, zunächst zum Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 20/2243.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Haushalt 2011/2012, Einzelplan 1.1
Förderung der Zusammenarbeit mit den
Entwicklungsländern
– Drs 20/2243 –]**

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses.
Textzahlen 173 bis 176.

[Textzahl 173]

Wer möchte die Textzahl 173 aus der Drucksache 20/1400 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Textzahl 174.

[Textzahl 174]

Wer möchte der Textzahl 174 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Textzahl 175.

[Textzahl 175]

Wer schließt sich der Textzahl 175 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? Das ist ebenfalls mit Mehrheit beschlossen.

Textzahl 176.

[Textzahl 176]

Wer stimmt der Textzahl 176 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Die Textzahl 177, das sind die Abschlusszahlen des Einzelplans 1.1, steht erst am Donnerstag zur Abstimmung an.

Wir kommen zu den Einzelplänen 1.2 bis 1.8: Bezirksämter und hier zunächst zu den Fraktionsanträgen.

Zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 20/2159.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012, Einzelpläne 1.2 - 1.8
Hamburg 2020: Bürgerorientierte Dienstleistungen in den bezirklichen Kundenzentren auch in haushalterisch schwierigen Zeiten gewährleisten
– Drs 20/2159 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 20/2186.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012, Einzelplan 1.2 -1.8, Kapitel: alle
Konsolidierungsmaßnahmen in den Bezirken
– Drs 20/2186 –]**

Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 20/2186 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Nun zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 20/1400, und zwar betreffend die Textzahlen 178 bis 184. Über diese Abschlusszahlen wird erst am Donnerstag abgestimmt.

Ich rufe jetzt auf

**Einzelplan 2
Behörde für Justiz und Gleichstellung**

Wer wünscht das Wort? – Frau Spethmann wünscht es und sie hat es.

Viviane Spethmann CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Haushaltsplan des Senats für Justiz und Gleichstellung ist ein Einzelplan der Ankündigungen. Es gibt keine tatsächlichen Umsetzungen, es gibt nicht ein einziges durch Zahlen sachlich untermauertes Projekt. Stattdessen wurden sachlich fundierte schwarz-grüne Projekte aus rein parteipolitischen Interessen gestoppt. Es stellt sich die Frage, was eigentlich sozialdemokratische Justizpolitik ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da haben wir so viel!)

Es gibt keine eigenen Akzente. Das, was sozialdemokratische Justizpolitik auszeichnet, ist: einfach gar nichts tun.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt keine Konzepte und keine Zahlen. Dies hat inzwischen auch die SPD-Fraktion erkannt, denn sie beginnt mit Anträgen auf Sperrung von Haushaltsmitteln, die sich gegen den eigenen Senat wegen fehlender Konzepte richten. Das einzige Handeln besteht darin, großspurig Bundesratsinitiativen anzukündigen. Damit hat man dann seine Schuldigkeit getan und kann, wenn dies nicht umgesetzt werden kann, dem Bund den Schwarzen Peter zuschieben. Das geht so nicht.

(Viviane Spethmann)

(Beifall bei der CDU)

Dann wird großspurig bundespolitisch etwas zu dem Thema Sicherungsverwahrung gesagt, aber bis heute gibt es kein Konzept des Senats, wie in Hamburg die Punkte des Bundesverfassungsgerichts konkret umgesetzt werden können. Wir wissen nicht, was mit den Sicherungsverwahrten passiert, die entlassen werden, welche Kosten auf uns zukommen oder ob es genügend Therapeuten gibt. Lieber Senat, hier müssen Sie tätig werden, da passiert zu wenig.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

Auch zur Neustrukturierung des Strafvollzugs wurde lediglich am 1. November, als die Presse und die Opposition intensiv nachfragten, verkündet, es gebe ein Konzept zum Wohnungsbau in Fuhlsbüttel. Das klingt toll. Auf Nachfrage von vielen Schriftlichen Kleinen Anfragen wurde mitgeteilt, dass eine Projektgruppe erst eingesetzt wurde und man noch gar nicht wisse, welche Zahlen, Schätzungen und so weiter zugrunde liegen. Man müsse jetzt endlich einmal prüfen, ob man dort überhaupt Wohnungsbau hinsetzen kann, sprich, was am 1. November vorgestellt worden ist, war nichts weiter als eine reine Mogelpackung.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

Mit den Kosten für das vorgestellte Konzept, so teilt der Senat auf Schriftliche Kleine Anfragen jetzt auch mit, habe er sich noch gar nicht befasst. Jetzt frage ich mich: Was ist das bitte für ein Konzept? Das ist eine reine Worthülse und nichts weiter.

Ich gehe noch einmal im Einzelnen darauf ein. Hier wird zum Beispiel angekündigt, dass Hafthäuser für den Frauenvollzug in Hahnöfersand geschlossen werden sollen, die erst im Jahr 2002 aufwendig mit 8,6 Millionen Euro fertiggestellt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Noch viel besser ist die Idee, Frauenvollzug nach Billwerder in den geschlossenen Männervollzug zu verlegen. Man kann sich doch vorstellen, dass Frauen, die straffällig geworden sind, häufig aus Umständen kommen, die durchaus auch eine gewisse Traumatisierung als Opfer zulassen. Wie können Sie sich vorstellen, Frauen im geschlossenen Männervollzug unterzubringen? Das ist kein Konzept, das ist Stricken mit der heißen Nadel und nichts weiter.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich nenne noch einige weitere Beispiele für fehlende Konzepte. Resozialisierung: Die SPD-Fraktion musste selbst erst einen Antrag zum Haushalt einreichen, um den Senat zu bewegen, endlich ein

Konzept vorzulegen. Ob da etwas kommt, sehen wir im nächsten Haushalt.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Was war denn in Ihrer Legislaturperiode?)

Wirtschaftskriminalität: Die Senatorin verkündet großspurig auf Bundesebene, bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität aktiv zu werden. Das Problem liegt hier in Hamburg. Die Staatsanwaltschaft ist massiv unterbesetzt in diesem Bereich und auch die Landgerichtskammern sind unterbesetzt. Hier muss gehandelt werden und nicht auf Bundesebene großspurig etwas verkündet werden.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Farid Müller, beide GAL* – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Mit welchem Geld?)

– Dann sollten Sie hier nicht groß verkünden, dass Sie etwas regeln wollen, Herr Dr. Dressel, wenn Sie es nicht schaffen. Dann sollten Sie es lieber gar nicht als Konzept verkaufen. Sie haben kein Konzept.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Farid Müller, beide GAL*)

Der Präsident des Sozialgerichts ist seit Jahren außer Dienst gestellt; hier muss die Senatorin dringend handeln. Dieser Präsident muss nachdrücklich zur Verhandlung gezwungen und aus dem Dienst entfernt werden. Wir zahlen als Steuerzahler hierfür jedes Jahr unendlich viel Geld, das geht nicht.

Opferschutz: Die einzige Bundesratsinitiative haben Sie unterstützt, aber es gibt kein Hamburger Konzept. Die einzige Leistung des Senats besteht darin, im Einzelplan 4 den Opferschutz in Opferschädigung umzubenennen. Das reicht nicht aus, das ist wieder nur eine Mogelpackung.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan* und *Farid Müller, beide GAL*)

Wir haben einen eigenen Haushaltsantrag vorgelegt, der sich auf die Gerichtsvollzieher bezieht. Wir haben es in Hamburg mit ausgesprochen fleißigen und leistungsstarken Gerichtsvollziehern zu tun. Erkennen Sie endlich ihre Leistung an und stimmen Sie unserem Antrag auf eine teilweise Höhergruppierung der Gerichtsvollzieher zu.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL* – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Gegenfinanzierung!)

Zur Gleichstellung: Die Senatorin fordert die gesetzliche Frauenquote. Nette Bundesratsinitiative, aber in Hamburg gibt es dazu kein Konzept und keine Tätigkeit.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie sind immer so negativ!)

Auch bei der gleichgeschlechtlichen Jugendarbeit wird zwar darauf verwiesen, dass Gelder verteilt

(Viviane Spethmann)

werden, aber dann wird im Ausschuss mitgeteilt, das Konzept könne der Träger selbst erarbeiten. Das ist doch kein Regierungshandeln, was Sie hier vorweisen. Gutes Regieren sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Farid Müller*, beide GAL)

Sie haben in diesen paar Monaten Ihre Chance vertan, ein ordentliches Konzept im Bereich der Justiz vorzulegen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Etwas Positives!)

– Für etwas Positives bin ich nicht da, Herr Kienscherf. Das soll Ihr Herr Tabbert erledigen, das kann ich nicht für Sie machen.

Was viel schlimmer ist: Am 26. September – drei Tage vor den abschließenden Beratungen im Haushaltsausschuss – liefert der Senat gänzlich neue Zahlen für den Justizhaushalt. Das ist auch kein gutes Regieren. Liefern Sie das nächste Mal ordentliche Zahlen, mit denen wir im Haushaltsausschuss arbeiten können. Wir mussten im Prinzip 90 Prozent der Zahlen komplett austauschen. So kann es nicht gehen, das ist kein gutes Regieren an dieser Stelle. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Farid Müller*, beide GAL)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Spethmann. – Das Wort hat Herr Tabbert.

Urs Tabbert SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Spethmann, ich komme gleich zu Ihnen. Wir von der SPD verstehen Gleichstellungspolitik jedenfalls nicht so, dass wir die Kritik am Justizhaushalt, wie das Ihr Fraktionsvorsitzender gemacht hat, dadurch vollziehen, dass wir die Justizsenatorin anpöbeln.

(*Dietrich Wersich CDU*: Ich habe ein Kompliment gemacht! – Zurufe von der CDU)

Bei dem, was Sie hier gerade vorgetragen haben, Frau Kollegin, und Sie haben den Mund mit Ihrer Kritik an einem fehlenden SPD-Konzept ziemlich voll genommen, habe ich nicht einmal auch nur die Konturen eines eigenen Konzepts erkennen können.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das beste Konzept war Roger Kusch!)

Ich sage gleich etwas zu unseren Konzepten und Vorstellungen in der Justizpolitik, aber die Zeit müssen Sie mir schon lassen, kurz darauf einzugehen, was Sie hier präsentiert haben. Ihr Konzept scheint in einem einzigen Antrag zu bestehen; die größte Oppositionspartei bringt einen einzigen Antrag zur Justizpolitik, der sich mit den Gerichtsvollziehern beschäftigt, und der ist auch noch abgeschrieben. Er stammt von dem sehr engagierten

Interessenvertreter der Gerichtsvollzieher Herrn Baensch.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das macht es nicht schlechter!)

Er hat ihn offensichtlich allen rechtspolitischen Sprechern vorgelegt und Sie haben ihn abgeschrieben und hier eingebracht. Gratulation, wenn Sie meinen, das sei ein justizpolitisches Konzept. Sie begründen die geforderte Erhöhung der Besoldung der Gerichtsvollzieher, ich habe mir das durchgelesen, mit der Zwangsvollstreckungsnovelle aus dem Jahr 1999 und einem weiteren Aufgabenzuwachs zum 1. Januar 2013. Hier frage ich Sie, wieso Sie in fast zehn Jahren CDU-Regierung in Hamburg nicht selbst auf die Zwangsvollstreckungsnovelle von 1999 reagiert haben, wenn Ihnen dies als Begründung tragfähig erschien?

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Dann können Sie ja heute zustimmen!)

– Ich komme gleich dazu, Frau Schneider.

Hier sind Sie nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die Aufgabenerweiterung der Gerichtsvollzieher zum 1. Januar 2013 als Aufhänger nehmen, so spricht dies allenfalls für eine Wiedervorlage Ihres Antrags für den Doppelhaushalt 2013/2014. Damit können auch die Gerichtsvollzieher, jedenfalls habe ich Herrn Baensch so verstanden, ganz gut leben.

Ein wichtiger politischer Schwerpunkt ist die Umstrukturierung des Strafvollzugs. Sie sind darauf bereits eingegangen, Frau Kollegin Spethmann.

(*Viviane Spethmann CDU*: Mogelpackung!)

Der Plan von Schwarz-Grün, den offenen Vollzug in die JVA Fuhlsbüttel zu verlagern, ist vom Tisch und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Warum ist das gut so? Selbst die vom ehemaligen Justizsenator Till Steffen eingesetzte Projektgruppe – ich habe mir damals als Deputierter in der Justizbehörde die ganzen Ergebnisse durchgelesen – hatte diesen Plan aus vollzoglicher Sicht als ungeeignet eingestuft. Wir begrüßen im Gegensatz zu Ihnen die geplante Verlagerung der Frauenvollzugsanstalt von Hahnöfersand nach Billwerder, denn so können den Frauen bessere Ausbildungs- und Arbeitsgelegenheiten geboten werden.

(Beifall bei der SPD)

Positiver Nebeneffekt dabei: Betriebs- und Personalkosten für 96 Haftplätze entfallen dauerhaft und im Bezirk Hamburg-Nord wird auf einem Teil des Geländes der JVA Santa Fu die Möglichkeit für Wohnungsbau eröffnet.

(Beifall bei der SPD)

(Urs Tabbert)

Der diesbezügliche Antrag der GAL ist übrigens völlig überflüssig. Alles, was die GAL fordert, passiert ohnehin. Der Haushaltsausschuss hat am 31. Oktober, wohlgerichtet auf Antrag der SPD-Abgeordneten, bereits die Beschlussempfehlung abgegeben, die investiven Mittel für die Neustrukturierung gemäß Paragraf 22 Landeshaushaltsordnung zu sperren. Auch hat die Senatorin bereits angekündigt, dass die Detailplanung zur Neustrukturierung des Strafvollzugs in einer gesonderten Drucksache der Bürgerschaft vorgelegt wird.

(Farid Müller GAL: Mensch! – Christiane Schneider DIE LINKE: Wann denn?)

Insofern sind Ihre Wünsche doch erfüllt. Entgegen der Behauptung der GAL werden wir den offenen Vollzug ausbauen und modernisieren,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ausbauen? Nein!)

und zwar an seinem bewährten Standort in Glasmoor.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin im Übrigen zuversichtlich, dass das schneller geht als zu Ihrer Regierungszeit, meine Damen und Herren von Schwarz-Grün, und vor allem bin ich zuversichtlich, dass diese Justizsenatorin den Sachverstand ihrer Behörde nutzt und nicht wie ihr Vorgänger das Gegenteil von dem macht, was die selbst eingesetzte Projektgruppe vorschlägt.

Die unter Schwarz-Grün in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie – hören Sie gut zu – hat überdies ergeben, dass die Planungen, der offene Vollzug in Fuhlsbüttel würde 30 Millionen Euro in Anspruch nehmen, falsch waren und dass es viel mehr, nämlich 45 bis 50 Millionen Euro, kosten würde. Insofern sollten Sie, liebe Kollegin Spethmann, sich mit Spekulationen über die Kosten der Umstrukturierung des Strafvollzugs, so wie ich das heute Morgen in "Der Welt" lesen konnte, etwas zurückhalten. Um es auf den Punkt zu bringen: Das geplante Strafvollzugskonzept der SPD ist besser und in jedem Falle billiger als das von Schwarz-Grün.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Situation an den Sozialgerichten. Hier wird dem richtigen Impuls des Antrags der FDP-Fraktion durch unseren eigenen Antrag im Wesentlichen entsprochen. Im Zuge der Haushaltsberatungen haben wir erstmals, einer Forderung des Deutschen Juristentages aus 2006 folgend, alle Gerichtspräsidenten eingeladen und sind dabei vonseiten der Sozialgerichtsbarkeit auf einen kw-Vermerk – das heißt, Stellen, die wegfallen können – aufmerksam gemacht worden, der 5,5 Stellen im richterlichen Bereich und acht Stellen im nichtrichterlichen Bereich betraf. Obwohl aktuell die Verfahrensdauer bei den Sozialgerichten etwas zurückgegangen ist, gehen wir davon aus,

dass jedenfalls mittelfristig nicht mit einer Verringerung der Eingangszahlen zu rechnen ist, und wir finden es daher richtig, dass die Sozialgerichtsbarkeit angesichts der für die Betroffenen existenziellen Bedeutung der dort anhängigen Verfahren eine nunmehr dauerhafte Planungssicherheit bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres wichtiges Thema ist das Entlassungs- und Übergangsmanagement und die Resozialisierung bei Strafgefangenen. Hierauf bezieht sich ein Antrag der SPD, aber auch der FDP. Ich habe auch hier den Eindruck, dass beide Anträge in dieselbe Richtung zielen, wobei unser Antrag in der sachlichen Ausgestaltung konkreter und daher vorzugswürdig erscheint. Derzeit wird auf der Basis des Abschlussberichts der Fachkommission Resozialisierung ein Resozialisierungskonzept erstellt, das bis zum nächsten Frühjahr ausgereift sein müsste. Entscheidend sind hier ein früheres Ansetzen der Entlassungs- und Bewährungshilfe bereits im Vollzug und eine bessere Verzahnung der beteiligten Institutionen und Träger. So etwas, wie ich es seinerzeit als Anstaltsbeirat in Billwerder – das war zu CDU-Zeiten zwischen 2005 und 2008 – erlebt habe, dass nämlich Haftentlassungen stattgefunden haben ohne gesicherte Unterkunft und ohne entsprechende Begleitmaßnahmen, darf es in Zukunft nicht mehr geben,

(Beifall bei der SPD)

denn dies ist bereits die Rückfahrkarte in den Strafvollzug, der sogenannte Drehtüreffekt.

Noch ein paar abschließende Worte zur Sicherungsverwahrung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Hier hat uns die Opposition stets Untätigkeit und Verzögerungstaktik vorgeworfen. Sie haben das gerade noch einmal wiederholt, Frau Kollegin Spethmann, und ich kann dem nur entgegen, dass wir letzte Woche hier im Rathaus die bundesweit erste Expertenanhörung in einem Landesparlament zu diesem Thema durchgeführt haben.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Die haben nicht Sie angestoßen!)

– Die haben wir mit unterstützt und mit durchgeführt. Ohne unsere Zustimmung, Frau Kollegin Schneider, hätten wir die Expertenanhörung gar nicht durchführen können, da sind wir uns einig.

Alles in allem lässt sich somit für den Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 feststellen, dass wichtige Weichenstellungen der Vergangenheit beibehalten werden und wir dort, wo es in die falsche Richtung ging wie bei der Umstrukturierung des Strafvollzugs, umgesteuert haben. Insgesamt ist ein ausgewogener und vernunftorientierter Ansatz in der Justizpolitik erkennbar. Die hamburgische Justiz ist jedenfalls derzeit in guten Händen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Tabbert. – Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die grüne Fraktion stellt fest, dass wir nicht der Auffassung sind, dass die Justiz seit Februar in guten Händen ist.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GAL*)

Wir haben im Wesentlichen einen Ankündigungshaushalt vorliegen, der nicht auf die dringendsten Probleme, die in der Justiz zu vermehren sind, reagiert, ganz im Gegenteil. Fangen wir mit einem Problem an, das nicht unbedingt ein finanzielles, aber durchaus ein gravierendes ist. Der Krankenstand in Billwerder, wie wir alle erfahren haben, ist auf Rekordniveau, und das in einer der größten Strafvollzugsanstalten, die wir in dieser Stadt haben. Das Wort Billwerder ist schon öfter gefallen und offenbar gibt es dort ein Führungsproblem. Der vergangene Senat hatte darauf auch reagiert und wollte dort mit einem Schlichter vermitteln.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren! Das Wort hat Herr Müller und niemand sonst. Wenn Sie sich unterhalten wollen, dann tun Sie dies bitte außerhalb des Plenarsaals. – Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GAL (fortfahrend): – Vielen Dank, Herr Präsident.

Der alte Senat hat reagiert und einen Schlichter vorgeschlagen, der inzwischen abgezogen beziehungsweise seitens der Behörde gar nicht erst zugelassen worden ist. Seit Monaten geht der stellvertretende Leiter des Strafvollzugsamts dort ein und aus und er soll angeblich einen Bericht erstellen. Der Krankenstand jedoch bleibt mit weit über 30 Prozent weiterhin hoch, jeder Dritte im Strafvollzug dort meldet sich krank. Das ist nicht normal und wir wissen, dass wir dort ein Führungsproblem haben, aber die Behörde entscheidet nicht. Damit wird das Problem zu einem Problem der Stadt.

Kommen wir gleich zum nächsten Thema, der Sicherungsverwahrung. Sie ist heute schon angesprochen worden und ich finde es ein bisschen geschmacklos, dass der Kollege von der SPD sich hier hinstellt und es auf seine Fahne schreibt, dass wir die erste Anhörung hatten. Sie wissen alle ganz genau, dass die Opposition, und zwar alle Fraktionen, Sie dazu treiben musste und damit gedroht hat, eine allgemeine Anhörung zu machen, wenn Sie einer Expertenanhörung nicht zustimmen.

(Beifall bei der GAL, der FDP und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Wir sollten alle froh sein, dass diese Anhörung stattgefunden hat, aber sich das auf die Fahne zu schreiben, so dreist muss man erst einmal sein.

Auf alle Fälle ist eines klar und da unterstütze ich die Kollegin von der CDU, dass wir bisher keinerlei Antworten seitens der Senatorin gehört haben. Natürlich wurde immer gedrängt, die FDP-Bundesjustizministerin müsse einmal vorlegen. Das liegt inzwischen alles vor und es gab auch sehr viel Kritik, aber wir warten auch auf Hinweise der Hamburger Justizsenatorin, wohin denn nun die Sicherungsverwahrung dieser Stadt gehen soll. Doch dazu hören wir gar nichts. Da sind 13 000 Euro im Monat für eine Senatorin zu viel.

Auf der Baustelle Haftplätzeabbau oder Neustrukturierung der Hamburger Gefängnisse haben wir insofern auch ein tiefes Loch, da bisher ein Konzept vorlag. Sie haben es bei der Regierungsübernahme gestoppt, das ist Ihr gutes Recht, aber seitdem gibt es kein durchgerechnetes Konzept, wie mit diesem Problem umgegangen werden soll. Ganz im Gegenteil sperrt die eigene Fraktion im Haushaltsverfahren die Investitionsmittel für ihre Senatorin,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: In vollem Einvernehmen mit allen Fraktionen! Warum verstehen Sie das nicht?)

weil sie bis dahin nicht geliefert hatte. Dann liefert die Senatorin eine Woche später eine PowerPoint-Präsentation, von der wir jetzt erfahren müssen, dass sie nicht im Geringsten seriös durchgerechnet wurde, sondern nur dazu galt, die Öffentlichkeit zu beruhigen. Aber wir von den Grünen sind nicht beruhigt,

(*Andy Grote SPD*: Wir sind von den Grünen auch nicht beruhigt!)

ganz im Gegenteil. Je mehr wir uns mit diesem Scheinkonzept auseinandersetzen, desto beunruhigter muss man sein. Wohnungen an einer Gefängnismauer in Fuhlsbüttel? Ein Haus abreißen, das denkmalgeschützt ist?

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Da gibt es schon Wohnungen am Maientweg!)

Das klingt nicht danach, dass das jemals Wirklichkeit wird.

(Beifall bei der GAL)

Die andere Frage ist, wie denn nun wirklich die Haftplätze abgebaut werden sollen. Die paar Plätze in Hahnöfersand, die Sie jetzt einsparen, lösen nicht das Hamburger Problem. Auch die Zahlen, die Sie angegeben haben, um Glasmoor zu sanieren und auszubauen, sind weit entfernt von den Zahlen, die uns der Vorgängersenate hier in der Bürgerschaft präsentiert hat. Wieso es auf einmal billiger werden soll, die Gemeinschaftsunterkünfte abzubauen und neue Haftplätze für den offenen

(Farid Müller)

Vollzug dort aufzubauen, bleibt ein einziges Rätsel. Dieses Rätsel wird nicht aufgelöst und natürlich bleiben der Haushaltsvermerk und die Sperre bestehen. Meine Fraktion hat das deswegen beantragt, weil wir nicht sicher sein konnten, dass die SPD das im Verfahren hier nicht noch aufhebt, bevor der Haushalt am Donnerstag endgültig beschlossen wird. Und wenn Sie weiter bei der Sperre bleiben, Herr Dressel, dann scheint es mit Ihrem Vertrauen in Ihre eigene Senatorin hinsichtlich der Verwendung der Mittel auch nicht besonders weit her zu sein.

(Beifall bei der GAL)

Ganz im Gegenteil, Sie misstrauen den Plänen offenbar sehr und wir unterstützen Sie in diesem Misstrauen, denn bevor hier nicht wirklich ein durchgerechnetes Konzept im Parlament vorliegt, werden diese Mittel nicht freigegeben.

Es geht hier auch nicht um ein paar Millionen Euro. Es geht insgesamt um 55 Millionen Euro, die investiert werden sollen, und das sind keine Schnäppchen, die hier zu verbauen sind, sondern das sind Mittel, die woanders fehlen, wenn Sie nicht richtig planen, meine Damen und Herren.

Ich möchte mich noch einmal ganz kurz zu den Anträgen der anderen Fraktionen verhalten. Wir unterstützen den Antrag der CDU hinsichtlich der Gerichtsvollzieher, das ist ein richtiger Schritt. Wir finden es etwas schal zu sagen, das hätte man schon früher machen können. Diese Entwicklung, die dort nachgezeichnet wurde, wie sich die Arbeit langsam verändert hat, ist jetzt auch im Plenum angekommen und wir finden es richtig, dass die CDU dieses Thema hier aufgreift, und deswegen werden wir zustimmen. Wir finden es gut, dass Sie in Erwägung ziehen, das demnächst auch zu tun, und insofern haben Sie auch die Unterstützung meiner Fraktion.

Wir unterstützen auch den SPD-Antrag zur Resozialisierung. Wir finden es allerdings ein bisschen komisch, dass die eigene Fraktion der Senatorin sagen muss, dass sie das tun soll. An sich sollte es Ihr Regierungsprogramm sein, meine Damen und Herren. Aber gerne schieben wir mit der SPD-Fraktion die Senatorin an, die heute nicht dabei sein kann, und da werden wir zustimmen.

Wir stimmen auch dem Antrag zur Aufstockung der Stellen an den Sozialgerichten zu, auch das finden wir einen richtigen Schritt. Dort haben wir schon in der vergangenen Wahlperiode entsprechend neue Stellen freigemacht, weil wir das Problem kennen.

Zum Schluss noch ein paar Worte zur Gleichstellung. Die Jugendarbeit für Lesben und Schwule wird in der nächsten Zeit in den Blickpunkt der Politik für Lesben und Schwule geraten; sie ist ganz wichtig. Wir haben in den letzten Wahlperioden alle zusammen festgestellt, dass durch die Liberalisierung und die Tabubrechung in Bezug auf Homose-

xualität das Coming out früher stattfindet, früher als mit 18, und das heißt auch, dass sich die Jugendarbeit neu aufzustellen hat. Dem hat der alte Senat Rechnung getragen, indem er Mittel insbesondere für die schwule Jugendarbeit bereitgestellt hat, da festgestellt wurde, dass eindeutig zu wenig Gelder vorhanden waren, und wir haben jetzt in einem Antrag vorgeschlagen, auch die Mittel für die lesbische Jugendarbeit zu erhöhen. Da gibt es einen Antrag des Trägers JungLesbenZentrum Intervention, es handelt sich um 20 000 Euro.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Woher kommen die?)

Wir haben diesen Vorschlag gemacht, weil wir glauben, dass das der richtige Weg ist und wir die Situation ernst nehmen müssen. Das sind zwei Welten: Wir haben eine Liberalisierung in der allgemeinen Gesellschaft und eine schlimme Situation in den Schulen. Deswegen glauben wir, dass es der richtige Schritt ist, hier noch einmal 20 000 Euro draufzulegen, und wir bitten auch um Zustimmung aus der Fraktion. Wir haben das natürlich aus dem Bereich der Regierungsaufgaben gedeckelt. Es geht um 20 000 Euro, Herr Dressel, wenn wir 65 000 Euro auftreiben, dann werden Sie auch 20 000 Euro finden. Da sind wir ganz sicher. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Müller. – Das Wort hat Frau Kaesbach.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Grundsätzlich bin ich mir sicher, dass es im Bereich des Einzelplans 2 der Behörde für Justiz und Gleichstellung mehr Gemeinsamkeiten aller Fraktionen geben könnte als in den umstrittenen Bereichen, die gerade in der Generaldebatte zum Haushalt sehr deutlich geworden sind. Das klang eben auch schon ein bisschen an, zumindest bei der SPD und bei der GAL, allerdings ist die Selbstbeweihräucherung, die Sie betreiben, liebe SPD, doch ein bisschen viel.

(Beifall bei der FDP und bei Farid Müller GAL)

Ich möchte gleich zu Beginn meiner Rede feststellen, dass der Justizhaushalt des SPD-Senats, der uns hier vorliegt, uns Fachpolitiker alle vor große Probleme gestellt hat. Wir konnten und können unserer Funktion als Kontrollorgan der Exekutive und als Haushaltsgesetzgeber im Einzelplan 2 nicht wirksam nachkommen. Aus diesem Grund werden wir Liberale den Justizhaushalt ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede kurz auf das Thema Neues Haushaltswesen Hamburg, kurz

(Martina Kaesbach)

NHH genannt, kommen. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass die Justizbehörde nicht unbedingt das am besten geeignete Experimentierfeld als Welle-Null-Behörde darstellt. Diese Auffassung hatten meine Kollegen und ich auch schon im Haushaltsausschuss vorgetragen. Hoffen lässt mich aber, dass der demnächst aufzustellende Doppelhaushalt 2013/2014 transparenter und somit für uns Fachabgeordnete besser handhabbar sein wird. Mit dem interfraktionellen Antrag zur Zukunft des NHH ist hier ein erster Schritt gemacht worden, der uns Praktikern hoffentlich das Arbeiten wesentlich erleichtern wird. Jetzt bedürfen die geplanten Änderungen nur noch der konkreten Ausgestaltung, hier werden wir uns als FDP-Fraktion aktiv einbringen.

(Beifall bei der FDP)

Das NHH hat das Stochern im Nebel nicht allein verursacht. Beim Haushaltsplan-Entwurf der Justizbehörde handelt es sich nämlich ganz massiv um einen Ankündigungshaushalt; das hörten wir eben auch schon von Farid Müller und Frau Spethmann. An dieser Stelle hätte ich unserer Justizsenatorin gerne die Kritik ihrer Fraktion aus den Haushaltberatungen 2009 vorgehalten.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Dort hatte sie nämlich selbst von einem Ankündigungshaushalt gesprochen. Leider ist sie wegen eines wichtigen Termins verhindert, was ich sehr bedauere.

Zurück zum Einzelplan 2: Politische Schwerpunkte werden zwar im Vorbericht zum Wirtschaftsplan benannt, aber auf die jeweiligen Konzepte haben die Bürgerschaft beziehungsweise der Justizausschuss bis heute vergeblich gewartet. Nicht eine einzige Drucksache zu den angekündigten Konzepten wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgelegt. Was ist das eigentlich für ein Gebaren?

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Der Senat hat etliche Konzepte zum Herbst angekündigt. Ob es nun um das Konzept für die Neustrukturierung des Justizvollzugs geht oder um Jugendgewalt oder Gleichstellung – ich kann noch vieles Weitere auch aus anderen Bereichen aufzählen –, nichts dergleichen liegt vor. Stattdessen terminiert der Senat schön kurzfristig eine Landespressekonferenz nach der anderen und verteilt jeweils wunderbare Hand-outs. Schaut man sich nach ordentlichen Drucksachen um, die dazu dienen, dass der Weg durch das Parlament beschriftet wird: Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der GAL)

Die SPD braucht nicht einmal ein ganzes Jahr, um ihr Fehlverhalten aus der Zeit vor 2001 wieder an

den Tag zu legen, als sie nach mehr als 40 Jahren Regierung machtblind vorgegangen ist.

(Beifall bei der FDP)

Was bietet uns denn die Justizsenatorin? Nichts weiter als einen schwarz-grünen Etat mit rotem Anstrich. Das lässt sich im Übrigen für fast alle Ressorts sagen. Dabei hatte der Senat genügend Zeit. Acht Monate müssen ausreichen, um einen Haushalt mit eigenem Profil aufzustellen. Wir haben November, damit wurde vom Senat der spätestmögliche Zeitpunkt für die Haushaltsberatungen angekreuzt.

Nun aber zum Einzelplan selbst. Das von der Justizsenatorin Schiedek vorgelegte Grobkonzept zur Neustrukturierung des Justizvollzugs legt zwar die großen Eckpunkte fest, klare Aussagen zu finanziellen Details fehlen aber bis heute. Auch Aussagen zum Bereich der Weiterentwicklung des offenen Vollzugs lassen noch auf sich warten. Grundsätzlich tragen wir die Idee, Haus 1 und Haus 3 in Fuhlsbüttel zu schließen, mit. Schließlich tritt die FDP Hamburg und die FDP Nord und im Übrigen auch die SPD Nord seit geraumer Zeit für eine komplette Schließung der Anstalt ein.

(Beifall bei der FDP)

Wir warten aber noch auf die Drucksache und prüfen dann, ob sich ein schlüssiges Konzept dahinter verbirgt. Wir hoffen, dass der Senat sich an die Umsetzung macht und nicht schon bei den ersten Widerständen klein beigibt und alles so lässt, wie es ist.

Meine Damen und Herren! Auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für Sicherungsverwahrung führt zu neuen Unbekannten im Einzelplan 2. Wie in den Haushaltsberatungen deutlich wurde, sind bisher keine Mittel für eine Anpassung des Standards an die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts in den Einzelplan eingeflossen. Auf der anderen Seite hat die Anhörung im Justizausschuss am vergangenen Freitag sehr deutlich gemacht, dass sowohl bei der sozialtherapeutischen Betreuung als bei der Entlassungsvorbereitung beziehungsweise weiteren Resozialisierung in den nächsten Jahren umfassende Anpassungen notwendig werden. Diese werden nicht umsonst zu haben sein. Ich setze darauf, dass die Justizbehörde ihrer Ankündigung nachkommen und künftig eine eigene Veranschlagung des Bereichs Sicherungsverwahrung durchführen wird.

(Beifall bei der FDP)

Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, den Bereich der Resozialisierung zu stärken. Hier stimmen wir Liberale mit der SPD-Fraktion überein, Urs Tabbert hat das schon erwähnt. Auch eine bessere Vernetzung des Entlassungsmanagement ist notwendig. Hierbei sollte es unserer Auffassung nach keine Denkverbote geben. Einer Prüfung, ob eine

(Martina Kaesbach)

Rückführung in die Justizbehörde effizientere Strukturen begünstigen würde, darf man sich nicht verschließen.

Nun noch ein paar Worte zur überlangen Verfahrensdauer bei der hamburgischen Justiz, Dauerbrenner insbesondere beim Bereich der Sozialgerichtsbarkeit; hierüber wurden schon einige Worte verloren und es gibt noch einiges zu tun. Wie wir alle wissen, ist eine funktionierende Rechtspflege ein entscheidender Standortvorteil. Zumindest bei der Sozialgerichtsbarkeit sehe ich dringenden Handlungsbedarf. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion dem SPD-Änderungsantrag zur Aufhebung der kw-Vermerke zustimmen. Weiterhin sollte am bewährten Mittel des Einsatzes von Richtern aus anderen Gerichtszweigen beim stark belasteten Bereich der Sozialgerichtsbarkeit festgehalten werden. Dieses flexible Element der Ressourcensteuerung kann zwar nur flankierend eingesetzt werden, aber doch zu einer zusätzlichen Entlastung insbesondere beim Landessozialgericht führen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zuletzt noch auf den Bereich der Gleichstellung eingehen. Die Abschaffung der Arbeitsstelle Vielfalt begrüßen wir Liberale. Die derzeitige Struktur der Abteilung Gleichstellung, in der die Arbeitsstelle aufgegangen ist, sehen wir jedoch kritisch. Hier bedarf es einer Prüfung, ob der Bereich nicht noch effizienter gestaltet werden kann. Ich betone: Uns geht es hier um einen möglichst effizienten Einsatz. Handlungsbedarf für das Aufzeigen von Missständen und die Schaffung von verbesserten Lebensbedingungen für betroffene Menschen ist ohne Frage da. Deshalb unterstützen wir auch die Vergabe von zusätzlichen Mitteln in Höhe von 65 000 Euro für die gleichgeschlechtliche Jugendarbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Die Bilanz des Senats im Bereich der Justiz kann sich nach einem Dreivierteljahr nicht blicken lassen. Angesichts drängender und, zugegeben, nicht leicht zu lösender Probleme ist reformerischer Mut gefragt, aber dieser fehlt leider vollständig. Zur Neustrukturierung des Justizvollzugs haben meine Vorrednerinnen aus den anderen Oppositionsparteien schon viel gesagt. Schlimm ist, dass die Pläne bisher zwar grob und allgemein der Presse, aber nicht dem Parlament und auch nicht dem Ausschuss vorgestellt wurden. Während der Haushaltsberatungen im Justiz- und im Haushaltsausschuss schwieg sich der Senat aus. Gleichwohl sollen mit der Verabschiedung des Haushalts Weichen ge-

stellt und Fakten geschaffen werden. Das ist das Gegenteil von ordentlichem Regieren, das ist exekutive Arroganz.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Martina Kaesbach* FDP)

Natürlich muss die Justizsenatorin mit einer großen Last fertigwerden. Es gibt eine gewaltige Überkapazität an Haftplätzen, ein Erbe der schrecklichen Kusch-Ära. Damals hat sich der CDU-Senat mit dem überdimensionierten Neubau der JVA Billwerder ein steinernes Denkmal seiner Strafwut gesetzt. Das ist der Hauptgrund für die teuren Überkapazitäten, die wir uns weder leisten können noch wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erst in zweiter Linie liegen die Überkapazitäten an dem erfreulichen Rückgang der Gefangenzahlen.

Der Bau von Billwerder bedeutete damals eine Wende und eine Restauration im Vollzug, weil damit ein einschneidender Rückbau des offenen Vollzugs verbunden war und die Maßgaben des Strafvollzugsgesetzes von 1977 – dessen Reformansätze – beerdigt wurden. Damals wurde der offene Vollzug – Hamburg war sehr weit fortgeschritten im Bundesvergleich – weit mehr als halbiert, fast gedrittelt, und Hamburg fiel weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Immerhin hatte der CDU/GAL-Senat den offenen Vollzug wenigstens so weit ausbauen wollen, dass Hamburg wieder Anschluss an den Bundesdurchschnitt findet; aber selbst diesen zaghaften Ansatz verwirft die Justizsenatorin. Sie schreckt mit ihren aktuellen und nur grob bekannten Neustrukturierungsplänen selbst vor einer halberzigen Korrektur der Kusch-Ära zurück. Von gerade 250 Plätzen im offenen Vollzug ist jetzt die Rede. Diese sollen in Glasmoor sein, ohne ausreichende Anbindung an den Nahverkehr, was die Wiedereingliederung der Gefangenen enorm erschwert. Außerdem muss Glasmoor grundlegend saniert werden. Hier gibt es bis auf wenige Ausnahmen nur Mehrbettzellen. Mit den Summen, die bisher genannt wurden, kann das Nötige nicht geleistet werden.

Das alles ist ein Armutszeugnis, eine Absage an einen aufgeklärten und modernen Strafvollzug. Ihr Maßstab ist allein die kurzfristige Haushaltskonsolidierung. In diesem Politikfeld kommt solch kurzatmiges Konsolidierungsdenken schon mittelfristig teuer, weil Sie nicht die Re-Integration von Straffälligen in den Mittelpunkt stellen, die mittel- und langfristig enorme gesellschaftliche Kosten spart. Dabei sind die Zahlen für die veranschlagten Mittel, die die Justizsenatorin genannt hat, alles andere als realistisch. Die Pläne sind unausgegoren und undurchdacht. Der Senat ist dabei, die Chance zu vertun, die sich durch die sinkenden Gefangenzahlen aufgetan hat. Man muss dem Senat

(Christiane Schneider)

wirklich vorwerfen, dass er es bisher offensichtlich nicht für nötig hält, die Bürgerschaft über seine genauen Pläne zu unterrichten und sie der parlamentarischen Diskussion auszusetzen. Bei den Haushaltsdebatten im Fach- und Haushaltsausschuss haben Sie geschwiegen und stattdessen versucht, unter der Hand Fakten zu schaffen. Das ist inakzeptabel. Deshalb werden wir dem Antrag der GAL zustimmen, die Mittel- und Verpflichtungsermächtigungen für investive Maßnahmen 2011 und 2012 im Bereich der Neustrukturierung zu sperren.

(Jan Quast SPD: Die sind ja schon gesperrt!)

Auch in Zusammenhang mit den Konsequenzen, die aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung gezogen werden müssen, lässt die Justizbehörde reformerischen Gestaltungswillen völlig vermissen.

Herr Tabbert, ich darf Sie darauf hinweisen, dass der Justizausschuss zur Legislative gehört und dass es, wenn dort eine Expertenanhörung stattfindet, mit Regierungshandeln buchstäblich nicht das Geringste zu tun hat.

(Beifall bei der LINKEN und bei Martina Kaesbach FDP)

Bei Ihnen lautet die Devise abwarten und kein eigenes Konzept vorlegen. Nicht einmal Eckpunkte für den Vollzug, die Sicherungsverwahrung und die notwendige Stärkung der Therapieangebote am Strafvollzug gibt es.

(Dirk Kienscherf SPD: Nun seien Sie mal nicht so kleinlich!)

Zumindest ein anderes Bundesland, nämlich das rot-rot regierte Brandenburg, ist viele Meilen voraus. Abwarten ist zu wenig. Es ist völlig klar – Frau Kaesbach hat bereits darauf hingewiesen –, dass nicht geringe Summen ins System fließen müssen, wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wirklich in die Praxis umgesetzt werden soll, und dazu gibt es keine Alternative. Wir haben bei der Verabschiedung des Haushalts für 2012 noch nicht einmal eine Andeutung, welche Mittel wofür aufgewendet werden müssen. Das ist kein gutes Regieren.

(Beifall bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Wir werden jedoch, werte SPD, Ihrem Antrag an den Senat zustimmen, bis Frühjahr 2012 auf der Basis des Abschlussberichts der Fachkommission Resozialisierung ein Resozialisierungskonzept vorzulegen. Immerhin ist der Bericht, der eine sehr gute Zusammenstellung aller Problemfelder beinhaltet und viele Empfehlungen macht, wie die Angebote und Hilfestellungen für die aus der Haft Entlassenen besser verzahnt werden können, dann zwei Jahre alt. Es ist allerhöchste Zeit und es sieht nicht nach schnellem und tatkräftigem Handeln aus.

Nicht nur im Bereich des Justizvollzugs fehlt es dem Senat an Mut, notwendige Reformen auf den Weg zu bringen; Herr Müller, es wundert mich, dass Sie nicht darauf eingegangen sind. Wie wir Abgeordneten nämlich der Presse entnehmen konnten, hat sich die Justizsenatorin von dem Projekt der Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz verabschiedet, das der Vorgängersenator ein bisschen halbherzig auf den Weg gebracht hatte. Diese Entscheidung halte ich für fatal; fatal ist auch die Begründung, die man der Presse entnehmen konnte, dass der Nutzen für die Bürgerinnen nicht erkennbar sei. Diese Begründung ist abenteuerlich. Bei der Stärkung der Autonomie der Justiz geht es um die Stärkung der demokratischen Gewaltenteilung; nicht nur um die eigene Haushaltsverantwortung und die Effizienzsteigerung der Justiz, sondern um die Loslösung der Justiz von der Exekutive und ihre Demokratisierung und Enthierarchisierung.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Till Steffen GAL: Gut erkannt!)

Hier hängt die Justiz in Deutschland europäischen Standards weit hinterher. Wenn wir nach Italien schauen, freuen wir uns doch immer wieder, wie dort die Gerichte die Exekutive bremsen. Wir sind der Auffassung, dass rechtsuchende Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf haben, dass ihre Anliegen allein nach Recht und Gesetz und frei von sachfremden Faktoren behandelt werden. Deshalb werden wir uns mit der stillen Beerdigung des Projekts unabhängige Justiz nicht abfinden.

Die Basis einer funktionierenden Justiz ist eine angemessene personelle Ausstattung. Wir wissen, dass den Gerichten vielfach das Wasser bis Oberkante Unterlippe steht. Das gilt gerade für die Sozialgerichte, die aufgrund der nicht nur unsozialen, sondern auch schlampigen Hartz-Gesetzgebung das Dauerproblem einer anhaltenden Klageflut haben. Aus diesem Grund stimmen wir dem SPD-Antrag "Absicherung des richterlichen Stellenbestands bei den Sozialgerichten" zu. Wir stimmen außerdem dem CDU-Antrag zu den Gerichtsvollziehern zu, das ist ein wirklich guter Antrag, herzlichen Dank für die Initiative, Herr Tabbert.

(Dirk Kienscherf SPD: Abgeschrieben ist der!)

Das Problem gibt es schon lange und Sie können natürlich sagen, das hätte in den letzten Jahren gelöst werden können – das ist richtig, aber kein Grund, es nicht dieses beziehungsweise nächstes Jahr zu lösen, dafür plädieren wir.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Bisher hat die Justizsenatorin nicht erkennen lassen, dass sie mehr will als einen unbefriedigenden und teilweise schlechten Zustand zu verwalten und irgendwie über die Runden zu kommen. Das ist zu wenig.

(Christiane Schneider)

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Senator Neumann.

Senator Michael Neumann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Entgegen Ihrem Vorschlag, sehr geehrter Herr Müller, ist mein Beitrag keine Konsolidierungsmaßnahme des Senats. Ich bedanke mich zwar für das außerordentliche Vertrauen, dass Sie mir zutrauen, auch den Bereich Gleichstellung und Justiz in den Griff zu bekommen, aber der Grund für meine Rede ist die Tatsache, dass Senatorin Schiedek im Vermittlungsausschuss zwischen Bundesrat und Bundestag die Hamburger Interessen vertritt. Eine Verlegung der Debatte war aufgrund der Absprachen der Fraktionen nicht möglich, was ich nicht bedauere, denn es ist selten, dass man als Innen senator etwas zur Justiz und zu dem wichtigen Thema Gleichstellung sagen darf.

Mit dem vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf schlägt der Senat in den Bereichen Justiz und Gleichstellung erste Pflöcke für eine solide und solidarische Entwicklung unserer Stadt ein. Dazu gehören auch eine vernünftige und verlässliche Finanzierung der Vorhaben und die von Ihnen ange mahnte Klarheit.

Eine wichtige Korrektur gegenüber den schwarz-grünen Planungen aus dem vergangenen Jahr ist die vom gesamten Senat gemeinsam geschulterte Rücknahme der sogenannten globalen Minderausgaben für das Justiz- und Gleichstellungsressort. Das mag zwar sehr technisch klingen, ist aber von großer praktischer Bedeutung, denn der abgewählte schwarz-grüne Senat hatte im Entwurf für den Einzelplan 2 eine Reihe von Luftbuchungen in Höhe von fast 8 Millionen Euro für die Jahre 2011 und 2012 untergebracht. Diese Einsparungen sahen auf dem Papier vielleicht nett aus, hatten aber mit der Realität nichts zu tun. Dazu gehören auch wolkige Bundesratsinitiativen, die von vorneherein aussichtslos waren und daher vom Vorgängerse nat nicht einmal in den Bundesrat eingebracht wurden. Dazu gehören blumige Kooperationsvorhaben mit den norddeutschen Ländern, die unabhängig von der fachlichen Bewertung weder konkretisiert wurden noch in den Jahren 2011 oder 2012 irgendeine Chance auf Realisierung hatten.

(Dirk Kienscherf SPD: Schlimm!)

Mit der Streichung dieser nur scheinbaren Einsparungen sorgen wir im Einzelplan 2 für tatsächliche Klarheit über Ein- und Ausgaben und geben Ihnen als Bürgerschaftsabgeordnete, als diejenigen, die uns ermächtigen, eine belastbare und reelle Entscheidungsgrundlage.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt ebenso für eine wichtige inhaltliche Weichenstellung der letzten Wochen. Mit der Richtungsentscheidung zur Neustrukturierung des Strafvollzugs ging es der Senatorin für Justiz und Gleichstellung, Frau Schiedek, um eine Lösung, die vollzugsfachliche Anforderungen erfüllt und zugleich finanziell machbar ist. Diesem Anspruch wird das vorgestellte Konzept mehr als gerecht. Wir werden nun einen sicheren und modernen Strafvollzug bekommen. Wir sparen dabei dauerhaft Personal- und Betriebskosten und bauen unnötige Haftplätze ab. Der offene Vollzug in der JVA Glasmoor wird modernisiert und ausgebaut. Der geschlossene Frauenvollzug wird von der JVA Hahnöfersand in die Vollzugsanstalt Billwerder verlegt. Damit bauen wir 95 Haftplätze in Hahnöfersand ab und lasten gleichzeitig Billwerder endlich besser aus.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich wird das nicht mehr benötigte Gelände des Hauses I der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel mit 300 Haftplätzen endgültig stillgelegt. Damit haben der Bezirk Hamburg-Nord und die zuständigen Behörden die Möglichkeit, an dieser Stelle den so dringend notwendigen Wohnungsbau für Hamburg zu prüfen, denn wir benötigen weitere Flächen. Damit leistet auch die Justizbehörde ihren Beitrag, um unser gemeinsames Ziel des Wohnungsbaus zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen werden wir im Rahmen einer eigenen Mitteilung an die Bürgerschaft konkretisieren, wie es Frau Schneider gefordert hat, und bis dahin sind die im Haushalt eingeplanten Mittel auf die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses hin gesperrt. Das ist ausdrücklich gut und richtig so. Anders als der schwarz-grüne Senat fordern wir Ihnen keinen Blankoscheck ab und schlagen Ihnen auch keine Lösungen vor, weil von vorneherein klar ist, dass die veranschlagten Mittel nicht ausreichen werden. Das ist das Gegenteil von gutem Regieren gewesen, deswegen machen wir es anders, wir machen es schlichtweg besser.

(Beifall bei der SPD)

Die von Frau Senatorin Schiedek gewählte Lösung hat einen weiteren Vorteil. Am Standort Fuhlsbüttel können Strafvollzug, Sicherungsverwahrung und Sozialtherapie eng zusammenarbeiten; dieser Ansatz entspricht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur zukünftigen Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung. Was die baulichen und organisatorischen Rahmenbedingungen angeht, ist Hamburg damit bereits ordentlich aufgestellt. Anders als andere Bundesländer müssen wir nicht über Investitionen für eine neue Anstalt nachdenken. Die Anforderungen an die künftige therapeutische und personelle Ausstattung des Vollzugs der

(Senator Michael Neumann)

Sicherungsverwahrung hängen dagegen von den konkreten gesetzlichen Vorgaben des Bundes und den Ergebnissen der eingesetzten Arbeitsgemeinschaft ab. Hamburg wird sich – und tut es bereits – konstruktiv an den entsprechenden Arbeitsgemeinschaften, der Arbeitsgemeinschaft des Strafvollzugsausschusses der Länder beteiligen. Ziel ist dabei aus hamburgischer Sicht ein bundesweit einheitlicher Standard, der den Sicherheitsbedürfnissen der Menschen in unserer Stadt Rechnung trägt. Diesen Standard, gleich, wie er am Ende aussehen mag, wird es nicht kostenlos geben. Deshalb werden wir auch konkretisieren, welche Personalbedarfe damit verbunden sind. Das lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehen, da zum einen die Arbeitsgruppe ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat und zum anderen der Bundesgesetzgeber, wie leider auch in anderen Bereichen der Gesetzgebung, aufgrund innerkoalitionärer Streitigkeiten zu keinem Ergebnis gekommen ist. Die zu erwartenden Mehrkosten werden allerdings auch nicht vor dem Jahre 2013 zum Tragen kommen, weil die dafür maßgeblichen gesetzlichen Rahmenbedingungen vorher nicht feststehen werden. Dieses Thema wird uns deshalb gewiss bei den nächsten Haushaltsberatungen beschäftigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch auf einige Ihrer Forderungen und Anträge aus der Bürgerschaft eingehen. Für die von der CDU geforderte Aufwertung der Tätigkeit der Gerichtsvollzieher besteht derzeit kein Anlass. Eine Fachhochschulausbildung ist für die Tätigkeit der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher nach Einschätzung aller – ich betone, aller – Landesjustizverwaltungen nicht erforderlich. Auch in dem von Ihnen sehr geschätzten Bayern ist das entsprechende Eingangsniveau weiter der Besoldungsgruppe A8 zugeordnet. Wir haben in Hamburg sehr gut ausgebildete Gerichtsvollzieherinnen und -vollzieher, die bereits jetzt über die notwendigen Qualifikationen für ihre Arbeit verfügen. Ob die im Jahr 2013 hinzukommenden Aufgaben zu einer Neubewertung des Dienstpostens führen, kann erst dann und nicht bereits im Vorfeld entschieden werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben heute die Grundsatzdebatte – zumindest die Versuche der Grundsatzdebatte – verfolgt. Der Deckungsvorschlag, den die Kollegen der CDU vortragen, trägt nicht. Man kann nicht intensive Mittel zur Finanzierung dauerhafter Ausgaben heranziehen. Das sollten Sie, nachdem Sie das in der Vergangenheit immer der Opposition vorgehalten haben, jetzt selbst als Maßstab nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie diese Mehrausgaben aus dem Justizhaushalt finanzieren wollen, müssten Sie dafür bereit sein, sechs Richterstellen zu streichen. Das

kann nicht das Ziel der CDU sein, unser Ziel ist es gewiss nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die GAL muss sich um die gleichgeschlechtliche Jugendarbeit keine Sorgen machen müssen. Wir brauchen aus unserer Sicht weder eine neue Einrichtung noch eine einseitige Förderung der schwulen Jugendarbeit. Das Geld muss effizient und klug in bereits bestehende funktionierende Strukturen eingesetzt werden, um ein Angebot an sämtliche lesbische, schwule, bisexuelle und Trans-Jugendliche zu machen. So können wir das Geld nicht nur vielfältiger, sondern auch besser und vor allen Dingen sinnvoller einsetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir müssen in Erinnerung rufen, dass wir am Anfang der Legislaturperiode stehen. Anders, als Frau Kaesbach es suggerieren wollte, hatten wir keine acht oder neun Monate Zeit, diesen Haushaltsplan-Entwurf zu überarbeiten. Wir haben ihn bereits im Mai beschlossen, damit das Gesetzgebungsverfahren der Bürgerschaft eingeleitet werden konnte. Wir haben den Haushaltsplan-Entwurf im Frühjahr sehr schnell nach dem Regierungswechsel vorgelegt. Es ist also nicht verwunderlich, dass sich viele unserer Vorhaben für die nächsten Jahre in diesem Haushaltsplan-Entwurf noch nicht wiederfinden. Natürlich können und werden wir erst nach Abschluss der Planungen sagen, welche finanziellen Folgen damit verbunden sind. Dazu gehören zum Beispiel die Umsetzung der Empfehlungen der Fachkommission Resozialisierung und das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm, das die Behörde für Justiz und Gleichstellung im kommenden Jahr, also in wenigen Monaten, vorlegen wird. An diesen und weiteren wichtigen justiz- und gleichstellungspolitischen Vorhaben arbeitet die Behörde für Justiz und Gleichstellung unter der Leitung meiner Kollegin Frau Schiedek sehr intensiv. Vage Projektmittel, wie sie die FDP vermutet, finden Sie im Einzelplan 2 nicht. Insofern geht der Antrag, sie zu sperren, ins Leere, es gibt solche Ansätze überhaupt nicht. Sobald wir wissen, welche finanziellen Folgen mit den Vorhaben verbunden sind, werden wir selbstverständlich konkrete Haushaltsanträge an die Bürgerschaft stellen und entsprechende Deckungsvorschläge machen, denn so funktioniert "pay as you go". Mit uns bekommen Sie auch in der Haushalts- und Finanzpolitik Klarheit, Vernunft und Verlässlichkeit. Das gilt gerade für den Bereich der Justiz und Gleichstellungspolitik. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Spethmann für zweieinhalb Minuten.

Viviane Spethmann CDU: – Es ist nicht mehr viel übrig geblieben.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Dabei haben Sie so wenig Inhaltliches gesagt!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Neumann, Sie können gern die anderen Haushalte in ähnlicher Textbausteinweise vortragen, das würde genauso klingen; es ist ganz nett und wir würden uns das gern anhören.

(Beifall bei der CDU)

Ihren Vortrag zu den Gerichtsvollziehern werden wir beim nächsten Haushalt mit Spannung verfolgen. Wenn Sie in diesem Jahr nicht zustimmen wollen, aber tatsächlich einen Aufgabenzuwachs sehen, dann wollen wir prüfen, ob Sie etwas Gutes für die Gerichtsvollzieher tun können. Wir werden Sie an Ihren Vorgaben messen.

Zum Wohnungsbau in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Nicht nur in der Justizvollzugsanstalt!)

– Auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel.

Wir werden in zehn, 15 Jahren wahrscheinlich keine einzige Wohnung dort feststellen können. Dort sind archäologische Stätten gefunden worden; mit Sicherheit wird erst einmal gegraben werden und keine einzige Wohnung entstehen. Auf den Denkmalschutz ist in all den bisherigen Überlegungen nicht eingegangen worden. Wir werden Sie auch hier an Ihren Vorgaben messen.

(*Andy Grote SPD*: Ein bisschen mehr Optimismus!)

Sie schieben das Thema Sicherungsverwahrung immer wieder auf die Bundesregierung. Herr Neumann, das Thema schwappt Ihnen auf die Füße. In den nächsten Tagen werden wieder zwei Sicherungsverwahrte entlassen. Diese beiden sind nicht kooperativ. Dieses Problem erben Sie und die Polizei, die diese beiden Männer in Manndeckung in Beschlag nehmen muss. Wir brauchen ein Konzept, und zwar kein juristisches Konzept, wie wir mit der Bundesebene umgehen. Meine Aufforderung an Sie ist – deshalb bin ich froh, dass Sie heute geredet haben –, erarbeiten Sie ein Konzept im Bereich der Sicherungsverwahrung, denn was machen wir mit den entlassenen Strafgefangenen, den Sicherungsverwahrten, die frei herumlaufen? – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Steppat.

Sabine Steppat SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass am internationalen Tag der Gewalt gegen Frauen erstmals am Hamburger Rathaus die Flagge "Frei leben ohne Gewalt" von Terres des Femmes wehen wird.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und einzeln bei der GAL)

Sie wird auch an anderen Stellen der Stadt, etwa auf dem Dach der Behörde für Justiz und Gleichstellung, am Eimsbütteler Bezirksamt oder am Altonaer Rathaus zu sehen sein. Damit wird das Thema Gewalt gegen Mädchen und Frauen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Leider ist das nach wie vor notwendig und daher ist es wichtig, dass dieser Senat einen Landesaktionsplan zur Gewalt gegen Frauen entwickelt und umsetzt. Dazu zählt auch die Weiterentwicklung und verlässliche Finanzierung der Hamburger Frauenhäuser; hierzu haben wir bereits im August einen Antrag eingebracht und beschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Die Einrichtung des Sonderdezernats Beziehungsgewalt Anfang dieses Jahres und überfällige Reformen des Polizeirechts mit dem neu aufgenommenen Kontakt- und Näherungsverbot zeigen erste Erfolge.

(Beifall bei der SPD)

Der Kampf gegen Gewalt ist ein wichtiger Aspekt. Weitere Arbeitsvorhaben der Frauen- und Gleichstellungspolitik sind benannt und werden auf den Weg gebracht. SPD-Bürgerschaftsfraktion und Senat sind sich einig, dass das Thema Gleichstellung von Männern und Frauen in dieser Legislaturperiode zu einem gesellschaftlichen Reformprojekt gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Die zentrale Aufgabe wird die Erarbeitung und Umsetzung eines gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms sein. Das Thema Geschlechtergerechtigkeit werden wir in allen Bereichen und Politikfeldern voranbringen und strukturelle Benachteiligungen von Frauen und Mädchen beseitigen. Dies betrifft die Chancengleichheit in der Arbeitswelt und im Bildungsbereich, im Gesundheits- und Sozialsektor, die Einbeziehung der Bedürfnisse von Seniorinnen, Migrantinnen oder behinderten Frauen.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Sie werden lauter als Frau Steppat. Wenn Sie umfänglicher untereinander diskutieren wollen, machen Sie das bitte draußen.

Sabine Steppat SPD (fortfahrend): Dies betrifft aber auch, wie bereits angesprochen, den Schutz von Mädchen und Frauen vor Gewalt. Erste Schritte zur Erarbeitung des Rahmenprogramms sind bereits eingeleitet. Es ist unsere Absicht, das Programm in einem breiten Beteiligungsprozess mit vielen Akteurinnen und Akteuren zu erarbeiten. Auf behördlicher Ebene haben wir bereits die entsprechenden Schritte eingeleitet. Das Thema Gleichstellung ist endlich auch wieder in einem Behördennamen sichtbar. Wir haben in der Fachbehörde mit der Abteilung Gleichstellung Zuständigkeiten geschaffen, die sich ganz des Themas Geschlechtergerechtigkeit widmen. Gleichstellung wird in Hamburg wieder ernst genommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden das Hamburger Gleichstellungsgesetz weiterentwickeln und wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, für eine geschlechtergerechte Besetzung von öffentlich-rechtlichen Beratungs- und Beschlussgremien und Aufsichtsgremien von Unternehmen im Mehrheitsbesitz Hamburgs zu sorgen. Wir setzen uns für klare Regelungen zur gerechten Entlohnung von Männern und Frauen ein, und wir setzen uns für einen 40-prozentigen Frauenanteil in Aufsichtsräten ein.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh! Oh!)

Übrigens, das sei hier noch einmal lobend hervorgehoben, geht der Senat mit gutem Beispiel voran, denn schon bei der Besetzung des neuen Senats hat die SPD ein gleichstellungspolitisches Versprechen erfüllt. Der Senat wurde hälftig mit Frauen und Männern besetzt.

(Beifall bei der SPD)

Und, diese Bemerkung sei gestattet, die fünf Senatorinnen haben sich in ihren Ressorts allesamt in den ersten Monaten ihrer Amtszeit außerordentlich gut bewährt.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Das gilt natürlich auch für die Männer.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GAL – *Robert Heinemann* CDU: Die Frauen sind gar nicht mehr da!)

Wir sind bei vielen Punkten auf einem richtigen Weg, aber der Weg ist nicht das Ziel, sondern am Ende des Weges werden Ergebnisse stehen. Dass dies längere Prozesse sind, ist wohl allen hier bewusst.

Gleichstellung wird vom SPD-Senat endlich wieder begriffen als durch Grundgesetz und hamburgische Verfassung vorgegebene Arbeitsaufträge an den Staat, tatsächliche Gleichstellung herzustellen. Dabei müssen alle mitmachen. Die Zuständigkeit

liegt zwar bei der Behörde für Justiz und Gleichstellung, aber umgesetzt werden muss eine aktive Gleichstellungspolitik in allen Fachressorts. Daher muss das Bewusstsein für Gleichstellung in jedem Ressort weiter geschärft werden. Alle sind aufgefordert, Genderkompetenz und Fachkompetenz zusammenzubringen. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam in den kommenden Jahren dafür sorgen, geschlechterbedingte Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen in allen Bereichen zu beseitigen. Dass der Senat am Ziel völliger Gleichstellung auch von Homosexuellen festhält, haben wir mit dem Antrag "Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts" dokumentiert. Wir setzen uns auch weiterhin für die Ergänzung des Artikels 3 im Grundgesetz ein, also für das Diskriminierungsverbot von Homosexuellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Dr. von Berg.

Dr. Stefanie von Berg GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Beim letzten Beitrag wurde wieder einmal der Begriff Ankündigungspolitik deutlich: Wir werden, wir werden, wir werden.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Sie haben nicht, Sie haben nicht, Sie haben nicht!)

Wenn man eine Bilanz der vergangenen acht Monate mit dem Satz zusammenfasst, die fünf Senatorinnen hätten gute Arbeit gemacht, dann offenbart das Frauen gegenüber eine fragliche Haltung.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN und bei *Katharina Wolff* CDU)

Die Bilanz der vergangenen acht Monate ist für uns Grüne vor allem geprägt durch die Abwicklung der Arbeitsstelle Vielfalt. Die Arbeitsstelle Vielfalt war eine Anlaufstelle, die eine niedrigschwellige Beratung bot, Anti-Diskriminierung ganzheitlich gesehen hat, nicht nur auf die Gleichstellung von Männern und Frauen fokussiert war, sondern für Anti-Diskriminierung ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Identität, religiöser Zugehörigkeit oder auch Alter und selbstverständlich auch Geschlecht zuständig war. Jetzt ist die Arbeitsstelle Vielfalt in Einzelteile zerschlagen worden, zum Beispiel gibt es das Referat Gleichstellung, im Organigramm das Referat J 7. Was passiert, wenn ich mich als Bürgerin an eine solche Anlaufstelle wenden möchte? Ich habe spaßeshalber einmal gegoogelt, habe den Begriff Arbeitsstelle Vielfalt eingegeben und Referat Gleichstellung. Bei Letzterem musste ich lange suchen, um überhaupt eine Ansprechpartnerin zu finden. Wenn das niedrigschwellig sein soll, dann weiß ich auch nicht. Barrierefreiheit sieht für mich anders aus.

(Beifall bei der GAL)

(Dr. Stefanie von Berg)

Wo wir jetzt angekommen sind, ist wirklich die Verbeamtung der Frauenpolitik und nichts anderes.

(Beifall bei der GAL)

Mit dieser Verbeamtung der Frauenpolitik haben wir auch gleich die Anti-Diskriminierungspolitik verbeamtet und verwaltet, denn das ist eine ganzheitliche Aufgabe. In der Arbeitsstelle Vielfalt war natürlich auch der Kampf gegen Rechtsextremismus angesiedelt, auch dafür gab es diese niedrigschwellige Anlaufstelle. Dieser Teilbereich befindet sich jetzt in den Tiefen der BASFI und es ist richtig schwierig, da heranzukommen. Gerade in der heutigen Zeit ist das problematisch.

(Beifall bei der GAL)

Abgesehen davon, dass die Arbeitsstelle Vielfalt zerschlagen wurde, fehlt in der Bilanz die Konkretisierung des Arbeitsmarktprogramms hinsichtlich der Frauenförderung. Frauenförderung bedeutet mehr als Kinderbetreuung und Ganztagschulen, so wie es im Arbeitsmarktprogramm steht. Frauenförderung bedeutet natürlich auch eine gezielte Förderung der Frauen bei der Sitzverteilung in Aufsichtsräten, bedeutet die Verhinderung dessen, dass Teilzeitarbeit in einer Sackgasse endet und Frauen häufig in Minijobs landen und dort das Ende ihrer Karriere liegt.

(Beifall bei der GAL und bei *Dorothee Martin SPD*)

Wir warten nicht nur auf eine Konkretisierung des Arbeitsmarktprogramms, sondern wir warten auch geduldig auf den Landesaktionsplan Gewalt gegen Frauen, wir warten noch auf die Erstellung eines Gleichstellungsaktionsplans, wir warten auf die Förderung von Mädchen in MINT-Berufen, wir warten auf die Verbesserung der Situation von Sex-Arbeiterinnen, und wir warten auf eine Ausweitung der Frauenhäuser. Wir sind sehr gespannt, was wir davon in einem Jahr umgesetzt sehen und welche Bilanz dann nach 20 Monaten zu ziehen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen, sehr geehrte Herren Senatoren und Herren Staatsräte, lieber Farid Müller! Bei der Anhörung zur Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE "Vielfalt leben in Hamburg – Lebenssituation homosexueller Menschen" – ich warte gern, bis Sie fertig sind –

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Wir haben noch genug Zeit!)

im Juni dieses Jahres hatten wir bereits Gelegenheit, uns über die Erforderlichkeiten weiterer Finan-

zierung schwuler und lesbischer Jugendarbeit auszutauschen. Wir sind wie die GAL der Meinung, dass zu wenig Geld für schwul-lesbische Arbeit verwendet wird. Wir sind ebenso unzufrieden darüber, dass es noch immer kein Konzept dazu von der Justiz- und Gleichstellungsbehörde gibt. Die Ursache sehen wir aber vor allem darin, dass der Regierungswechsel auch in diesem Politikfeld, das wurde von meinen Vorrednerinnen zum Teil schon gesagt, einen Bruch herbeigeführt hat, der schädlich gewesen ist. Anstatt die Arbeitsstelle Vielfalt langsam umzuwandeln und weiter auszubauen, wurde sie kurzerhand abgeschafft. Aber, liebe Kollegin von Berg, um es noch einmal zu sagen, die Arbeitsstelle Vielfalt war leider weder niedrigschwellig noch war sie barrierefrei. Um dort hinzukommen, musste man über eine Steintreppe gehen und nach Auskünften, die wir eingeholt haben, war es auch nicht erwünscht, dass dort Fragende hinkommen, sondern die Arbeitsstelle Vielfalt war überwiegend damit beschäftigt, zwischen den Behörden zu koordinieren und eine ihrer Aufgaben war es, die vielen Drucksachen abzugleichen. Insofern war sie nicht soweit entwickelt, wie wir uns das eigentlich vorgestellt hätten.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Das stimmt! – *Dirk Kienscherf SPD:* Ein Gesinnungszirkel!)

Liebe GAL-Fraktion, lieber Farid Müller! Ich erinnere mich noch sehr gut an die ersten Monate der schwarz-grünen Koalition. Wir als Opposition hatten von Beginn an ständig eingefordert, dass das, was im Koalitionsvertrag stand, umgesetzt wird. Aber immer wieder hieß es, wir sollten erst einmal abwarten, man könne nicht alles, was vereinbart wurde, in den ersten sechs Monaten erledigen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Und dann war die Zeit plötzlich um!)

Ich erinnere daran, dass die Einrichtung der Arbeitsstelle Vielfalt knapp ein Jahr gedauert hat. Ich bin übereinstimmend mit meiner Fraktion DIE LINKE der Meinung, dass zu wenig Geld in die schwul-lesbische Jugendarbeit gesteckt wird. Die Lehrerfortbildung in diesem Bereich lässt leider immer noch zu wünschen übrig, der Opferschutz ist noch nicht genug sensibilisiert und es ist noch nicht genügend sensibilisiert, dass es auch in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften Gewalt gibt. Auch die Entwicklung der sexuellen Identität in jungen Jahren und die großen persönlichen Herausforderungen für Menschen, die erst in der zweiten Lebenshälfte ihr Coming out erleben, werden nicht ausreichend begleitet. Ich finde aber, dass Ihre politische Gewichtung, lieber Kollege Müller, nicht richtig ist. Ich verstehe nämlich nicht, warum die schwule Jugendarbeit mehr Geld haben soll als die lesbische Jugendarbeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

(Kersten Artus)

Es kann nur eine geschlechtergerechte Aufteilung der Gelder geben und daher kann ich auch Ihre geforderte Aufteilung, 20 000 Euro für die Lesbenarbeit und 65 000 Euro für die Schwulenarbeit, nicht unterstützen.

Zu Ziffer 5 des FDP-Antrags möchte ich sagen, dass wir die ablehnen, weil Anti-Diskriminierung weiter gefasst sein sollte, als wie in Ihrem Antrag nur unter Sozialpolitik. Das greift überhaupt nicht in unsere Vorstellungen,

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

und deswegen können wir dem auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch ein paar Anmerkungen allgemein zur Gleichstellungsarbeit insbesondere zur Diskriminierung von Frauen machen, die ich übrigens im Gegensatz zur CDU nicht auf weibliche Strafgefangene und auf Opferschutz reduziert sehe. Die Diskriminierung von Frauen lässt sich nicht mithilfe der jetzigen Behördenstruktur überwinden. Frauen- und Gleichstellungspolitik überhaupt irgendwo anzudocken – sei es bei der Justiz oder beim Sozialbereich, wie die FDP das fordert – kann nicht die Lösung sein. Aber könnte DIE LINKE mitentscheiden,

(*Robert Heinemann CDU*: Dann wären wir pleite!)

dann würden wir wenigstens fordern, dass die Frauen in den Ressorts Wirtschaft und Arbeit angesiedelt sind, denn die ökonomische Unabhängigkeit ist der Schlüssel zur Gleichstellung, sehr geehrte Herren und Damen.

Was wir für diesen reichlich verspäteten Haushalt nicht mehr realistisch einbringen konnten oder auch wollten, weil er ja weitgehend stand, das ist ein Gender Budgeting. Insofern möchte ich eine Ankündigung für den nächsten Doppelhaushalt wagen. Ich freue mich schon jetzt auf die Diskussion, wie Hamburgs Haushalt künftig geschlechtergerecht und frauenfreundlicher wird, denn dies kann nur gelingen, wenn wir die Haushaltsgelder auch geschlechtergerecht aufteilen, und das bedarf einer grundlegenden Umwälzung. Ich hoffe, ich kann die Mehrheitsfraktion im Parlament hier von überzeugen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Müller hat das Wort.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Artus, damit hier kein merkwürdiger Eindruck entsteht, meine Fraktion hat eine Erhöhung der lesbischen Jugendarbeit mit einem Antrag gefordert, Ihre Fraktion nicht. Wir bitten um Zustimmung. Der Betrag, der dort bean-

tragt wird, entspricht genau dem, was Intervention e.V. selbst bei der Behörde beantragt hat, dem geben wir sozusagen nach. Die Frage, warum der Vorgängersenaat nur die schwule Jugendarbeit vorgelegt hat, ist auch beantwortet worden. Es gab nämlich einen Notruf aus einem HC, einen solchen Notruf gab es aus Intervention e.V. so nicht. Deswegen musste der Sena – dazu ist die Exekutive da – handeln. Das wir jetzt als Bürgerschaft noch etwas aufstocken können bei Intervention e.V., dafür hoffe ich eine Mehrheit zu finden. Deshalb haben wir den Antrag vorgelegt. Ich würde mich freuen, wenn wir abseits von diesem Bashing, was Frau Artus gerade gemacht hat,

(*Kersten Artus DIE LINKE*: Sie müssen sich auch Kritik gefallen lassen!)

in dieser Frage gemeinsam vorangehen und die lesbische Jugendarbeit jetzt auch stärken. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Ehrlich gesagt, würde ich mich freuen, wenn wir dafür jetzt eine Mehrheit finden, denn ich glaube, in der Sache sind wir uns einig. – Danke.

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu den Abstimmungen.

Wir beginnen mit den Fraktionsanträgen. Zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/2137.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012, Einzelplan 2
Angemessene Besoldung für Gerichtsvollzieher
– Drs 20/2137 –]**

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist er mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/2160.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012, Einzelplan 2
Hamburg 2020: Effektiven Rechtsschutz sichern – Absicherung des richterlichen Stellenbestandes bei den Sozialgerichten
– Drs 20/2160 –]**

Wer möchte dem Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/2160 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der ist dann mehrheitlich angenommen.

Nun zum Antrag aus Drucksache 20/2161.

(Präsidentin Carola Veit)

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012, Einzelplan 2
Hamburg 2020: Sicherheit durch erfolgreiche
Resozialisierung
– Drs 20/2161 –]**

Wer möchte dem SPD-Antrag aus Drucksache 20/2161 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Nun zum Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/2217. Diesen möchte die CDU-Fraktion zifferweise abstimmen lassen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012, Einzelplan 2
Justizstandort Hamburg stärken
– Drs 20/2217 –]**

Wer möchte Ziffer 1 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 abgelehnt.

Wer möchte sich den Ziffern 2 bis 5 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch diese Ziffern abgelehnt.

Weiter mit dem Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 20/2244. Die Fraktionen der CDU und FDP haben hierzu eine zifferweise Abstimmung beantragt.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Haushalt 2011/2012,
Einzelplan 2
Die Zukunft der lesbisch-schwulen Jugendarbeit in Hamburg braucht ein Konzept und mehr Mittel
– Drs 20/2244 –]**

Wer möchte Ziffer 1 des GAL-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 2 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 5 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dies abgelehnt.

Schließlich zum GAL-Antrag aus Drucksache 20/2245.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Haushalt 2011/2012,
Einzelplan 2
Kein Geld für SPD-Murks: Mittel für Neustrukturierung des Hamburgischen Justizvollzugs und des offenen Vollzugs bleiben gesperrt!
– Drs 20/2245 –]**

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus Drucksache 20/1400.

Textzahl 185.

[Textzahl 185]

Wer schließt sich der Textzahl 185 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Textzahl 187.

[Textzahl 187]

Wer möchte der Textzahl 187 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so angenommen.

Textzahl 188.

[Textzahl 188]

Wer möchte Textzahl 188 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Textzahl 189.

[Textzahl 189]

Wer nimmt Textzahl 189 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mehrheitlich angenommen.

Textzahl 190.

[Textzahl 190]

Wer schließt sich Textzahl 190 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ebenfalls mehrheitlich angenommen.

Textzahl 191.

[Textzahl 191]

(Präsidentin Carola Veit)

Wer stimmt Textzahl 191 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist dann mehrheitlich angenommen.

Textzahl 192.

[Textzahl 192]

Wer möchte die Textzahl 192 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist dann mehrheitlich angenommen.

Textzahl 193.

[Textzahl 193]

Durch die soeben erfolgte Annahme der Textzahlen 187 bis 192 bedarf es zur Textzahl 193 keiner weiteren Abstimmung.

Über die kameralen Abschlusszahlen des Einzelplans 2, das betrifft die Textzahl 186, stimmen wir am Donnerstag ab.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die dort aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

* Siehe Anlage, Seite 1420

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Christiane Blömeke und Christoph de Vries

Meine Damen und Herren! Bevor ich die heutige Sitzung beende, möchte ich ein Mitglied unseres Hauses verabschieden, denn unser Kollege Dr. Bischoff hat mir mitgeteilt, dass er sein Mandat zum Ende des Monats niederlege. Heute ist sein letzter Tag bei uns.

Herr Dr. Bischoff gehörte der Bürgerschaft seit März 2008 an und engagierte sich während dieser Zeit in zahlreichen Ausschüssen, insbesondere im Haushalts-, Stadtentwicklungs- und Sportausschuss. Zudem war er in der 19. Wahlperiode Mitglied in den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen HSH Nordbank und Elbphilharmonie.

Herr Dr. Bischoff, Sie sind ein Verlust für die Debattequalität in diesem Hause. Ihnen sei ganz herzlich gedankt für Ihre immer engagierten Beiträge, wie auch heute wieder hier. Im Namen der Bürgerschaft danke ich Ihnen für die geleistete Arbeit und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit.

(Lang anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Damit ist der erste Sitzungstag beendet. Wir sehen uns morgen.

Ende: 20.50 Uhr

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 22./23./24. November 2011

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
	2068	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 19. Mai 2011 „Den Tierschutz in Hamburg stärken“ Drs.: 20/422
	2069	Rechnungslegung der Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft für das Jahr 2010
	1983	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses
	1984	Bericht des Schulausschusses
	2015	Bericht des Gesundheitsausschusses
	2016	Bericht des Sportausschusses
	2022	Bericht des Kulturausschusses
	2023	Bericht des Europaausschusses
	2024	Bericht des Europaausschusses
	2025	Bericht des Europaausschusses
	2026	Bericht des Europaausschusses
	2027	Bericht des Europaausschusses
	2028	Bericht des Europaausschusses
	2029	Bericht des Europaausschusses
	2030	Bericht des Europaausschusses
	2031	Bericht des Europaausschusses
	2079	Bericht des Europaausschusses
	2080	Bericht des Europaausschusses
	2081	Bericht des Europaausschusses
	2082	Bericht des Europaausschusses
	2083	Bericht des Europaausschusses
	2084	Bericht des Europaausschusses
	2085	Bericht des Europaausschusses

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
	2086	Bericht des Europaausschusses
	2087	Bericht des Europaausschusses
	2296	Bericht des Europaausschusses
	2297	Bericht des Europaausschusses
	2074	Bericht des Haushaltsausschusses